

2017

# Jahresfinanzbericht

Einzelabschlüsse der Helaba



# Inhaltsverzeichnis

## Lagebericht und Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen

- 3 Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen
- 61 Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen
- 62 Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen
- 66 Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen
- 68 Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen
- 114 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
- 115 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

## Lagebericht und Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

- 121 Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 137 Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 138 Jahresbilanz der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 140 Gewinn- und Verlustrechnung der  
Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 142 Anhang der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 148 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
- 153 Beirat der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 154 Statistische Angaben zum Bauspargeschäft
- 165 Adressen der Landesbank Hessen-Thüringen



# **Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen**

# Lagebericht

## Grundlagen der Bank

### Geschäftsmodell der Bank

Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut verfolgt die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) das langfristig angelegte strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit regionalem Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassen-Finanzgruppe.

Von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell der Helaba ist ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform. Die Helaba handelt auf Grundlage der für sie geltenden staatsvertraglichen und satzungrechtlichen Bestimmungen renditeorientiert. Staatsvertrag und Satzung setzen den rechtlichen Rahmen für das Geschäftsmodell der Helaba. Ebenso von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell sind die Zugehörigkeit der Helaba zur Sparkassen-Finanzgruppe mit ihrem institutssichernden Sicherungssystem sowie die Arbeitsteilung zwischen Sparkassen, Landesbanken und weiteren Verbundinstituten, der hohe Trägeranteil der Sparkassenorganisation sowie die Beibehaltung und der Ausbau der Aktivitäten im Verbund- und im Öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft sowie Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Bank hat ihre Sitze in Frankfurt am Main und Erfurt und ist mit Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York vertreten. Durch die Niederlassungen verstärkt die Helaba ihre Nähe zu den Kunden und Sparkassen. Darüber hinaus eröffnen die ausländischen Niederlassungen der Helaba den Zugang zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und Britisches Pfund. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Für 2018 sind die Umwandlung der Repräsentanz Stockholm in eine Niederlassung sowie die Eröffnung einer Repräsentanz in São Paulo geplant.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Geografisch liegt der Schwerpunkt auf Deutschland, ergänzt um Engagements in ausgewählten europäischen Ländern und Nordamerika. Die Helaba prägen stabile, langfristige Geschäftsbeziehungen zu ihren Kunden. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunter-

nehmen und dem gehobenen Mittelstand, institutionellen Kunden, ausgewählten ausländischen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen. Bei ihren Zielkunden strebt die Helaba den Kernbankstatus an.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba das strategische Ziel, ihre Position als führende Sparkassenverbundbank in Deutschland weiter zu stärken. In dieser Sparte konzentrieren sich die Geschäftsaktivitäten auf Deutschland mit besonderem Schwerpunkt auf Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. Die Helaba ist Sparkassenzentralbank und Verbundbank für die Sparkassen in diesen vier Regionen und damit für rund 40 % aller Sparkassen in Deutschland. In Hessen und Thüringen bilden die Verbundsparkassen und die Helaba die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit, mit einer konsolidierten Verbundrechnung und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden umfangreiche Kooperations- und Geschäftsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Vereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist die Helaba in beiden Bundesländern einer der Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100%ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit rund 820.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100%ige Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Private Banking, im Wealth Management und in der Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – eine rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank besteht in Übereinstimmung mit dem in der Europäischen Union (EU) anzuwendenden Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Geschäftsaktivitäten der WIBank richten sich nach

den Förderzielen des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen beteiligt.

Die Helaba überprüft ihr Geschäftsmodell regelmäßig und entwickelt es kontinuierlich weiter. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der im Vorjahr begonnene Portfolioreview fortgesetzt, in dem alle Geschäftsfelder auf ihre Marktattraktivität, Wettbewerbs-

fähigkeit und Ertragsaussichten überprüft wurden. Es wurden verschiedene Wachstumsinitiativen beschlossen und strukturelle Veränderungen in zwei Wellen umgesetzt.

Die erfolgten Anpassungen werden ab dem Jahresbeginn 2018 auch entsprechend in der in- und externen Berichterstattung abgebildet.

## Steuerungsinstrumentarium und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung. Die Steuerung beinhaltet dabei sowohl die Steuerung der absoluten Erträge und Kosten als auch die integrierte Steuerung der Deckungsbeiträge. Zielsetzung ist das Erreichen einer Cost-Income-Ratio von unter 70 % auf Ebene des Helaba-Konzerns. Sie berechnet sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zum Gesamtertrag (Ergebnis vor Steuern abzüglich Verwaltungsaufwand und Risikovorsorge im Kreditgeschäft). In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Planung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragschema werden regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Eine wesentliche Kennzahl zur Steuerung der Bestände ist das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (definiert als Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Aktiv-Neugeschäft mit einer Refinanzierungslaufzeit von mindestens einem Jahr). Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Das Eigenkapital wird über die Allokation regulatorischer und ökonomischer Limite sowie über die Eigenmittelquote gesteuert. Die Kapital-Zielquoten werden unter Berücksichtigung der durch die Europäische Zentralbank (EZB) aufgestellten zusätzlichen Eigenmittelanforderungen definiert. Für 2017 lag die aus dem SREP-Beschluss der EZB abgeleitete mindestens vorzuhaltende harte Kernkapitalquote für die Helaba-Gruppe (im Sinne des Kreditwesengesetzes, KWG, sowie der Capital Requirements Regulation, CRR) bei 7,43 %. Die Rentabilitätsziele werden über die Eigenkapitalrentabilität (Verhältnis aus dem Ergebnis vor Steuern zum durchschnittlich eingesetzten Eigenkapital) gesteuert. Als

Zielkorridor hat die Helaba auf Ebene des Konzerns eine Eigenkapitalrentabilität von 5 bis 7 % definiert.

Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) misst das Verhältnis des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den ungewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Aktivpositionen inklusive Derivaten. Zurzeit ist die Leverage Ratio der Aufsicht als Beobachtungskennzahl zu melden und von den Instituten offenzulegen. Eine verbindliche Mindestquote von 3,0 % soll mit Übergang der Leverage Ratio in Säule 1 des bankaufsichtsrechtlichen Drei-Säulen-Modells gelten. Über die Einzelheiten wird die EU-Kommission noch entscheiden. Die Helaba berücksichtigt diese Quote bereits heute in ihren Steuerungssystemen.

Nach der CRR sind eine kurzfristige Liquiditätskennziffer (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und eine auf die Stabilität der Refinanzierung ausgerichtete Kennziffer (Net Stable Funding Ratio, NSFR) zu ermitteln. Für die LCR lag die regulatorische Mindestquote für 2017 bei 80 %. Mit der NSFR steht jetzt noch die europäische Umsetzung der Anforderungen an die mittel- und langfristige Liquidität aus. Die Einführung der NSFR wird aktuell frühestens für 2021 erwartet. Sie wird allerdings bereits heute auf Basis der Vorgaben aus dem BCBS (Basel Committee on Banking Supervision) in den Steuerungssystemen der Helaba berücksichtigt. Beide Liquiditätskennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die neuen Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Im Zuge der Implementierung des einheitlichen europäischen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) wird die Festlegung einer institutsspezifischen Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for own funds and Eligible Liabilities, MREL) erfolgen. Die Helaba geht aktuell davon aus, erst 2018/2019 eine verbindliche MREL-Vorgabe zu erhalten.

Die Geschäftsaktivitäten der Helaba sind auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet. Die Bank ist Produkt- und Dienstleistungslieferant für ein breites Spektrum unterschiedlicher Kundengruppen. Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind eng mit der Realwirtschaft verzahnt. Den Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft zeigt der Anteil der Kundengeschäfte (Forderungen an Kunden und angeschlossene Sparkassen) an der Gesamtbilanzsumme.

Bei ihrer Refinanzierung nutzt die Helaba unterschiedliche Refinanzierungsquellen und -produkte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den sich durch die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund ergebenden Anker-Refinanzierungsquellen durch direktes und indirektes Sparkassengeschäft (Depot A und Depot B). Hinzu kommen die über die WIBank aufgenommenen Fördermittel sowie die Pfandbriefemissionen als kosteneffizienter Bestandteil der stabilen Refinanzierungsbasis.

Die Helaba baut als führende Verbundbank der Sparkassen-Finanzgruppe ihre Geschäftsbeziehungen zu den bundesdeutschen Sparkassen kontinuierlich aus. In den Regionen Hessen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen, in denen die Helaba die Sparkassenzentralbankfunktion innehat, wird nach einheitlichen Kriterien eine Produktnutzungsquote ermittelt, die angibt, wie hoch der Anteil des mit der Helaba und ihren Tochtergesellschaften getätigten Geschäfts am Gesamtbezug der jeweiligen Sparkasse ist. Mit den Sparkassen werden gemeinsame Zielprodukt-nutzungsquoten vereinbart.

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag bekennt sich die Helaba in ihren Nachhaltigkeitsleitsätzen nach innen und gegenüber der Öffentlichkeit zu

ihrer ökologischen und gesellschaftlichen Verantwortung und legt Verhaltensmaßstäbe auf den Gebieten Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gesellschaftliches Engagement fest. Ihre Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft hat die Helaba darüber hinaus in verbindliche Vorgaben in ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach fließen die Identifizierung und Bewertung von Umweltrisiken und von sozialen und ethischen Gesichtspunkten in die Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse der Helaba ein.

Im Kreditgeschäft hat die Helaba konzernweit verbindliche Nachhaltigkeitskriterien definiert, die in den Risikostrategien verankert sind. Sie sichern die Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte, die Wahrung von Kulturgütern und den Schutz der Umwelt. Grundsätzlich schließt die Helaba eine wissentliche Finanzierung von Vorhaben aus, die schwere Umweltschäden hervorrufen oder gegen internationale Sozialstandards verstoßen.

Für kritische Wirtschaftssektoren wurden spezifische Ausschlusskriterien entwickelt, die insbesondere kontroverse Geschäftspraktiken ausschließen. Dies betrifft die Sektoren Energiewirtschaft, Bergbau, Öl- und Gasförderung, Land- und Forstwirtschaft, Zellstoff- und Papierindustrie sowie Rüstung.

Die Helaba wird regelmäßig von Nachhaltigkeits-Rating-Agenturen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsleistung bewertet. Die Ratings sind ein zentrales Element bei der Analyse und Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsprofils. Die Helaba ist bestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung der externen Einschätzung zu erzielen.

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

### ■ Personalstrategie

Die Grundsätze der Personalarbeit der Helaba leiten sich aus der Geschäftsstrategie ab. Sie berücksichtigen dabei die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und regulatorischen Entwicklungen. Die Kernaufgaben sind beispielsweise das bedarfsorientierte Beschaffen geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das Bereitstellen professioneller Serviceleistungen und attraktiver Vergütungs- und Nebenleistungen wie einer betrieblichen Altersversorgung sowie die Personalentwicklung und Nachwuchsförderung.

### ■ Vergütungsgrundsätze

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie definieren die Handlungsspielräume für die Beschäftigten. Daran ausgerichtet ist auch das Vergütungssystem. In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Bank den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und Vergü-

tungsstrategie geregelt. Die Vergütungsstrategie berücksichtigt die Erfüllung der Zielvorgaben aus der operativen Planung bei der Ermittlung eines Gesamtbankbudgets und der Zuordnung der Budgets für die variable Vergütung auf Bereichsebene. Der Bezug zwischen Vergütungsstrategie und strategischen Zielen der Geschäftsbereiche ist somit sichergestellt. Bei den Corporate-Center-Bereichen orientiert sich die Zuordnung von Bereichsbudgets am Ergebnis der Gesamtbank und an der Erreichung qualitativer Ziele. Durch dieses Vorgehen wird ausgeschlossen, dass bei einzelnen Beschäftigten Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken entstehen. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen.

### ■ Personalentwicklung

Trotz hoher Kostensensibilität investiert die Helaba in die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin auf

hohem Niveau. Das bedarfsgerecht aufgestellte Angebot an Seminaren zur fachlichen, persönlichen, sozialen und methodischen Entwicklung hilft Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der alltäglichen Arbeit. Ergänzt wird dieses Qualifizierungsangebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische Angebote externer Seminaranbieter sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge. Das Repertoire der Personalentwicklung umfasst neben den genannten Qualifizierungsangeboten beispielsweise auch Aspekte des Change, Diversity oder Performance Managements.

- **Nachwuchsförderung**

Die gesellschaftlichen Veränderungen, resultierend aus der demografischen Entwicklung und der fortschreitenden Digitalisierung, werden langfristig betrachtet auf die Wettbewerbsfähigkeit der Helaba Einfluss nehmen. Das hat Konsequenzen für die Gestaltung personalwirtschaftlicher Prozesse. Der demografische Wandel stellt die Helaba vor die Herausforderung,

potenzialstarke Nachwuchskräfte zu gewinnen und zu binden. Darüber hinaus stellt die fortschreitende Digitalisierung Unternehmen vor veränderte Anforderungen, um vor allem für eine junge Zielgruppe von Arbeitnehmern attraktiv zu bleiben. Erkennbar wird dies beispielsweise in sich verändernden Rekrutierungsprozessen, die sich zunehmend in der Kandidatenansprache über Social-Media-Kanäle auszeichnen.

- **Weitere Schwerpunkte**

Schwerpunkte der aktuellen Personalarbeit sind darüber hinaus die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Gesundheitsmanagement sowie die Führungskräfteentwicklung. Letztere orientiert sich dabei unter anderem an den Ergebnissen der letzten Mitarbeiterbefragung zur Führungskultur. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen dabei die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

# Wirtschaftsbericht

## Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft expandierte 2017 mit kalenderbereinigt 2,5 % erneut über ihrem Wachstumspotenzial, also dem Wachstum, das bei normal ausgelasteten Kapazitäten langfristig zu erwarten ist. Die Wirtschaftsentwicklung war fast ausschließlich von der Binnennachfrage geprägt; der Außenbeitrag steuerte nur 0,2 Prozentpunkte zum Wachstum bei. Obwohl die Inflationsrate mit 1,8 % über dem Vorjahreswert von 0,5 % lag, führten gestiegene Tarifeinkommen und mehr Beschäftigung zu höheren Realeinkommen.

Trotz der anhaltenden politischen Unsicherheiten investierten die Unternehmen etwas stärker in Maschinen und Fahrzeuge. Steigende Unternehmensgewinne, günstige Finanzierungsbedingungen und hohe Auftragseingänge nicht nur in der Industrie haben hierzu beigetragen. Der Aufschwung im Wohnungsbau setzte sich fort. Er profitiert von der hohen Nachfrage nach Wohnraum vor allem in den Großstädten, sehr niedrigen Hypothekenzinsen, dem Mangel an Anlagealternativen sowie mehr Investitionen in den Bestand. Positiv wirkten sich zudem die verstärkten Investitionen in die Infrastruktur durch öffentliche Auftraggeber aus.

Der deutsche Bankensektor profitiert von der positiven konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2017. Dies äußert sich vor allem in einem niedrigen Risikovorsorgebedarf. Auf der anderen Seite wird das operative Geschäft der Banken durch das aktuelle Zinsumfeld weiterhin belastet. Darüber hinaus drängen institutionelle Anleger (Versicherungen, Pensionskassen) infolge ihres Anlagedrucks in den Markt und werden zu Wettbewerbern der Banken. Durch den Verdrängungswettbewerb verbleiben die Margen unter Druck.

Durch die ständige Fortentwicklung der Informationstechnologie werden immer mehr Bereiche der Wirtschaft digitalisiert. Für Finanzdienstleister entstehen neue Wege des Kundenzugangs, des Datenaustauschs mit dem Kunden und des Angebots von Produkten über Online- und mobile Kanäle.

Im Privatkundengeschäft haben auf diese Weise Direktbanken, Filialbanken und immer mehr auch Internet-Unternehmen, die keine Banken sind (so genannte FinTechs), teilweise im Wettbewerb, teilweise in Kooperation neue Kommunikations- und Absatzwege erschlossen. In immer stärkerem Maß rückt nun auch das Geschäft mit Firmen- und Immobilienkunden und institutionellen Anlegern in den Fokus. Derivateplattformen ermöglichen den reversionssicheren Abschluss von Währungs-Hedge-Geschäf-

ten mittels standardisierter Prozesse, Kreditportale vermitteln kleinen Firmenkunden Finanzierungen durch Banken oder direkt durch institutionelle oder private Investoren, Banken analysieren ihre Kundendaten, um Wege zum effektiveren Produktangebot zu finden. Weltweit wird die Blockchain-Technologie weiterentwickelt, um neue, schnellere und kostensparende Wege zum Austausch von Daten zu finden. Mögliche Anwendungsfälle reichen von speziellen Handelsnischen über den SEPA-Zahlungsverkehr bis hin zur Abwicklung von Schuldscheindarlehen.

Nach dem Brexit-Referendum im Juni 2016 sind die konkreten Rahmenbedingungen des Austritts zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich noch nicht endverhandelt. Da ein harter Brexit nach wie vor nicht ausgeschlossen werden kann, wird von der Helaba die so genannte Drittlandregelung als wahrscheinlichstes Szenario eingeschätzt. Dieses Szenario beinhaltet die Annahme, dass ein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich keine Sonderregelung für den Bankensektor enthalten wird beziehungsweise kein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich abgeschlossen wird. In diesem Fall würde das Vereinigte Königreich die 27 EU-Mitgliedsstaaten wie jedes andere Drittland behandeln.

Vor diesem Hintergrund strebt die Bank bezüglich ihrer Niederlassung in London an, gegenüber der britischen Aufsichtsbehörde Prudential Regulation Authority (PRA) einen Antrag auf Errichtung einer Drittland-Niederlassung zu stellen. Die Gremien der Bank haben diesem Vorgehen zugestimmt.

Bei den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

- EZB-Aufsicht (Single Supervisory Mechanism, SSM)  
Die Helaba-Gruppe (im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) sowie der CRR) mit den verbundenen Tochterinstituten Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG gehört zu den als „bedeutend“ eingestuften Instituten, die unter der direkten Aufsicht der EZB stehen. Mit Schreiben vom 19. Dezember 2017 hat die EZB der Helaba-Gruppe das Ergebnis des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory and Evaluation Process, SREP) mitgeteilt. Die hieraus resultierende mindestens vorzuzahlende harte Kernkapitalquote liegt für die Helaba-Gruppe für 2018 bei 8,89 %. Diese Anforderung setzt sich aus der Säule 1, Mindestkapitalanforderung, der Säule 2, Kapitalanforderung, sowie den Kapitalpuffern zusammen.

- **Stresstest**

Neben dem zweijährigen Stresstest-Zyklus der Europäischen Bankenaufsicht (EBA), der den nächsten Stresstest für 2018 vorsieht, hat die Helaba im ersten Halbjahr 2017 am Stresstest Zinsänderungsrisiko im Bankbuch der EZB teilgenommen. Unter verschiedenen Zinsszenarien, die als Ad-hoc-Zinsschock auftreten, wurden dabei jeweils die Barwertveränderung im Bankbuch und die Veränderung des Zinsüberschusses berechnet. Alle von der Bankenaufsicht geforderten Daten konnten von der Helaba zeit- und sachgerecht geliefert werden. Die Ergebnisse sind in den diesjährigen SREP-Bescheid eingeflossen.

- **Targeted Review of Internal Models (TRIM)**

Ende 2015 hat die EZB das TRIM-Projekt ins Leben gerufen, um die derzeit von den Banken verwendeten internen Modelle zur Ermittlung ihrer Eigenmittelanforderungen der Säule 1 gezielt zu überprüfen. Neben der Beurteilung, ob die Modelle die regulatorischen Anforderungen erfüllen, ist es das Ziel der EZB eine Vergleichbarkeit der eingesetzten internen Modelle herzustellen, um etwaige Inkonsistenzen und unbegründete Variabilität bei der Ermittlung der Risk Weighted Assets (RWA) zu verringern. Im Rahmen des TRIM-Projekts werden aktuell Vor-Ort-Prüfungen durchgeführt.

Die Helaba-Gruppe wurde 2017 mit dem Schwerpunkt auf im Retail-Geschäft verwendete Kreditrisikomodelle und das interne Marktpreisrisikomodell geprüft.

- **Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM)**

Als „bedeutendes“ Institut ist die Helaba im Verantwortungsbereich des Single Resolution Boards (SRB) angesiedelt. Wie 2016 wurde im ersten Halbjahr 2017 eine Datenabfrage zur Abwicklungsplanung und zu den Mindestanforderungen an Eigenmittel und „berücksichtigungsfähige“ Verbindlichkeiten (MREL) durchgeführt. Der MREL-Bestand der Helaba lag deutlich über der zuletzt in 2016 mitgeteilten indikativen Zielgröße.

- **Basel-III-Reformpaket**

Bei der Initiierung von Basel III waren im Wesentlichen Qualität und Höhe der Eigenmittel im Fokus. Mit der Basel-III-Finalisierung am 7. Dezember 2017 sind zunehmend die risikogewichteten Aktiva (RWA) in den Fokus gerückt. Die wesentlichen Änderungen erfolgten unter anderem durch eine höhere Risikosensitivität im Kreditrisiko-Standardansatz und im CVA-Risiko, durch den Wegfall des fortgeschrittenen Operational-Risk-Ansatzes (AMA) und des fortgeschrittenen Internal Ratings-Based Approach (IRB) für bestimmte Portfolios und durch die Festlegung eines Floors für interne Modelle in Höhe von 72,5 % der Gesamtrisikopositionen. Die überarbeiteten Standards sollen gemäß Basler Ausschuss ab 2022 gelten und der Output-Floor in einem Übergangszeitraum von fünf Jahren eingeführt werden. Der mit den neuen Anforderungen verbundene RWA-Anstieg für alle deutschen Institute wird in der Planung der Helaba frühzeitig berücksichtigt.

## Geschäftsverlauf

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2017 geprägt von einem mit 2,5 % hohen realen Wirtschaftswachstum in Deutschland und einem anhaltenden Niedrig- und Negativzinsumfeld.

Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (Laufzeit mindestens ein Jahr, ohne das wettbewerbsneutrale Fördergeschäft der WIBank) hat sich mit 17,3 Mrd. € (2016: 17,4 Mrd. €) im Vergleich zum Vorjahr stabil entwickelt. Fälligkeiten und Sondertilgungen sowie ein währungsbedingter Rückgang um 1,9 Mrd. € führten jedoch insgesamt zu einem Rückgang der Forderungen an Kunden auf 80,1 Mrd. € (31. Dezember 2016: 81,9 Mrd. €). Hinzu kommen 6,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 6,6 Mrd. €) Forderungen an angeschlossene Sparkassen. Die Fokussierung der Kreditvergabe auf die Kunden der Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner entspricht der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäftsmodells der Helaba. Der Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft, das heißt der Anteil der Kundengeschäfte an der Konzernbilanz, liegt wie im Vorjahr bei 65 %.

Das Marktumfeld für das Refinanzierungsgeschäft zeigte sich im gesamten Geschäftsjahr 2017 sehr positiv für Finanzinstitute. Dies wurde von der Helaba genutzt, um mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel kostengünstig bei institutionellen und privaten Anlegern aufzunehmen. Wie schon in den Vorjahren profitierte die Bank dabei unverändert von ihrem strategischen Geschäftsmodell sowie ihrer stabilen Ertrags- und Geschäftsentwicklung.

In 2017 konnten mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel in Höhe von rund 17,5 Mrd. € (2016: 17,2 Mrd. €) aufgenommen werden. Das ungedeckte Refinanzierungsvolumen, inklusive der Mittelaufnahme unter der Serie von gezielten langfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTRO II) der Bundesbank, betrug dabei rund 12,8 Mrd. € (2016: 14,2 Mrd. €). Trotz des anhaltenden Niedrigzinsumfelds lag der Absatz von Retail-Emissionen, die über das Vertriebsnetz der Sparkassen platziert wurden, bei einem Volumen von rund 2,8 Mrd. € und damit über dem Niveau der Vorjahre (2016: 2,4 Mrd. €). Die Pfandbriefemissionen beliefen sich insgesamt auf 4,7 Mrd. € (2016: 3,0 Mrd. €), wovon knapp 60 % auf Hypothekenpfandbriefe und etwas über 40 % auf

öffentliche Pfandbriefe entfielen. Unter anderem konnten wieder erfolgreich US-Dollar-Hypothekendarlehen über insgesamt fast 1 Mrd. US-\$ mit verschiedenen Laufzeiten platziert werden. Zur Refinanzierung des schwedischen Immobilienkreditgeschäfts wurde erstmals ein Hypothekendarlehen in schwedischen Kronen (SEK) für institutionelle Investoren emittiert.

Die Cost-Income-Ratio liegt zum Stichtag 31. Dezember 2017 bei 69,4 % (31. Dezember 2016: 57,7 %). Die Eigenkapitalrentabilität stieg leicht auf 5,9 % (31. Dezember 2016: 5,7 %).

Unter Berücksichtigung der CRR-Übergangsregelungen beträgt Ende 2017 die harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) des Helaba-Konzerns 13,9 % und die Gesamtkapitalquote 21,5 %. Bei Anwendung der CRR-Endstufe („fully loaded“) beträgt die CET1-Quote 13,9 % und die Gesamtkapitalquote 20,9 %. Die Helaba verfügt damit über eine komfortable Eigenmittelausstattung und erfüllt alle derzeit bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an Kernkapital aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen in Höhe von nominal 953 Mio. €.

Die Liquiditätsdeckungsanforderung (LCR) für die Helaba liegt zum Jahresende 2017 bei 157 %. Die europaweit einheitliche LCR wurde schrittweise angehoben und ist seit dem 1. Januar 2018 zu 100 % zu erfüllen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 beträgt die Leverage Ratio der Helaba mit Übergangsbestimmungen gemäß Delegated Act 4,4 % beziehungsweise 4,1 % („fully loaded“) und liegt damit über der vorgesehenen Mindestmarke von 3,0 %.

Die NPL-Quote der Helaba-Gruppe (gemäß EBA Risk Indicator Code AQT\_32) beträgt zum 31. Dezember 2017 0,82 %. Damit unterschreitet die Helaba wie im Vorjahr den im Rahmen der EU-weiten Transparency Exercise 2017 veröffentlichten und im europäischen Vergleich sehr niedrigen deutschen Durchschnitt von 2,21 % (per 30. Juni 2017).

Die Helaba ist Verbundbank für rund 40 % der bundesdeutschen Sparkassen in vier Bundesländern. Die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Sparkassen entwickelte sich im Jahr 2017 weiterhin stabil.

Der im Dezember 2016 erfolgte Verkauf der Anteile der Helaba an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG wurde im Juli 2017 vollzogen.

Auch im Geschäftsjahr 2017 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte und stiller Einlagen, eine Ausschüttung an die Kapitalgeber sowie die Dotierung der Gewinnrücklage zur Stärkung des Kernkapitals erlaubt.

# Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Wesentliche Daten zur Entwicklung 2017

	2017	2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Geschäftsvolumen	161.604	165.471	-3.867	-2,3
Bilanzsumme	133.253	136.788	-3.535	-2,6
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	410	611	-201	-32,9
Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis	47	-147	+194	> +100,0
Jahresüberschuss	262	291	-29	-10,0

Die Bank berücksichtigt den Aufwand für die Bedienung ihrer stillen Einlagen nicht in der Darstellung der Ertragslage. Der Zinsüberschuss und damit auch das Betriebsergebnis sowie der Jahresüberschuss sind in der Ertragslage daher um 45 Mio. €

(2016: 45 Mio. €) höher ausgewiesen als in der Gewinn- und Verlustrechnung nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften.

## Ertragslage

	2017	2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	1.044	1.105	-61	-5,5
Provisionsüberschuss	165	174	-9	-5,2
Nettoertrag des Handelsbestands	222	158	+64	+40,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-91	8	-99	>- 100,0
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>1.340</b>	<b>1.445</b>	<b>-105</b>	<b>-7,3</b>
Verwaltungsaufwendungen	-930	-834	-96	+11,5
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge</b>	<b>410</b>	<b>611</b>	<b>-201</b>	<b>-32,9</b>
Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis	47	-147	+194	> +100,0
Zuführung/Auflösung von Vorsorgereserven (§ 340f HGB)	-60	-70	+10	-14,3
Außerordentliches Ergebnis	-	-13	+13	-
<b>Betriebsergebnis vor Steuern</b>	<b>397</b>	<b>381</b>	<b>+16</b>	<b>+4,2</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-135	-90	-45	+50,0
Zuführung Fonds für allgemeine Bankenrisiken (§ 340g)	-	-	-	-
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>262</b>	<b>291</b>	<b>-29</b>	<b>-10,0</b>

Die operativen Erträge der Bank sind in 2017 gesunken und liegen um 105 Mio. € unter den operativen Erträgen des Vorjahres. Der Rückgang im Zinsüberschuss, das negative sonstige betriebliche Ergebnis sowie der deutlich erhöhte Verwaltungsaufwand führen trotz gestiegenem Nettoertrag des Handelsbestands zu einem gesunkenen Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 410 Mio. €. Mit einem deutlich geringeren Aufwand im Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis und einer Zuführung zu den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB weist die Bank gegenüber dem Vorjahr ein um 16 Mio. € leicht gesteigertes Betriebsergebnis vor Steuern aus. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag hingegen erhöhen sich deutlich gegenüber dem von Einmaleffekten beeinflussten Wert des Vorjahres. Der Jahresüberschuss liegt damit bei 262 Mio. € und somit um –29 Mio. € unterhalb des Vorjahreswerts.

Der Zinsüberschuss als wesentliche Ertragskomponente für die Helaba liegt bei 1.044 Mio. €, nach 1.105 Mio. € im Vorjahr. Zu dem Rückgang haben vor allem geringere laufende Zinserträge aus dem Bilanzgeschäft beigetragen. Hinzu treten geringere Erträge aus Vorfälligkeitsentschädigungen.

Der Provisionsüberschuss liegt bei 165 Mio. € und resultiert im Wesentlichen aus Nettoprovisionserträgen des Zahlungsverkehrs (64 Mio. €) und des Kredit- und Avalgeschäfts (51 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahr ist der Provisionsüberschuss um –9 Mio. € zurückgegangen, maßgeblich aufgrund rückläufiger Nettoprovisionserträge des Wertpapiergeschäfts.

Im Nettoertrag des Handelsbestands werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisbeiträge der Handelsgeschäfte ausgewiesen. Das Ergebnis von 222 Mio. € (2016: 158 Mio. €) resultiert unverändert im Wesentlichen aus dem zinsbezogenen Geschäft, das den geschäftlichen Schwerpunkt der kundengetriebenen Kapitalmarktaktivitäten darstellt. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf rückläufige Bewertungsabschlüsse aus den kontrahentenspezifischen Ausfallrisiken im Derivategeschäft zurückzuführen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis liegt bei –91 Mio. € (2016: 8 Mio. €). Die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr ist durch einmalige, das Vorjahr entlastende Sondereffekte geprägt. Im Vorjahr war eine Teilauflösung der Pensionsrückstellungen zu verarbeiten, welche aufgrund der Anpassung des Renten- und Gehaltstrends und der Auswirkungen des Tarifabschlusses für das Bankengewerbe in 2016 vorgenommen wurde. Außerdem wurde im Vorjahr der zugrunde liegende Diskontierungszinssatz für die Rückstellungen für Pensionen von einem 7-Jahres-Durchschnitt auf einen 10-Jahres-Durchschnitt umgestellt.

Die Verwaltungsaufwendungen sind um –96 Mio. € auf –930 Mio. € gestiegen. Diese setzen sich aus Personalaufwendungen in Höhe von –368 Mio. € (2016: –362 Mio. €), Sachaufwendungen in Höhe von –516 Mio. € (2016: –457 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter in Höhe von –46 Mio. € (2016: –15 Mio. €) zusammen. Zum Anstieg der Sachaufwendungen haben deutlich höhere Beratungskosten und EDV-Kosten für Fach- und IT-Projekte beigetragen. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter betragen –46 Mio. € und sind aufgrund einer Sonderabschreibung auf aktivierte Projektkosten im Vorjahresvergleich um –31 Mio. € erhöht. Die Bankenabgabe ist mit einem Aufwand in Höhe von 37 Mio. € (2016: 35 Mio. €) im Berichtsjahr nur leicht gestiegen. Am Jahresende waren 3.408 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2016: 3.385) beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl ist von 3.383 auf 3.405 gestiegen.

Das operative Ergebnis von 1.340 Mio. € und Verwaltungsaufwendungen von –930 Mio. € führen zu einem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 410 Mio. €. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um –201 Mio. € oder –32,9 %. Die Cost-Income-Ratio, berechnet aus dem Verhältnis zwischen den Verwaltungsaufwendungen und dem operativen Ergebnis, beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2017 69,4 %.

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2017	2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Ergebnis des Kreditgeschäfts	23	–179	+202	> +100,0
Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts	14	–18	+32	> +100,0
Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve, des Anlagevermögens und der Bankbuchderivate	10	50	–40	–80,0
<b>Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis</b>	<b>47</b>	<b>–147</b>	<b>+194</b>	<b>&gt; +100,0</b>

Der signifikante Rückgang der Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft führt im Berichtsjahr zu einem positiven Ergebnisbeitrag von 23 Mio. €. Zu der positiven Entwicklung haben deutlich verminderte Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen (im Saldo – 127 Mio. € nach – 255 Mio. € in 2016) beigetragen. Zudem trug der Rückgang der pauschalen Risikovorsorge in Höhe von 149 Mio. € aufgrund eines als deutlich geringer eingeschätzten Risikovorsorgebedarfs für noch nicht durch Einzelwertberichtigungen abgedeckte latente Risiken zur Entwicklung bei.

Das Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts liegt bei 14 Mio. € gegenüber – 18 Mio. € im Vorjahr und ist geprägt durch Erträge aus dem Verkauf einer Beteiligung.

Das Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve ist der Saldo aus Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip,

aus Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie handelsrechtlich nach § 253 Abs. 5 HGB gebotenen Zuschreibungen. Zusammen mit dem Einlösungsergebnis aus Wertpapieren des Anlagevermögens und dem Bewertungsergebnis aus Bankbuchderivaten resultiert ein Ergebnisbeitrag von 10 Mio. €.

Die Vorsorgereserven nach § 340f HGB wurden um 60 Mio. € erhöht, so dass sich das Betriebsergebnis vor Steuern auf insgesamt 397 Mio. € gegenüber 381 Mio. € im Vorjahr beläuft.

Der Steueraufwand beträgt – 135 Mio. € (2016: –90 Mio. €).

Als Ergebnis ergibt sich ein Jahresüberschuss von 262 Mio. €, der neben einer Bedienung aller Nachrangmittel sowie der stillen Einlagen auch die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

#### Entwicklung der Aktiva

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute inklusive Barreserve	18.802	14.707	4.095	+ 27,8
Forderungen an Kunden	80.056	81.919	– 1.863	– 2,3
Schuldverschreibungen und Aktien	17.716	19.048	– 1.332	– 7,0
Handelsbestand (aktiv)	12.307	16.536	– 4.229	– 25,6
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	1.837	1.838	– 1	< – 0,1
Übrige Aktivbestände	2.535	2.740	– 205	– 7,5
<b>Bilanzsumme</b>	<b>133.253</b>	<b>136.788</b>	<b>– 3.535</b>	<b>– 2,6</b>
Geschäftsvolumen	161.604	165.471	– 3.867	– 2,3

Die Bilanzsumme der Helaba ist im Geschäftsjahr 2017 von 137 Mrd. € auf 133 Mrd. € erneut gesunken.

Die Forderungen an Kreditinstitute inklusive der Barreserve erhöhten sich um 4,1 Mrd. € auf 18,8 Mrd. €. Der Anstieg resultiert aus einer deutlich gestiegenen Barreserve auf 9,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 2,6 Mrd. €) und überkompensiert einen Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute, welcher durch eine Verringerung der Ausleihungen an die Sparkassen in Hessen und Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg sowie an andere Banken geprägt ist.

Die Forderungen an Kunden sind leicht auf 80,1 Mrd. € (31. Dezember 2016: 81,9 Mrd. €) gesunken. Sowohl die Hypothekendarlehen (– 0,8 Mrd. €) als auch die anderen Forderungen (– 1,1 Mrd. €) sind zurückgegangen, während die Kommunaldar-

lehen auf Vorjahresniveau liegen. Die Baudarlehen der Bausparkasse blieben ebenfalls nahezu konstant.

Das Volumen der Schuldverschreibungen und Aktien, die dem Anlage- und Liquiditätsbestand zugeordnet sind, war im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 17,7 Mrd. € rückläufig. Den Schwerpunkt der Anlagen bilden mit 16,7 Mrd. € Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (31. Dezember 2016: 18,0 Mrd. €). Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden unverändert mit 1,0 Mrd. € ausgewiesen.

Der Handelsbestand (aktiv) ist in der Berichtsperiode um – 4,2 Mrd. € auf 12,3 Mrd. € zurückgegangen. Insbesondere die Derivate im Handelsbestand (aktiv) sind rückläufig mit 5,2 Mrd. € ausgewiesen (31. Dezember 2016: 8,0 Mrd. €). Zudem hat ein Abbau der Anleihen und Schuldverschreibungen auf 5,3 Mrd. €

(31. Dezember 2016: 6,7 Mrd. €) zum Rückgang des Handelsbestands (aktiv) beigetragen. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind unverändert lediglich mit 0,1 Mrd. € enthalten. Forderungen des Handels blieben mit 1,2 Mrd. € nahezu auf Vorjahresniveau (1,3 Mrd. €).

Das Geschäftsvolumen, das zusätzlich zur Bilanzsumme das außerbilanzielle Geschäft umfasst, ging um –3,9 Mrd. € auf 161,6 Mrd. € zurück. Die Bilanzsumme ging um –3,5 Mrd. € auf

133,3 Mrd. € zurück, im Wesentlichen getrieben durch den Rückgang des Handelsbestands (aktiv). Der im Vergleich hierzu leicht höhere Rückgang des Geschäftsvolumens resultiert aus der Verminderung der Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungen und Garantien im Berichtszeitraum von 6,8 Mrd. € auf 6,2 Mrd. €. Während die Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen weitgehend konstant blieben, erhöhten sich die unwiderruflichen Kreditzusagen im Berichtszeitraum um 0,4 Mrd. € auf 19,5 Mrd. €.

#### Entwicklung der Passiva

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.027	32.098	1.929	+6,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	30.614	28.467	2.147	+7,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	47.661	50.110	-2.449	-4,9
Handelsbestand (passiv)	6.830	10.975	-4.145	-37,8
Eigene Mittel	10.125	10.110	15	+0,1
Übrige Passivbestände	3.996	5.028	-1.032	-20,5
<b>Bilanzsumme</b>	<b>133.253</b>	<b>136.788</b>	<b>-3.535</b>	<b>-2,6</b>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich auf 34,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 32,1 Mrd. €). Der Anstieg entfällt im Wesentlichen auf Schuldscheindarlehen (0,6 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind um 2,1 Mrd. € auf 30,6 Mrd. € gestiegen. Zum Anstieg (2,9 Mrd. €) haben überwiegend erhöhte Einlagen auf laufenden Konten beigetragen.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind Bauspareinlagen in Höhe von 4,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 4,5 Mrd. €) enthalten.

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind um –2,4 Mrd. € gesunken. Der Bestand an begebenen Schuldverschreibungen betrug 43,2 Mrd. € (31. Dezember 2016: 43,0 Mrd. €). Innerhalb der verbrieften Verbindlichkeiten betrug die Emissionsprogramme kurzfristiger Geldmarktpapiere 4,5 Mrd. € (31. Dezember 2016: 7,1 Mrd. €).

Der Handelsbestand (passiv) ist um –4,1 Mrd. € auf 6,8 Mrd. € zurückgegangen. Die Verbindlichkeiten des Handels sind mit 4,4 Mrd. € ausgewiesen (31. Dezember 2016: 8,0 Mrd. €), Derivate im Handelsbestand (passiv) mit 2,4 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,0 Mrd. €).

#### Eigene Mittel

Die in der Bilanz ausgewiesenen eigenen Mittel der Bank (Eigenkapital ohne Bilanzgewinn, einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, Genussrechtskapital und nachrangiger Verbindlichkeiten) betragen zum 31. Dezember 2017 insgesamt 10,1 Mrd. € (31. Dezember 2016: 10,1 Mrd. €).

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel der Bank zum 31. Dezember 2017 – das heißt vor Feststellung des Jahresab-

schlusses und somit vor Berücksichtigung von Zuführungen zu den Gewinnrücklagen und inklusive eines Wertberichtigungsüberschusses in Höhe von 0,2 Mrd. € aus dem Vergleich der Expected Losses zu den Wertberichtigungen des Jahresendes 2016 – auf 9,8 Mrd. €. Darin enthalten ist Kernkapital in Höhe von 6,8 Mrd. €. Die dem harten Kernkapital zuzurechnenden Kapitaleinlagen betragen 1,9 Mrd. €, dem zusätzlichen Kernkapital werden stille Einlagen in Höhe von 0,5 Mrd. € zugerechnet.

Die Eigenmittelanforderungen der Bank nach CRR betragen 3,6 Mrd. € zum 31. Dezember 2017. Daraus ergibt sich für die Helaba eine Gesamtkennziffer von 21,5 %; die Kernkapitalquote beträgt 15,1 %; die harte Kernkapitalquote beträgt 13,9 %.

Die nach CRR geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen wurde im Geschäftsjahr 2017 jederzeit eingehalten.

Mit der Zuführung zu den Gewinnrücklagen hat die Helaba ihr bilanzielles Eigenkapital sowie ihre aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wie in den Vorjahren weiter gestärkt.

## Vergleich mit der Vorjahresprognose

Die folgende Tabelle vergleicht für das abgelaufene Geschäftsjahr die Ist-Werte der von der Helaba verwendeten Kennzahlen mit der ursprünglichen Prognose:

	Prognose 2016 für 2017	Ergebnisse 2017
Zinsüberschuss	rund 3 % unter Vorjahr	-5,5 %
Provisionsüberschuss	2 % über Vorjahr	-5,2 %
Nettoertrag des Handelsbestands	rund 22 % unter Vorjahreswert	+40,5 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	Saldo deutlich negativ	-91 Mio. €
Personalkosten	„kein Anstieg erwartet“	+0,8 %
Personalaufwand	Erhöhung um 7 %	+1,7 %
Sachaufwand inklusive Abschreibungen	Erhöhung um rund 5 %	+19,1 %
Risikovorsorge	auf Höhe des Vorjahres	-94,0 %
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>rund 1/3 unter dem Vorjahresergebnis</b>	<b>+4,2 %</b>
Cost-Income-Ratio	rund 68 %	69,4 %
<b>Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft</b>	<b>16,3 Mrd. €</b>	<b>17,3 Mrd. €</b>

Die wesentlichen Abweichungen von der geplanten Geschäftsentwicklung der Helaba werden im Folgenden erläutert.

Der Provisionsüberschuss entwickelte sich im Kapitalmarktgeschäft sowie im Kreditgeschäft unter Plan. Weiter führte die intensive Nutzung der Wertpapierleihe im Rahmen der Liquiditätsbevorratung zu über Plan liegenden Provisionsaufwendungen.

Das Handelsergebnis liegt aufgrund von niedrigeren Bewertungsabschlägen bei den Derivaten (Credit Value Adjustments, CVA) infolge der gestiegenen langfristigen Zinsen deutlich über dem Planwert.

Für die Entwicklung der Personalkosten wurde unterstellt, dass die tarifbedingten Steigerungen durch Personalbewegungen ausgeglichen werden. Im Ist 2017 war in Summe ein minimaler Anstieg um 0,8 % zu verzeichnen.

Für den gesamten Personalaufwand, der die Zuführungen von Rückstellungen zu den Instrumenten der betrieblichen Altersversorgung einschließt, wurde für 2017 eine Zuführung in Höhe der durchschnittlichen Vorjahreswerte erwartet. Dies ließ für 2017 einen deutlichen Anstieg erwarten, nachdem in 2016 eine Entlastung durch die überdurchschnittliche Anpassung der Parameter (Rentenanpassung) zu verzeichnen war. Da es auch in 2017 erneut eine überdurchschnittlich hohe Rentenanpassung gab, blieb der erwartete Anstieg des Personalaufwandes im Ist allerdings aus.

Im Sachaufwand fiel der erwartete Anstieg durch ungeplante Projekte deutlich höher aus. Einige regulatorisch getriebene Projekte binden mehr Kapazitäten als ursprünglich geplant und sind mit Priorität durchzuführen. Vor allem durch das von der On-site-Inspection-IT ausgelöste Programm Alpha zur Behebung aufsichtsrechtlicher Feststellungen ist das IT-Projektportfolio der Helaba größer geworden. Die ursprüngliche Planung der Bank

ging dabei von einer deutlich höheren Aktivierung aus. Eine einmalige Sonderabschreibung im Zusammenhang mit der Beendigung der Einführung eines neuen Kernbankensystems führte in 2017 zu einem ungeplanten Anstieg der Abschreibungen.

Innerhalb der Risikovorsorge stehen den planmäßigen Zuführungen deutlich mehr ungeplante Auflösungen gegenüber, so dass sich die Risikovorsorge deutlich besser als geplant entwickelt hat.

Insbesondere die gute Entwicklung im Nettoertrag des Handelsbestands sowie die niedrigere Risikovorsorge haben dazu bei-

getragen, dass sich das Ergebnis vor Steuern deutlich über Plan entwickelt hat.

Durch den projektinduzierten Anstieg des Sachaufwands und den Einmaleffekt aus der Sonderabschreibung im Zusammenhang mit der Beendigung der Einführung eines neuen Kernbankensystems stieg die Cost-Income-Ratio über den Planwert.

Insbesondere das hohe Abschlussvolumen im Bereich Corporate Finance hat dazu beigetragen, dass das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft oberhalb der Planung liegt.

## Ertragslage nach Geschäftsfeldern

Im Immobilienkreditgeschäft reduzierte sich das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um rund 16 % auf 8,7 Mrd. € und lag damit auf Planniveau. Die Margen konnten im Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht werden. Gleichzeitig waren auch in 2017 hohe vorzeitige Tilgungen zu verzeichnen, so dass sich das durchschnittliche Kundenvolumen leicht rückläufig entwickelt hat. Die Erträge gingen gegenüber dem Vorjahr um rund 4 % zurück. Damit lag die Entwicklung der Erträge im Immobilienkreditgeschäft in 2017 leicht unter den Erwartungen.

Im Bereich Corporate Finance lag das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft mit 5,6 Mrd. € um rund 30 % über dem Vorjahresniveau und damit deutlich über dem Planwert. Bei im Jahresdurchschnitt leicht gestiegenen Kundenforderungen führte der Wegfall eines Einmaleffekts zu einem Rückgang der Erträge gegenüber dem Vorjahr um 2 %. Damit fiel der Rückgang der Erträge geringer als geplant aus.

Mit ausländischen Gebietskörperschaften wurden in 2017 nur selektiv Neugeschäftsabschlüsse in Höhe von 0,1 Mrd. € getätigt. Die gesamten Erträge lagen im Bereich Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften auf dem Vorjahresniveau und damit leicht unter Plan.

Im inländischen Kommunalkreditgeschäft (einschließlich Verbundbankanteil) lag das mittel- und langfristige Abschlussvolumen in 2017 mit 1,5 Mrd. € deutlich über dem Vorjahresniveau und über Plan. Bei stabilen Margen wurden Erträge auf Vorjahresniveau erzielt und die Planung erreicht.

Das Kapitalmarktgeschäft wurde in 2017 weiter durch das Niedrigzinsumfeld geprägt, so dass sich die Kundenbeiträge aufgrund der verhaltenen Nachfrage seitwärts entwickelten. Die konservativ geplanten Beiträge aus der Bewertung von OTC-Derivaten sowie der Ermittlung der Credit Value Adjustments (CVA) und

Debit Value Adjustments (DVA) entwickelten sich in 2017 deutlich besser als erwartet, so dass die gesamten Erträge deutlich über Plan liegen.

Im Cash Management konnten in 2017 die Provisionserträge gegenüber dem Vorjahr um 7 % gesteigert werden. Im Zinsergebnis konnten die Belastungen aus den negativen Kurzfristzinsen durch die Vereinnahmung von Verwahrentgelten teilweise kompensiert werden, so dass die gesamten Erträge gegenüber dem Vorjahr gesteigert wurden und auch über der Planung lagen.

Im Verbundgeschäft mit Sparkassen konnten die Erträge gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Allerdings blieb der Anstieg leicht hinter dem Plan zurück. Die höheren Erträge resultierten vorrangig aus den Produkten des Cash Management und dem Sparkassenkreditgeschäft.

Das Bruttoneugeschäft der LBS lag im Berichtsjahr leicht unter dem Vorjahresniveau. Die Ertrags- und Ergebnisentwicklung ist neben anhaltend niedrigen Anlagerenditen insbesondere geprägt durch die Rückstellung für das Reorganisationsprojekt LBS-EVOLution, den Wegfall von Sondereffekten aus Pensionsrückstellungen sowie den Verzicht auf dispositive Erträge bei gleichzeitiger Realisierung dispositiver Aufwände. Entlastend wirkt im Zinsergebnis die im letzten Jahr vorgezogene Einmalbelastung aus einem fristen- und volumenkongruenten Refinanzierungsmitteltausch.

Mit der WIBank nimmt die Helaba im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben wahr. Das Geschäftsjahr war durch einen stabilen Geschäftsverlauf und damit einhergehend einem leichten Anstieg der Bilanzsumme geprägt. Zins- und Provisionsergebnis stiegen unter anderem auch durch selektive Margenverbesserungen, den Abschluss neuer Dienstleistungsverträge mit dem Land Hessen sowie indexierte Vergütungsanpassungen bei bestehenden Verträgen gegenüber dem Vorjahr um rund 4 % an.

# Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2017 nicht ergeben.

# Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsgemäßen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, den Risikoappetit, die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba-Gruppe fest. Die Risikostrategie umfasst alle wesentlichen Geschäftseinheiten des Helaba-Konzerns und somit auch die Helaba-Gruppe im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) sowie der Capital Requirements Regulation (CRR). Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung im Vorstand dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie der Helaba-Gruppe sind eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Wesentliche risikostrategische Ziele der Helaba-Gruppe sind die Sicherstellung eines konservativen Risikoprofils und der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie die Gewährleistung der Risikotragfähigkeit bei gleichzeitiger Erfüllung aller regulatorischen Anforderungen. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen zur Risikosteuerung verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung sowie die dafür notwendigen Systeme stetig weiterentwickelt.

## Prinzipien

### Verantwortung der Geschäftsleitung

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen, im Rahmen der Risikoinventur festgelegten wesentlichen Risiken die Risikostrategie und gleichzeitig den Risikoappetit fest. Durch die Einrichtung eines effizienten Risikomanagementprozesses trägt

er für deren Einhaltung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochterunternehmen werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen der rechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Tochterunternehmen unter Berücksichtigung ihrer Wesentlichkeit und der rechtlichen Möglichkeiten in das Kontrollinstrumentarium für die einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein gruppenweites Risikocontrolling sichergestellt.

### Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Gesamtrisikostategie und der Teilrisikostراتيجien im Einklang mit der Erreichung der strategischen Ziele der Helaba – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmögli-

chem Schutz des Vermögens der Helaba und der Erfüllung der Aufgaben – auf der Grundlage des Risk Appetite Frameworks (RAF) eingegangen werden.

### Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen

gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften von existenzieller Bedeutung. Ein entsprechender Kontrollprozess zur Beurteilung von Reputationsrisiken im Neugeschäft ist implementiert.

## Klare Kompetenzen

---

Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu

tragen, dass das angemessene Verhältnis laufend überwacht und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

## Funktionstrennung („Three Lines of Defense“, 3 LoD)

---

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort implementiert, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen. Die Zuständigkeiten der Organisationseinheiten

für die Risikoidentifikation und -steuerung, die Risikoquantifizierung sowie die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling und das Risikoreporting folgen einem 3-LoD-Konzept (Markt und Marktfolge, überwachende Einheiten einschließlich Risikocontrolling sowie Revision).

## Transparenz

---

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachge-

rechte Unterrichtung der Gremien, der Bankenaufsicht sowie der Öffentlichkeit durch den Vorstand möglich.

## Kosteneffizienz

---

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber

auch der Risikosteuerung) anfallen, stehen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

## Risk Appetite Framework

---

Die Helaba versteht unter dem RAF einen ganzheitlichen Ansatz zur Risikosteuerung. In diesem Ansatz werden so genannte RAF-Indikatoren identifiziert, auf deren Basis das Risikoprofil materiell vollständig beschrieben ist. Die RAF-Indikatoren sind sowohl risikoartenübergreifend als auch risikoartenspezifisch festgelegt und zielen auf die regulatorische und ökonomische Kapital-Adäquanz, die Angemessenheit der Liquiditätsausstattung sowie auf die Nachhaltigkeit der Ertragskraft ab. Für jeden RAF-Indikator werden Schwellenwerte für Risikoappetit, Risikotoleranz und – sofern relevant – Risikokapazität durch den Vor-

stand festgelegt, mit denen die wesentlichen risikostrategischen Ziele im Rahmen der Planung konkretisiert werden. Der Risikoappetit bezeichnet das Risiko-Level, welches die Helaba eingehen bereit ist, um ihre strategischen Ziele zu erreichen. Die Risikotoleranz gibt an, welche Abweichungen vom Risikoappetit in einem ungünstigen Umfeld noch toleriert werden, um die strategischen Ziele zu erreichen. Die Risikokapazität gibt durch regulatorische Begrenzungen – sofern vorhanden – das maximale Risiko-Level an, das die Helaba eingehen kann.

## Risikotragfähigkeit

---

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und

damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

## Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die regulatorische Kapitalunterlegung der Helaba sowie die Ermittlung des

regulatorischen Kapitals erfolgen nach den Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR) und berücksichtigen die Vorgaben aus dem aufsichtsrechtlichen Überprüfungsprozess (SREP).

## Risikokultur

Die Risikokultur der Helaba umfasst die Einstellungen und Verhaltensweisen der Angestellten der Helaba in Bezug auf Risikobewusstsein, Risikobereitschaft und Risikomanagement. Durch die Risikokultur der Helaba werden die Identifikation und der bewusste Umgang mit Risiken gefördert, so dass sichergestellt ist, dass Entscheidungsprozesse zu Ergebnissen führen, die die beschlossenen risikostategischen Vorgaben einhalten und dem Risikoappetit entsprechen. Die Risikokultur der Helaba geht somit über das Governance-Framework und die etablierten Kon-

trollen hinaus. Die Weiterentwicklung der Risikokultur ist eine laufende Aufgabe aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Führungskräfte der Helaba. Das vom Vorstand verabschiedete Leitbild, in dem Grundwerte und Leitsätze der Helaba festgeschrieben sind, ein bedarfsgerechtes Führungskräfteentwicklungs-Programm, ein auf Risikobewusstsein ausgerichtetes Vergütungssystem und eine offene Kommunikationspolitik sind dazu Bausteine, die zur Berücksichtigung der einschlägigen nationalen und internationalen Normen entwickelt worden sind.

## Prüfung

Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der Aktivitäten und Prozesse berücksichtigt werden. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die

Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

## Risikoklassifizierung

### Risikoarten

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird jährlich, gegebenenfalls auch anlassbezogen, überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage des Helaba-Konzerns und des Helaba-Einzelinstituts wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden für den Helaba-Konzern und das Helaba-Einzelinstitut (mit Ausnahme des Immobilienrisikos) identifiziert:

- Als Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko wird das ökonomische Verlustpotenzial definiert, das aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderisiko) entstehen kann.
- Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter.
- Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Residualrisiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.
- Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.
- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen

aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Residualrisiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.

- Das Liquiditäts- und Funding-Risiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Dies beinhaltet Reputationsrisiken, wenn diese ursächlich auf ein operationelles Risiko zurückzuführen sind. Das operationelle Risiko umfasst auch die folgenden Risiken:
  - Rechtsrisiken sind definiert als das Risiko von Verlusten für die Bank aufgrund der Verletzung von rechtlichen Bestimmungen, die zu Rechtsprozessen oder eigenen Handlungen zur Abwendung solcher Verluste führen kann. Bonitätsbedingte Verletzungen von Verträgen (zum Beispiel Kreditverträge) fallen nicht unter diese Definition.
  - Verhaltensrisiko als Bestandteil des operationellen Risikos ist definiert als die aktuelle oder potenzielle Gefahr von Verlusten für ein Institut infolge eines unangemessenen Angebots von Finanz-(Bank-)Dienstleistungen, einschließlich Fällen bewussten oder fahrlässigen Fehlverhaltens.
  - Das Modellrisiko umfasst für die Helaba-Gruppe zwei unterschiedliche Aspekte:
    1. Zum einen umfasst das Modellrisiko das Risiko der Unterschätzung von Eigenmittelanforderungen infolge der Nutzung von Modellen zur Quantifizierung von Risiken. Damit einher geht auch der Umstand, dass ein Modell die Realität nie gänzlich wiedergibt. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird in der Helaba-Gruppe über einen Risikopotenzialaufschlag für die wesentlichen Risikoarten in der ökonomischen Risikosteuerung abgebildet.
    2. Zum anderen umfasst das Modellrisiko die Verlustrisiken im Zusammenhang mit der Entwicklung, Implementierung oder unangemessenen Nutzung etwaiger anderer Modelle (nicht unter 1. fallende Modelle) durch das Institut zum Zwecke der Entscheidungsfindung. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird im operationellen Risiko berücksichtigt.
- Das IT-Risiko ist definiert als die Gefahr von Verlusten aus dem Betrieb und der Entwicklung von IT-Systemen (zum Beispiel technische Umsetzung fachlicher Anforderungen, technische Ausgestaltung für die Bereitstellung, Betreuung sowie Entwicklung von Soft- und Hardware). Die Gefahr von Verlusten besteht in der Verletzung der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit oder Integrität von Daten oder unvorhergesehenem Mehraufwand in der Informationsverarbeitung.
- Das Informationssicherheits-Risiko (IS-Risiko) als Bestandteil des operationellen Risikos umfasst die Gefahr von Verlusten aus der Beeinträchtigung schutzwürdiger Informationen, die sich durch Ausnutzung technischer, prozessualer oder organisatorischer Schwachstellen ergeben können. Hierbei besteht die Gefahr von Verlusten, die sich aus der Verletzung der Verfügbarkeit, der Vertraulichkeit oder der Integrität von Informationen oder einem unvorhergesehenem Mehraufwand in der Informationsverarbeitung sowie durch Angriffe von außen (so genannte Cybercrimes) ergeben können.
- Das Outsourcing-Risiko als Bestandteil des operationellen Risikos ist definiert als die Gefahr von Verlusten, resultierend aus Vertrags-, Lieferanten- und Leistungsrisiken sowie Risiken aus der Nichteinhaltung regulatorischer Vorgaben, die bei externem Leistungsbezug auftreten können.
- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.
- Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder in sonstigen Verhältnissen zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in der Risikotragfähigkeit in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden.

- Unter dem Immobilienrisiko werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft

erfasst. Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen gehören nicht hierzu.

## Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihren Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intrakonzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Interkonzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung der risikoartenübergreifenden Stress-Szenarien der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten implizit berücksichtigt.

## Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinanderfolgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

### 1. Risikoidentifikation

---

Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise für die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüber-

wachungsprozesse wichtig. Im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses für das Kreditgeschäft und das Handelsgeschäft sind die zentralen Überwachungsbereiche in die Autorisierung neuer Produkte einbezogen. Daneben führt auch die jährlich durchzuführende beziehungsweise anlassbezogene Risikoinventur in der Helaba-Gruppe dazu, dass bisher unbekannte Risiken identifiziert und im Falle der Wesentlichkeit in den Risikomanagementprozess aufgenommen werden.

### 2. Risikoquantifizierung

---

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfah-

ren zum Einsatz. Das aus dem Einsatz von Modellen resultierende und im Rahmen von Validierungen sich bestätigende Modellrisiko deckt die Bank über entsprechende Auf- beziehungsweise Abschläge ab.

### 3. Risikosteuerung

---

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Sie umfasst die Gesamtheit

der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

### 4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

---

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger

statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

## Risikomanagementstruktur

### Gremien

---

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Ziele sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken in der Helaba-Gruppe, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem beschließt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Neben dem Risikoausschuss operieren der Dispositionsausschuss, der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA) und der Kreditmanagementausschuss (KMA). Dem Dispositionsausschuss

obliegen die Überwachung der Marktpreisrisiken einschließlich der dazugehörigen Limitauslastung sowie die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken. Dem KMA obliegt die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie der Syndizierungs-, Platzierungs- und Länderrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt, die vom Vorstand verabschiedet werden.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstands beziehungsweise des Verwaltungsrats oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen über 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

### Risikomanagement der gruppenangehörigen Unternehmen

---

Die Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter Berücksichtigung der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Unternehmen bewerten das

Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt für die Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Unternehmen, für die eine juristische oder ökonomische Wesentlichkeit

zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungskreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkatalogs. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Im Geschäftsjahr 2017 wurde neben der Helaba (einschließlich der WIBank und der LBS) die Frankfurter Sparkasse

vollumfänglich in die Einzelrisikosteuerung eingebunden. Die Einbindung weiterer gruppenangehöriger Gesellschaften in die Einzelrisikosteuerung wird entsprechend ihren wesentlichen Risikoarten vorgenommen.

Des Weiteren hat das gruppenangehörige Unternehmen für seine eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

## Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Die Zuständigkeiten der Organisationseinheiten folgen einem „Three Lines of Defense“ Prinzip. Dieses regelt im Sinne einer Governance die Rollen und Verantwortlichkeiten und stellt dadurch eine unabhängige Überwachung und interne Prüfung der Wirksamkeit der implementierten Steuerungs- und Überwachungsfunktionen sicher. Die Steuerung der Risiken aus der

ersten Verteidigungslinie ist im Helaba-Einzelinstitut inklusive der LBS und WIBank sowie in den gruppenangehörigen Unternehmen von der unabhängigen Überwachung der Risiken in der zweiten Verteidigungslinie disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Im Helaba-Einzelinstitut ist das 3-LoD-Konzept wie folgt umgesetzt:

### 1st Line of Defense (1st LoD)

Die GuV- und Risikoverantwortung liegt für die relevanten Wertschöpfungsprozesse in den Markt Bereichen (Kredit- und Handelsbereiche). Diese sind für die Steuerung der Kredit-, Markt- und

Liquiditätsrisiken sowie der Immobilienrisiken verantwortlich. Für gewisse nichtfinanzielle Risiken, insbesondere das operationelle Risiko, fungiert grundsätzlich jeder Bereich als eine 1st LoD.

### 2nd Line of Defense (2nd LoD)

Die unabhängigen Funktionen der Überwachung, des Risikocontrollings und der Risikoberichterstattung werden von nicht direkt in die Wertschöpfungsprozesse involvierten Einheiten wahrge-

nommen, insbesondere von den Bereichen Risikocontrolling und Credit Risk Management.

### 3rd Line of Defense (3rd LoD)

Risikoorientiert und vollständig unabhängig von den Wertschöpfungsprozessen prüft die Revision die Funktionsfähigkeit (Effektivität) der ersten beiden Verteidigungslinien und bewertet die Einhaltung der vom Vorstand vorgegebenen Risikosteuerungsprozesse unter Einhaltung der regulatorischen Vorgaben. Die in-

terne Revision überwacht dabei die Maßnahmenumsetzung zu externen und internen Feststellungen einschließlich der terminlich überfälligen Feststellungen. Die Revision berichtet direkt an den Gesamtvorstand der Helaba und auch regelmäßig an den Verwaltungsrat sowie dessen Prüfungsausschuss.

Zur Wahrnehmung der entsprechenden Verantwortlichkeiten sind die benannten Organisationseinheiten der Helaba durch

die anderen Organisationseinheiten mittels Bereitstellung erforderlicher Informationen und Hilfestellungen zu unterstützen.

Risikoarten	Risikosteuernde Einheiten (1st LoD)	Risikosteuernde Einheiten (2nd LoD)	Überprüfende Einheit (3rd LoD)
Adressenausfallrisiko inklusive Beteiligungsrisiko	Marktbereiche (Kreditbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung: Kommunalkredite)	Risikocontrolling (Gesamtbank-Portfolioebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (Beteiligungsrisiko), Credit Risk Management (Einzelengagementebene und Einzelportfolioebene)	Revision
Marktpreisrisiko	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling	
Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling	
Operationelles Risiko	Alle Bereiche	Risikocontrolling, gemeinsam mit Spezialistenfunktionen <sup>1)</sup> in den nachfolgenden Einheiten: Informationstechnologie, Infor- mation Security Management, Recht, Compliance Geldwäsche und Betrugsbekämpfung, Com- pliance Kapitalmarkt, Organisation, Personal, Bilanzen und Steuern	
Geschäftsrisiko	Marktbereiche	Risikocontrolling	
Immobilienrisiko	Immobilienmanagement	Risikocontrolling	
Risikoartenübergreifende Aufgaben	–	Konzerncontrolling (unter anderem Risikotrag- fähigkeitsrechnung, Kapitalplanung), Risikocontrolling (unter anderem Ermittlung Risiko- potenziale, Model Governance)	

<sup>1)</sup> Die Spezialistenfunktionen sind neben dem Bereich Risikocontrolling für entsprechende Risiken gemäß Risikoartensystematik zuständig, die unter dem operationellen Risiko subsumiert und in der Teilrisikostrategie operationelle Risiken detailliert dargestellt sind.

Das eigenständige Risikomanagement innerhalb der LBS, WIBank und der gruppenangehörigen Unternehmen ist hinsichtlich des 3-LoD-Prinzips grundsätzlich vergleichbar mit dem des Helaba-Einzelinstituts ausgestaltet. Unabhängig davon können jedoch spezifische Regelungen vorliegen. Für die Einbeziehung in die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Helaba-Gruppe sind die jeweiligen Einheiten des Helaba-Einzel-

instituts verantwortlich. Die LBS und WIBank haben zudem die Vorgaben für das Helaba-Einzelinstitut unmittelbar anzuwenden.

Für die Durchführung der risikoartenübergreifenden Risikotragfähigkeitsrechnung ist der Bereich Konzerncontrolling verantwortlich.

## Interne Revision

Die interne Revision ist direkt dem Vorstand unterstellt und prüft und beurteilt weisungsunabhängig die Aktivitäten und Prozesse der Bank sowie von risikoorientiert ausgewählten Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind dabei besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung werden nach einheitlichen Standards dokumentiert. Der Vorstand sowie die Verantwortlichen der geprüften Bereiche erhalten aussagekräftige Prüfungsberichte. Die interne Revision berichtet dem Verwaltungsrat quartalsweise über die wesentlichen Prüfungsergebnisse, die beschlossenen Maßnahmen sowie den Status der Maßnahmen.

## Kapitalmarkt-Compliance, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, MaRisk-Compliance sowie Informationssicherheitsmanagement

Die Bank hat die direkt dem Vorstand unterstellten Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, der Compliance-Stelle Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), des Informationssicherheitsmanagements sowie des Datenschutzbeauftragten eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt berät die operativen Bereiche, überwacht und bewertet die Grundsätze, Prozesse und Verfahrensweisen insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) und der WpHG-Mitarbeiteranzeige-Verordnung (WpHGMAAnzV), Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie einschlägige Verlautbarungen der European Securities and Markets Authority (ESMA). Darüber hinaus bewertet die Compliance-Stelle Kapitalmarkt inhärente Risiken und kontrolliert die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt führt die Überwachungshandlungen regelmäßig und risikoorientiert auf Basis eines Überwachungsplans durch, der auf einer zuvor vorgenommenen Risikoanalyse basiert. Sie überwacht dabei insbesondere das Verbot von Insidergeschäften und der Marktmanipulation und identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen.

Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Risikoanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz einer Monitoring-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen. Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung verantwortet außerdem die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen aus dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit (FATCA) sowie aus dem internationalen automatischen Steuerdatenaustausch (AEOI).

Die MaRisk-Compliance-Funktion wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Umsetzung und Einhaltung der unter Risikogesichtspunkten identifizierten wesentlichen rechtlichen

Regelungen und Vorgaben hin und führt Kontrollhandlungen durch. In diesem Zusammenhang kontrolliert und bewertet die MaRisk-Compliance-Funktion regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Geschäftsprozesse und Verfahrensweisen zur Umsetzung und Einhaltung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben in der Bank.

Die Information-Security-Management-Funktion verantwortet die adäquate Steuerung, Koordination und Weiterentwicklung des Informationssicherheitsmanagements in Abstimmung mit der Geschäftsstrategie, der IT-Strategie und der Risikomanagementstrategie der Bank. Hierzu ermittelt und bewertet die Funktion die Risiken der Informationssicherheit im Rahmen eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) und entwickelt relevante Maßnahmen und Kontrollen zur nachhaltigen Risikoreduzierung beziehungsweise Risikoüberwachung. Auch die Ableitung und Definition notwendiger Sicherheitsanforderungen aus relevanten Gesetzen und Verordnungen (Datenschutzgesetzgebung (Bundesdatenschutzgesetz, BDSG, Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO), IT-Sicherheitsgesetz, Mindestanforderungen an die Sicherheit von Internetzahlungen (MaSI), MaRisk, Bankaufsichtliche Anforderungen an die IT (BAIT) etc.), die regelmäßige Analyse von Schutzbedarfsklassifizierungen und Infrastrukturen sowie die Abstimmung hierfür angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Sicherstellung der Einhaltung eines angemessenen Sicherheitsniveaus in der Bank werden durch die Information-Security-Management-Funktion kontinuierlich weiterentwickelt.

Die Datenschutzbeauftragte wirkt auf die Einhaltung und Umsetzung datenschutzrechtlicher Anforderungen hin. Sie fungiert hierbei als feste Ansprechpartnerin des Vorstands sowie für interne und externe Anfragen zum Thema Datenschutz. Sie führt eine Verfahrensübersicht (§ 4g Abs. 2 BDSG) und überwacht die ordnungsgemäße Anwendung von Datenverarbeitungsprogrammen (§ 4g Abs. 1 Nr. 1 BDSG). Ebenso führt sie Vorabkontrollen durch und stellt eine regelmäßige Schulung und Sensibilisierung der Bankmitarbeiter zum Thema Datenschutz sicher. Die Helaba bereitet sich auf die Anforderungen der DSGVO vor. Hierzu werden spezifische Aufgaben, Themen und Prozesse in einem Umsetzungsprojekt geprüft und bearbeitet, um rechtliche Vorgaben fristgerecht zum 25. Mai 2018 anzupassen.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken.

## Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Geschäfts- sowie Immobilienrisiken ein. Dabei werden im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung Risikopotenziale quantifiziert sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung der regulatorischen Eigenmittel Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit wird in Bezug auf die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als weitere Ergebnisgröße ausgewiesen.

Die Darstellung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr. Sowohl Risikopotenziale als auch Risikodeckungsmassen sind für diesen Zeitraum konzipiert und quantifiziert.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden regelmäßig die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtsrechtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch Going Concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch Gone Concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werden den erwarteten und unerwarteten Verlusten eingehalten werden können. Die Quantifizierung der Risikopotenziale erfolgt hier zu einem 95,0 %-Konfidenzniveau. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im Fall schlagend werdender seltener und schwerer Verlustausprägungen (erwartete sowie unerwartete Verluste zu einem Konfidenzniveau von 99,9 %) das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden die gesamten ökonomischen Risikopotenziale der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung einem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken sowie den regulatorisch nicht gebundenen Eigenmitteln (je nach Szenario abzüglich eines intern definierten Risikopuffers) gegenübergestellt. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regulatorischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz regelmäßig auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die Einhaltung der regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Geschäftsbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen der Eigenkapitalquoten. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollauslastung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt. Zusätzlich erfolgt eine Limitierung der ökonomischen Risikopotenziale, so dass bei gleichzeitiger Auslastung der regulatorischen Allokation und auch der ökonomischen Risikopotenziale sichergestellt ist, dass die intern vorgegebenen Mindestkapitalanforderungen selbst bei schlagenden ökonomischen Risiken nicht unterschritten werden.

Im Liquidationsansatz wird eine ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfs herangezogen, die das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS berücksichtigt. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmasse angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2017 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert das konservative Risikoprofil der Helaba. Dies gilt analog für die Risikotragfähigkeitsrechnung des Helaba-Einzelinstituts.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen, nach Berücksichtigung eines internen Risikopuffers, ein Kapitalpuffer in Höhe von 2,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,5 Mrd. €). Im Liquidationsansatz für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 7,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 7,1 Mrd. €).

Die im Rahmen der simulierten Stress-Szenarien erreichten Kapitalquoten liegen deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Darüber hinaus führt die Helaba zwei inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährden könnten. Dabei werden in den Szenarien

„Unterschreitung der Mindestkapitalanforderungen“ sowie „Illiquidität“ die Auswirkungen diverser wirtschaftlicher Ereignisse untersucht, die zur Nichteinhaltung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen beziehungsweise zum Verbrauch der Liquiditätsreserven führen könnten. Derzeit bestehen keinerlei Anzeichen für einen Eintritt dieser Szenarien.

## Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und somit einbezogen in das aus den elf Sparkassenstützungsfonds, der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen bestehende Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe.

Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung besonderer Risikolagen und die Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge nach aufsichtsrechtlich definierten Risikogrößen. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG (welche wiederum eine Tochtergesellschaft der Helaba ist), sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe umfasst zusätzlich zur Institutssicherung eine Einlagensicherung zum Schutz entschädigungsfähiger Einlagen bis zu 100.000 € pro Kunde. Im Helaba-Konzern belaufen sich die gedeckten Einlagen auf insgesamt 15,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 15,1 Mrd. €). Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes anerkannt.

Darüber hinaus gehören die Helaba und die Frankfurter Sparkasse satzungsrechtlich dem Reservefonds des Sparkassen- und

Giroverbands Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung. Er sichert die Verbindlichkeiten der Helaba und der Frankfurter Sparkasse gegenüber Kunden einschließlich Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und sonstigen institutionellen Anlegern sowie die verbrieften Verbindlichkeiten. Ausgenommen hiervon sind unabhängig von ihrer Restlaufzeit Verbindlichkeiten, die bei den Instituten als Eigenmittelbestandteile im Sinne von § 10 KWG dienen oder gedient haben, wie Vermögensanlagen stiller Gesellschafter, Genussrechtsverbindlichkeiten sowie nachrangige Verbindlichkeiten. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 ‰ des Gesamtrisikobetrags gemäß Art. 92 Abs. 3 CRR der angeschlossenen Institute und betrug Ende 2017 insgesamt 518 Mio. € (31. Dezember 2016: 522 Mio. €). Die barmäßige Dotierung lag zum gleichen Stichtag bei 442 Mio. € (31. Dezember 2016: 410 Mio. €).

Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) haben jeweils einseitig einen zusätzlichen regionalen Reservefonds für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung durch das Land Hessen.

## Adressenausfallrisiko

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfelds als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft.

## Basel III/CRR

Die Helaba wendet den IRB-Ansatz an. Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwert-

berichtigungen dient, sowie einem regulatorischen Rechenkern sind die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen nach Basel III/CRR in den Verfahren und Systemen der Helaba umgesetzt.

## Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlimite auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlimite werden alle Arten von Krediten gemäß der Artikel 389 f. der CRR, sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften, Kontokorrent-Intraday-Risiken, Lastschriftreicher-Risiken sowie so genannte Additional Risks aus Konstrukten werden als wirtschaftliche Risiken genehmigt und auf separate Limite angerechnet.

Die genehmigten Gesamtlimite werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Geschäftsbereiche alloziert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

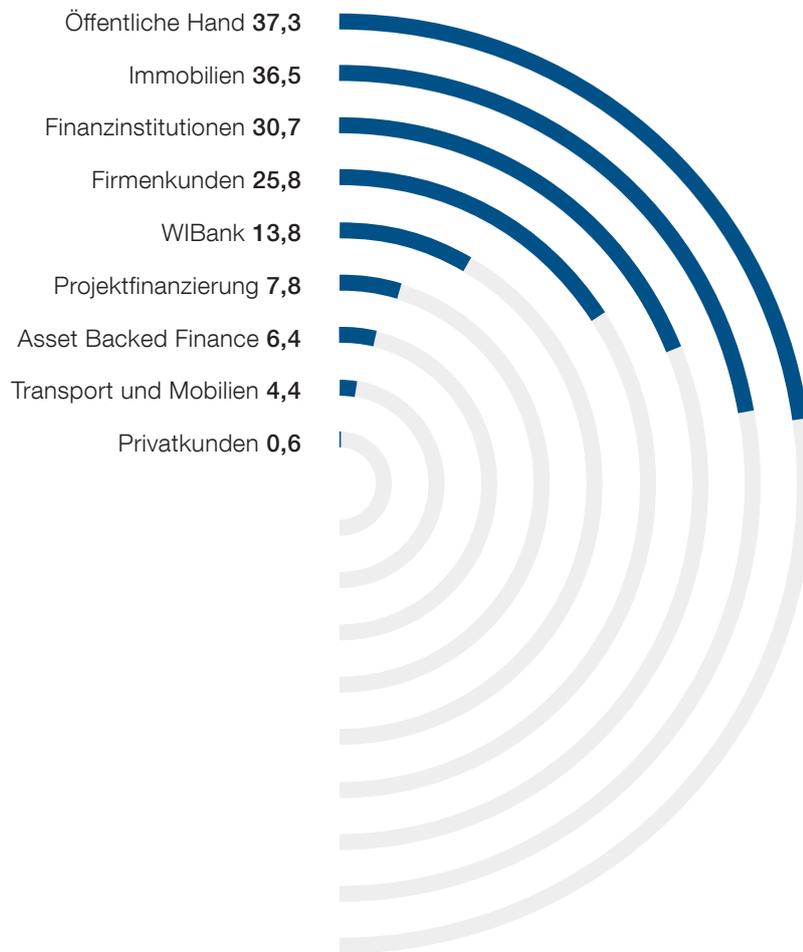
Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit Kreditäquivalenzbeträgen, die auf einer internen Add-on-Methode basieren. Die Add-ons werden einmal pro Jahr beziehungsweise anlassbezogen (beziehungsweise bei Marktverwerfungen) vom Bereich Risikocontrolling validiert und ggf. angepasst. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

Ergänzend werden als indirekte wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien sowie Lastschriftreicher-Risiken beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2017, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 163,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 165,6 Mrd. €), aufgeteilt nach Portfolios, dargestellt. Das Gesamtkreditvolumen entspricht dem gemäß den geltenden Rechtsnormen für Großkredite ermittelten Risikopositionswert vor Anwendung der Ausnahmen zur Ermittlung der Großkreditobergrenzenauslastung und vor Anwendung von Kreditminderungstechniken.

Gesamtkreditvolumen nach Portfolios (Helaba-Einzelinstitut)  
 Grafik 1

in Mrd. €



Der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten liegt zum 31. Dezember 2017 bei den Portfolios Öffentliche Hand, Immobilien und Finanzinstitutionen (insbesondere Kreditgewerbe).

## Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Bank verfügt über 14 in Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) beziehungsweise anderen Landesbanken entwickelte Rating-Verfahren sowie zwei selbst entwickelte Rating-Verfahren. Diese Verfahren basieren auf statistischen Modellen und ordnen die Kreditengagements unabhängig von der Kunden- oder Objektgruppe kardinal über eine

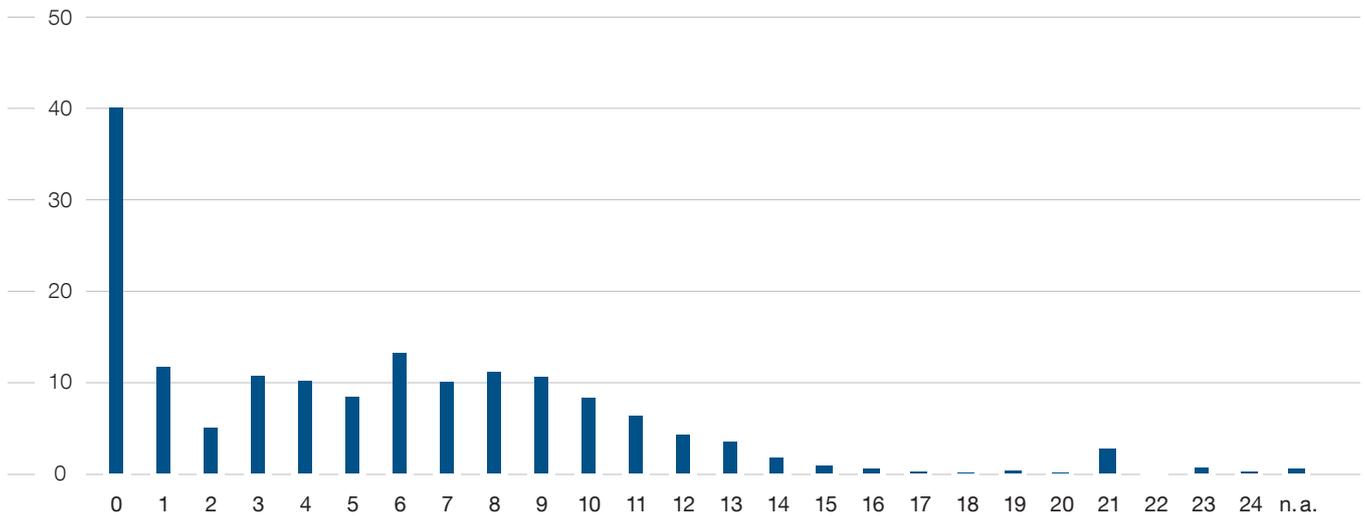
25-stufige Ausfall-Rating-Skala einer festen Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zu.

Im Helaba-Einzelinstitut teilt sich das Gesamtkreditvolumen in Höhe von 163,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 165,6 Mrd. €) nach Ausfall-Rating-Klassen wie in Grafik 2 dargestellt auf.

## Gesamtkreditvolumen nach Ausfall-Rating-Klassen (Helaba-Einzelinstitut)

Grafik 2

in Mrd. €



## Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Kreditrisikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des turnusmäßigen oder anlassbezogenen Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach CRR ausschöpfen zu können. Es stellt den Datenbestand zur Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen bereit.

## Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung, das heißt, dass das zunächst nach dem strengen Domizilprinzip dem Sitzland des Kreditnehmers zugeordnete Risiko unter bestimmten Voraussetzungen auf das Sitzland der Konzernmutter oder des Leasingnehmers beziehungsweise bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen wird.

Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Han-

delsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutsguppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2017 belief sich auf weniger als das Dreifache des haftenden Eigenkapitals.

Der Vorstand legt für alle Länder mit Ausnahme weniger Länder der Eurozone und weiterer, insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen) Länderlimite fest. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Sublimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich vom Bereich Volkswirtschaft/Research ermittelt und vom Bereich Credit Risk Management final festgelegt. Der Kreditmanagementausschuss unterbreitet auf dieser Basis unter Einbeziehung bankspezifischer, geschäftspolitischer und risikomethodischer Überlegungen einen Länderlimitvorschlag, auf dessen Basis der Gesamtvorstand die Limite für die einzelnen Länder festsetzt.

Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen (22–24) hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Die Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken aus Ausleihungen des Helaba-Einzelinstituts an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland in Höhe von 43,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 46,4 Mrd. €) konzentrieren sich regional vorwiegend auf Europa (83,5 %) und Nordamerika (14,2 %). Sie sind per 31. Dezember 2017 zu 75,0 % (31. Dezember 2016: 73,7 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 25,0 % (31. Dezember 2016: 26,2 %) werden in den Rating-Klassen 2–13 generiert. Lediglich 0,1 % (31. Dezember 2016: 0,1 %) sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

## Engagements in Großbritannien

Per 31. Dezember 2017 beträgt das Nettoexposure der Helaba im engen Konzernkreis gegenüber Kreditnehmern in Großbritannien 7,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 7,9 Mrd. €). Im Übrigen

hatte das EU-Austritts-Votum Großbritanniens („Brexit“) keine wesentlichen Auswirkungen auf die Höhe des Adressenausfallrisikos.

## Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäfts sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Organisationsrichtlinien für das Kreditgeschäft festgelegt.

## Genehmigungsverfahren

Das Genehmigungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Risiko- und Kreditausschusses des Verwaltungsrats; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Vorstands-Kreditausschuss, einzelne Vorstandsmitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend den MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Markt-bereich sowie den zuständigen Marktfolge-Bereich. Der Vertreter des jeweiligen Marktfolge-Bereichs hat dabei im Rahmen eines

Eskalationsprozesses stets ein Vetorecht. In letzter Instanz entscheidet der Gesamtvorstand.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Gruppe verbundener Kunden die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch Einsatz des Global-Limit-Systems gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Gruppe verbundener Kunden zusammenführt.

## Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

---

In der regulatorischen Sicht erfolgt die Quantifizierung erwarteter und unerwarteter Adressenausfallrisiken über den regulatorischen Rechenkern. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des Expected Loss einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener Loss-Given-Defaults (LGD). Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß CRR vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet.

In der internen Steuerung werden Adressenausfallrisiken mit einem Value-at-Risk-Ansatz ermittelt. Dafür wird ein Credit-Metrics-basiertes Simulationsverfahren (Monte-Carlo-Simulation) unter Berücksichtigung von Migrations- und LGD-Risiken verwendet. Der ermittelte Value-at-Risk gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die innerhalb eines Jahres mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Als Risikoparameter werden neben den internen Rating-Verfahren auch intern geschätzte LGD-Parameter sowie empirisch ge-

messene Korrelationswerte herangezogen. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe des Risikomodells ermittelte Value-at-Risk (VaR) ein Maß für den maximalen Verlust (expected und unexpected) dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 95,0% (Fortführungsansatz) beziehungsweise 99,9% (Liquidationsansatz) auf Basis des zugrunde gelegten Beobachtungszeitraums von einem Jahr nicht überschritten wird. Durch die Berücksichtigung von empirischen Korrelationen wird das simultane Eintreten einzelner Kreditevents (systematisches Risiko) abgebildet.

Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stress-Situationen aufzuzeigen. Dafür werden die Risikoparameter szenarioabhängig modelliert.

Im Basisszenario der Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Adressenausfallrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial von 572 Mio. € (31. Dezember 2016: 561 Mio. €).

## Risikovorsorge

---

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

## Beteiligungsrisiko

Unter dem Beteiligungsrisiko werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden die für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und rechtlicher Möglichkeiten in das gruppenweite Risikomanagement integriert (Einzelrisikosteuerung), ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach CRR der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs

(Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats berichtet.

Die Zusammensetzung des Beteiligungsportfolios ist im Vergleich zum Jahresende 2016 nahezu unverändert. Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Beteiligungsrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 11 Mio. € (31. Dezember 2016: 10 Mio. €).

## Marktpreisrisiko

### Risikosteuerung

---

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für ihre effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis der Risikoinventur werden in Abhängigkeit von der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Der strategische Schwerpunkt der Handelsaktivitäten liegt auf dem kundengetriebenen Geschäft, das durch ein bedarfsorientiertes Produktangebot unterstützt wird. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuchs liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung der Refinanzierung sowie das Management der Zins- und Liquiditätsrisiken des Bankbuchs. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den zum Handelsbuch gehörenden Rückflussbestand eigener Emissionen.

### Limitierung von Marktpreisrisiken

---

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats eingebunden. Er genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits alloziert der Risikoausschuss auf Empfehlung des Dispositionsausschusses Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch.

Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und der Gruppe sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

### Risikoüberwachung

---

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling. Hierzu gehören neben der Risikoquantifizierung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktconformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme sowie eine intensive Datenpflege tragen wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produkts setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung

und Risikoquantifizierung sowie für das Rechnungswesen und das Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

## Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests, die Messung von Residualrisiken und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken sowie durch die Betrachtung inkrementeller Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Stichtagsbetrachtung der eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelations-effekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2017 sowie

eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Der Rückgang des linearen Zinsänderungsrisikos ist vor allem auf eine Modelländerung im zweiten Quartal zurückzuführen. Zusätzlich zur verbesserten Modellierung von Zinsentwicklungen im Niedrigzinsumfeld wurde das Zinskurvenuniversum erweitert. Neben Swap- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich unterschiedliche länder- und ratingabhängige Government-, Financials- und Corporate-Zinskurven zur Bewertung eingesetzt. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 86 % (31. Dezember 2016: 90 %) auf Positionen in Euro und 8 % (31. Dezember 2016: 6 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, kanadischen Dollar und Britischen Pfund. Das Residualrisiko beläuft sich für den Konzern auf 10 Mio. € (31. Dezember 2016: 12 Mio. €). Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beträgt bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem 99,9%-Konfidenzniveau 166 Mio. € (31. Dezember 2016: 136 Mio. €). Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Marktpreisrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 239 Mio. € (31. Dezember 2016: 395 Mio. €). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf das deutlich gesunkene lineare Zinsänderungsrisiko zurückzuführen, dem ein leichter Anstieg des inkrementellen Risikos entgegensteht.

Konzern-MaR nach Risikoarten

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
<b>Gesamt</b>	<b>45</b>	<b>92</b>	<b>39</b>	<b>88</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>5</b>	<b>4</b>
Handelsbuch	15	28	13	26	0	0	2	2
Bankbuch	39	67	35	64	0	0	4	2

Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere wird insbesondere für die Abbildung komplexer Pro-

dukte und Optionen eingesetzt. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

## Internes Modell gemäß Capital Requirements Regulation (CRR)

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes internes Modell gemäß CRR,

das sich aus den Risikomesssystemen MaRC<sup>2</sup> (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt.

## Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstags und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 3 ist das MaR des Handelsbuchs (Helaba-Einzelinstitut) für das Geschäftsjahr 2017 dargestellt. Im Gesamtjahr 2017 betrug das durchschnittliche MaR 19 Mio. €

(Gesamtjahr 2016: 25 Mio. €), der maximale Wert 32 Mio. € (Gesamtjahr 2016: 33 Mio. €) und der minimale Wert 14 Mio. € (Gesamtjahr 2016: 19 Mio. €). Der Risikorückgang gegenüber 2016 ist im Wesentlichen auf die Umstellung des Modells für lineare Zinsänderungsrisiken zur verbesserten Berücksichtigung des Niedrigzinsniveaus zurückzuführen.

Tägliches MaR des Handelsbuchs im Geschäftsjahr 2017  
Grafik 3

in Mio. €



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies

ermöglicht neben der Risikoquantifizierung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikoquantifizierung an den Standorten.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch.

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2017

o MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Zinsänderungsrisiko	26	25	15	22	13	21	12	25	17	23
Währungsrisiko	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Aktienrisiko	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
<b>Gesamtrisiko</b>	<b>28</b>	<b>28</b>	<b>18</b>	<b>24</b>	<b>16</b>	<b>23</b>	<b>15</b>	<b>27</b>	<b>19</b>	<b>25</b>

Anzahl der Handelstage: 250 (2016: 253)

Für die Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt unverändert zum Vorjahr jeweils ein MaR von 0 Mio. €.

## Backtesting

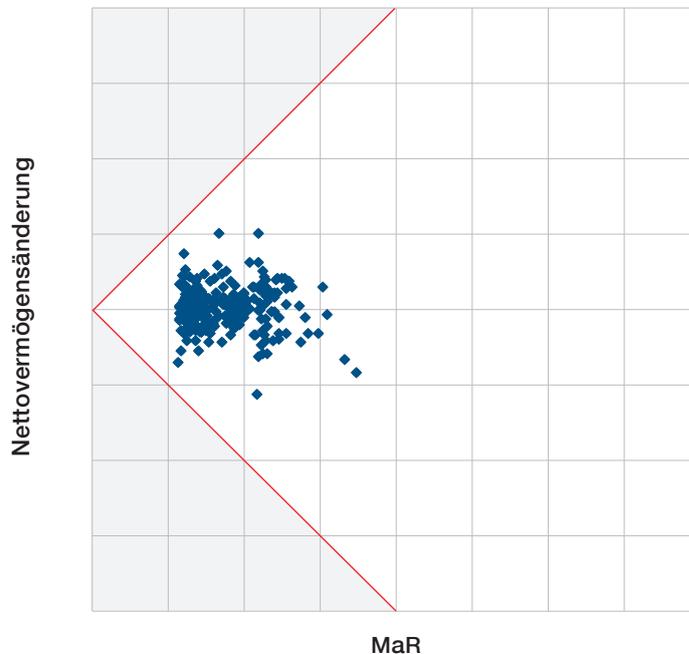
Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Marktpreisrisikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und

Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 4 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2017 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf (2016: keine negativen Ausreißer).

## Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2017

### Grafik 4



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko traten im aufsichtsrechtlichen Backtesting im Jahr 2017 keine negativen Ausreißer auf (2016: keine negativen Ausreißer).

## Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikoquantifizierung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

## Marktpreisrisiken (inklusive Zinsänderungsrisiken) im Bankbuch

---

Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Täglich erstellte Fristenablaufbilanzen, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist, ergänzen dabei die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikokennzahlen. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefor-

dert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2017 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 277 Mio. € führen (31. Dezember 2016: 261 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 258 Mio. € (31. Dezember 2016: 249 Mio. €) und auf Fremdwährungen 19 Mio. € (31. Dezember 2016: 12 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

## Performance-Messung

---

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten werden regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durchgeführt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel

der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

## Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Sicherung der Liquidität im Sinne der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit sowie der Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung mittel- und langfristiger Refinanzierungsmittel besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmär-

ten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2017 jederzeit vollumfänglich gewährleistet.

Ein Liquiditätstransferpreissystem stellt sicher, dass alle mit den verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Helaba verbundenen Liquiditätskosten (direkte Refinanzierungskosten und Kosten der Liquiditätsreserve) transparent verrechnet werden. Die Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken werden im Internal Liquidity Adequacy Assessment Process (ILAAP) zusammengeführt und regelmäßig umfassend validiert.

## Steuerung und Überwachung

---

Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit, für mögliche Kostenrisiken der Refinanzierung und für eine unabhängige Überwachung dieser Risiken verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des konzernweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba, so dass eine konzernweit aggregierte Betrachtung möglich ist.

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung für die kurzfristige Zahlungsfähigkeit und die strukturelle Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäfts unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Die zentrale Steuerung des Liquiditätsabsicherungsbestands sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der LCR als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung.

Der Bereich Risikocontrolling berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktions-träger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interban-

kenliquidität an den Finanzmärkten und die mögliche Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stress-tests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

## Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren (Liquiditätsabsicherungsbestand), der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken verwendet werden (zum Beispiel Repos und Verpfändungen) und damit belegt sind, werden vom freien liquiden Wertpapierbestand abgezogen. Dies betrifft auch Wertpapiere, die als Liquiditätspuffer für die Intraday-Liquiditätssteuerung bevorratet werden. Maßgebliche Währung im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität ist für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Die Helaba verfügt über die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin. Damit darf die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Die bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen hat die Helaba 2017 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von fünf Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag aufgrund der sehr guten Liquiditätsausstattung 11 % (31. Dezember 2016: 20 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 16 %

(31. Dezember 2016: 24 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2017 bei 9 % (2016: 27 %) und spiegelt die sehr gute Liquiditätssituation wider.

Parallel zum internen Modell steuert die Bank die kurzfristige Liquidität entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben der LCR. Die LCR lag 2017 wie auch 2016 stets über der aufsichtsrechtlich relevanten Mindestgröße. Seit 2017 wird bereits die zukünftig gültige Quote von 100 % vollständig erreicht.

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Offenmarktgeschäfte beziehungsweise Fazilitäten bei der EZB. Die Intraday-Liquiditätsdisposition erfolgt im Bereich Cash Management.

Außerbilanzielle Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. Die zu bevorratende Liquidität wird mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,5 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist eine Reduktion um 0,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2016) kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

## Strukturelles Liquiditätsrisiko und Marktliquiditätsrisiko

---

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das Zentrale Dispositionssystem (ZDS) die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäfts der Helaba, das im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsabsicherungsbestands sowie die mittel- und langfristige Finanzierung umfasst. Die Steuerung des Refinanzierungsrisikos basiert auf Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätsinkongruenzen limitiert sind. Durch eine Diversifikation der Funding-Quellen vermeidet die Bank entstehende Konzentrationsrisiken in der Liquiditätsbeschaffung. Die Quantifizierung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird unter Variation der Haltedauer monatlich eine Szenariorechnung durchgeführt. Das

skalierte MaR impliziert zum 31. Dezember 2017 analog zum 31. Dezember 2016 kein signifikantes Marktliquiditätsrisiko. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos (Refinanzierungsrisiko), die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten und getestet.

## Operationelles Risiko

### Steuerungsgrundsätze

---

Im Einklang mit den regulatorischen Anforderungen verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management operationeller Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken identifiziert, gesteuert und überwacht.

Die Steuerung und Überwachung operationeller Risiken werden in der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Die Überwachung operationeller Risiken ist zentral im Bereich Risikocontrolling angesiedelt.

### Instrumentarium

---

Die Helaba wendet den Standardansatz für die regulatorische Eigenmittelunterlegung an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung operationeller Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch sind ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten und ihre Steuerung auf Basis von Maßnahmen möglich.

Die systematische Klassifizierung operationeller Risiken erfolgt auf Basis des selbst entwickelten Risikomodells der Helaba. Das Risikomodell der Helaba basiert auf den Basler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird. Die Quanti-

fizierungsmethodik fußt auf einem Modellierungsansatz, der interne und externe Schadensfälle sowie von den Geschäftseinheiten erstellte und vom Bereich Risikocontrolling plausibilisierte Risikoszenarien umfasst.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank sowie einer zentralen Anwendung für das Risikoberichtswesen.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

## Risikoüberwachung

In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss, der eingerichtete Steuerungskreis Operationelle Risiken und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation, eingetretene Schadensfälle und daraus abgeleitete Steuerungsmaßnahmen informiert.

Das Risikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Meldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VöB-Datenkonsortium ergänzt.

## Quantifizierung

Die Quantifizierung operationeller Risiken erfolgt für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest im Rahmen eines internen Modells auf Basis eines Verlustverteilungsansatzes, in den interne und externe Schadensfälle sowie Risikoszenarien zur Ermittlung des unerwarteten Verlusts (ökonomisches Risikopotenzial) einfließen. Dies beinhaltet auch interne Schadensfälle und Risikoszenarien aus operationellen Risiken, die

ursächlich auf Subrisiko-Kategorien, unter anderem Rechts-, Informationssicherheits- und IT-Risiken, zurückzuführen sind. Die nachfolgende Übersicht enthält das Risikoprofil für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest sowie für die übrigen in die Einzelrisikosteuerung eingebundenen Unternehmen des Helaba-Konzerns des Jahres 2017:

## Operationelle Risiken – Risikoprofil

Ökonomisches Risikopotenzial – Basisszenario

in Mio. €

	Stichtag 31.12.2017	Stichtag 31.12.2016
	VaR 95,0 %	VaR 95,0 %
Einzelinstitut	60	36
Frankfurter Sparkasse, Helaba Invest und übrige Unternehmen der Einzelrisikosteuerung	31	37
<b>Gesamt</b>	<b>91</b>	<b>73</b>

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus operationellen Risiken für den Konzern ein unerwarteter Verlust (ökonomisches Risiko-

potenzial) in Höhe von 91 Mio. € (31. Dezember 2016: 73 Mio. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Aktualisierung der Risikoszenarien.

## Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen regelt die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Im Dokumentationswesen wird der definierte Handlungsrahmen durch Regelungen zu Aktivitäten und Prozessen dargestellt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Abteilung Bankorganisation unterstützt.

## Rechtsrisiko

---

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereichs Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls beim Bereich Recht.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank

die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereichs Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

## Outsourcing-Risiko

---

Risiken aus Auslagerungen leiten sich unter anderem aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Bereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Darüber hinaus sind mit Auslagerungen operationelle Risiken verbunden. Zur Begrenzung der Risiken findet eine Überwachung und Steuerung der Dienstleister sowie deren Leistungserbringung durch die für die Auslagerungen verantwortlichen Stellen in den jeweiligen Bereichen statt. Die Intensität der

Überwachung und Steuerung orientiert sich dabei am Risikogehalt, der dem zuständigen Dezernenten regelmäßig berichtet wird. Der Bereich Organisation (bis 31. Dezember 2017: Organisation und Informatik) hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis der Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

## Informationssicherheits- und IT-Risiko

---

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der Informationssicherheit sind die Basis für ein angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Das Niveau sowie die Angemessenheit der Informationssicherheit werden im Rahmen des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) kontinuierlich überwacht und angepasst. Zusätzlich werden im Rahmen von Monitoring-Tätigkeiten wesentliche Systeme kontinuierlich überwacht. Auch werden wichtige Prozesse und Verfahren sowie wesentliche Auslagerungen im Rahmen von regelmäßigen Informationssicherheits-Audits überprüft.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende Informationssicherheits-Richtlinien

(IS-Richtlinien) und Sicherheitskonzepte haben zum Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominimierung definiert und umgesetzt werden. Diese Dokumente werden kontinuierlich weiterentwickelt. Ferner erfolgt ein aktives Management der IT-Risiken. Die IT-Risiken, wie auch die zugehörigen Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen, werden periodisch und anlassbezogen überprüft, überwacht und gesteuert. Damit sind die drei Aspekte der Informationssicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden. Darüber hinaus erfolgt für die IS- und IT-Risiken eine regelmäßige Berichterstattung an den Steuerungskreis Operationelle Risiken.

## Business Continuity Management

---

Im Rahmen des Business Continuity Managements haben die Bereiche und Niederlassungen der Helaba für die kritischen Geschäftsprozesse zur Notfallvorsorge Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Geschäftsfortführungspläne werden regelmäßig aktualisiert, weiterentwickelt und ihre Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Hierdurch werden sowohl der Wiederanlauf und die Durchführung eines angemessenen Notbetriebs als auch die Rückführung in den Normalbetrieb sichergestellt.

Für die an externe Dienstleister ausgelagerten IT-Dienstleistungen bestehen Vereinbarungen in den jeweiligen Vertragsdokumenten zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebs beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba getestet.

## Rechnungslegungsprozess

---

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligt am Rechnungslegungsprozess des Helaba-Konzerns sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt und lokale (Teil)abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS, die WIBank sowie alle konsolidierten und at Equity bewerteten Gesellschaften oder Teilkonzerne.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung sowohl der Einzelabschluss nach HGB als auch der Konzernabschluss nach IFRS erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung der

Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) beziehungsweise Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlusssausagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Damit werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder HGB-/IFRS-Konsistenzprüfungen durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren, sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Auch konzernrechnungslegungsbezogene Vorgaben, die insbesondere von der Konzernmutter und den einbezogenen Teilkonzernen zu beachten sind, sind hier geregelt. Der Regelungsumfang umfasst neben den konzerneinheitlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis- und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der

eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres auf Plausi-

bilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf ihre Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Hierzu sind für jede Meldestelle und für jede Notes-Angabe auf Konzernebene Verantwortliche und deren Stellvertreter festgelegt. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

## Stuerrisiken

---

Die Bank hat im Berichtsjahr ein Tax Compliance Management System (TCMS) eingerichtet. Dieses wurde zum 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt. Das TCMS wurde unter Berücksichtigung von rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Grundsätzen konzipiert und fokussiert auf die Einhaltung steuerlicher Vorschriften und die Vermeidung von Steuerrisiken. Ein wesentlicher Baustein des TCMS ist die Identifikation, Steuerung und Überwachung der steuerlichen Risiken. In den operativen Geschäftsprozessen der Bank sind Aufgaben, Abläufe und Kontrollvorgaben unter Risikoaspekten geordnet.

Die übergeordneten Rahmenbedingungen sind in der Steuerstrategie der Helaba niedergelegt, welche künftig ein Bestandteil der Geschäftsstrategie ist. Zur Einhaltung der Vorgaben aus der

Steuerstrategie im operativen Geschäftsbetrieb sind alle Bereiche verpflichtet. Die Überwachung der Steuerrisiken im Geschäftsbetrieb der Helaba ist Aufgabe der Abteilung Steuern und erfolgt durch einen zentralen Tax Risk Manager im Zusammenspiel mit Tax-Compliance-Koordinatoren der Fachbereiche.

Die Abteilung Steuern ist zuständig für das steuerliche Anweisungswesen, das auch die übergreifenden Kontrollvorgaben regelt. Die Umsetzung der Kontrollvorgaben und abgeleiteten Verbesserungsmaßnahmen obliegt den Fachbereichen.

Eine regelmäßige Berichterstattung über steuerliche Risiken ist eingerichtet.

## Sonstige Risikoarten

### Geschäftsrisiko

---

Die Risikosteuerung der Geschäftsrisiken umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Der

Bereich Risikocontrolling quantifiziert die Geschäftsrisiken für die Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung und analysiert deren Entwicklung.

Zum 31. Dezember 2017 sind die Geschäftsrisiken gegenüber dem Jahresende 2016 um 8 Mio. € auf 150 Mio. € zurückgegangen (31. Dezember 2016: 158 Mio. €).

## Immobilienrisiko

---

Die Risikosteuerung der Immobilienprojektierungen und Immobilienbestände wird durch den Bereich Immobilienmanagement gemeinsam mit den gruppenangehörigen Unternehmen übernommen. Die Risikosteuerung umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Der Bereich Risikocontrolling übernimmt schwerpunktmäßig die Risikoquantifizierung und die Risikoüberwa-

chung von Immobilienrisiken. Die Risikoquantifizierung ermittelt die notwendigen Kapitalbedarfe zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit.

Die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen sind in 2017 bedingt durch Portfoliozuwachs auf 48 Mio. € (31. Dezember 2016: 31 Mio. €) angestiegen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesen Geschäften abgedeckt.

## Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen

Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

## Nichtfinanzielle Erklärung

Die nachfolgende nichtfinanzielle Erklärung entspricht der nichtfinanziellen Erklärung des Konzernlageberichts.

Die Helaba ist gemäß dem „Gesetz zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten“ (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz) erstmals für das Geschäftsjahr 2017 dazu verpflichtet, eine nichtfinanzielle Erklärung aufzustellen (§ 340a Abs. 1a HGB). Dieser Verpflichtung kommt die Helaba in dieser nichtfinanziellen Erklärung für den Konzern (NfE) gemäß § 340i Abs. 5 HGB nach, in der die wesentlichen Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf die nichtfinanziellen Aspekte Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte sowie die Bekämpfung von Korruption und Bestechung (§ 289c Abs. 2 HGB) dargestellt werden.

Die dargestellten Konzepte gelten hierbei grundsätzlich für den Konzern. Im Falle von Abweichungen von diesem Grundsatz wird hierauf im Text hingewiesen. Die Frankfurter Sparkasse ist konsolidiert dargestellt; wesentliche Merkmale werden an relevanten Stellen gesondert ausgewiesen.

### Geschäftsmodell

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag prägen neben finanziellen Aspekten auch nichtfinanzielle Aspekte das Selbstverständnis der Helaba. Das Geschäftsmodell ist langfristig orientiert und hat eine regionale Verankerung. Die Helaba ist im gesamten Bundesgebiet sowie in ausgewählten internationalen Märkten aktiv. Ein konservatives Risikoprofil, die starke Verzahnung mit der Realwirtschaft und die Integration in den Sparkassenverbund kennzeichnen diese Ausrichtung. Das Geschäftsmodell der Helaba ist umfassend im Kapitel „Grundlagen des Konzerns“ beschrieben.

Um negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft sowie Reputationsrisiken für die Helaba zu minimieren, hat die Helaba in 2014 für den gesamten Konzern geltende Nachhaltigkeitsleit-

Die Helaba nutzt bei der Erstellung der NfE den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) und die dort verwendeten Indikatoren der Global Reporting Initiative (GRI). Die NfE stellt einen Ausschnitt der DNK-Entsprechenserklärung der Helaba dar. Im Internet berichtet die Helaba umfassend über ihr Nachhaltigkeitsprogramm ([nachhaltigkeit.helaba.de](http://nachhaltigkeit.helaba.de)). Dort ist auch die Entsprechenserklärung gemäß DNK verfügbar.

Im Geschäftsjahr und zum Berichtszeitpunkt sind unter Berücksichtigung des Risikomanagementprozesses der Helaba (Nettomethode) keine wesentlichen Risiken erkennbar, die sehr wahrscheinlich schwerwiegende negative Auswirkungen auf die oben genannten Aspekte haben beziehungsweise haben werden.

Die Aussagen der NfE wurden einer freiwilligen externen betriebswirtschaftlichen Prüfung nach ISAE 3000 (Revised) mit begrenzter Sicherheit durch den Abschlussprüfer unterzogen. Verweise auf Angaben außerhalb des Lageberichts sind weiterführende Informationen und nicht Bestandteil der NfE oder des Lageberichts.

sätze formuliert, die vom Vorstand beschlossene Verhaltensmaßstäbe für die Bereiche Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gesellschaftliches Engagement enthalten. Damit wird der am Gemeinwohl orientierte öffentliche Auftrag der Helaba, wie er im Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen sowie in der öffentlich-rechtlichen Satzung der Helaba verankert ist, konkretisiert.

Des Weiteren hat sich die Helaba im Jahr 2017 zu den zehn Prinzipien des UN Global Compact bekannt. Sie erkennt damit internationale Standards für Umweltschutz, Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie die Bekämpfung von Korruption an.

## Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf die Aspekte Umwelt und Soziales

Durch ihre Geschäftstätigkeit als Kreditinstitut, durch die Wohnungsbestände der Tochtergesellschaft GWH im Bereich der Immobilienwirtschaft sowie im Bereich Privatkundengeschäft durch die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse ergeben sich Auswirkungen auf die Aspekte Umwelt und Soziales. Durch ihren Geschäftsbetrieb in Bürogebäuden und der Betriebsökologie sieht die Helaba keine wesentlichen Auswirkungen auf die

Umwelt. So ist beispielsweise der MAIN TOWER, das Hauptgebäude der Helaba, seit 2011 nach den Standards von Leadership in Energy and Environmental Design (LEED) als nachhaltiges Gebäude zertifiziert und seit 2016 nach Energieeffizienzmaßnahmen mit der höchsten Kategorie Platin ausgezeichnet. Betriebliche Umweltindikatoren werden regelmäßig erhoben und auf der Website der Helaba transparent gemacht.

### Kreditfinanzierungen

Das Kreditgeschäft stellt das Kerngeschäft der Helaba dar. Grundsätzlich besteht damit das Risiko, dass von der Helaba finanzierte Unternehmen oder Projekte negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft verursachen.

Um diese negativen Auswirkungen aus den Finanzierungen zu minimieren, hat die Helaba 2017 Nachhaltigkeitskriterien und Ausschlussbedingungen für die Kreditvergabe entwickelt, die in den bestehenden Risikoprozess und die Risikosteuerung integriert wurden und ab dem Geschäftsjahr 2018 konzernweit gelten.

Entsprechend wurde in der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiko festgelegt, dass die wissentliche Finanzierung von Vorhaben, die schwere Umweltschäden oder schwere soziale Schäden hervorrufen, ausgeschlossen ist. Dies umfasst insbesondere Menschenrechtsverletzungen, die Zerstörung von Kulturgütern, die Verletzung von Arbeitnehmerrechten und Umweltschädigungen.

Diese übergreifenden Grundsätze der Kreditvergaberichtlinien werden durch sektorspezifische Leitlinien ergänzt, die für Sektoren mit erhöhtem Risiko gelten. Spezifische Kriterien wurden für die Sektoren Energiewirtschaft, Kohlekraftwerke, Staudämme

und Wasserkraftwerke, Atomkraftwerke, Bergbau, Öl- und Gasförderung, Land- und Forstwirtschaft, Zellstoff- und Papierindustrie sowie für den Rüstungssektor verabschiedet. So hat die Helaba entschieden, das derzeitige Engagement im Bereich Kohlekraftwerke und Kraftwerkskohle schrittweise zurückzufahren. Gleichzeitig erhöht sie durch gezielte Finanzierung von energieeffizienten und umweltfreundlichen Technologien sowie erneuerbaren Energien ihren positiven Einfluss auf die Energiewende. Die sektorspezifischen Leitlinien werden auf der Website der Helaba ausgewiesen und sind somit auch für die Marktteilnehmer einsehbar.

Die Risikostrategien der Helaba werden jährlich überprüft und Anpassungen oder Ausweitungen von Nachhaltigkeitskriterien bei Bedarf eingeführt. Die Steuerung des Adressenausfallrisikos ist in das bankweite Risikomanagement integriert. Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die nach Maßgabe der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verbindlich festgelegt wurde. Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig (siehe Risikobericht).

### Versorgung mit Finanzdienstleistungen

Im Helaba-Konzern werden Privatkunden primär durch die Frankfurter Sparkasse betreut. Gemäß ihrer Satzung hat die Frankfurter Sparkasse die Aufgabe, das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs zu dienen. Als regionaler Marktführer im Privatkundengeschäft hat sie einen wesentlichen Einfluss auf die Versorgung mit Finanzdienstleistungen in ihrem Geschäftsgebiet. Durch ihre breite Präsenz mit 77 Filialen und Beratungszentren sowie über 20 Selbstbedienungsstellen und über 120 Geldautomaten nimmt die Frankfurter Sparkasse Verantwortung für den Zugang zu Finanzdienstleistungen wahr und wird ihrem öffentlichen Auftrag gerecht.

Die Frankfurter Sparkasse begreift finanzielle Inklusion als wesentliche Komponente ihres öffentlichen Auftrags. Um allen Bevölkerungsgruppen, insbesondere sozial benachteiligten und wirtschaftlich schwachen Kundengruppen, Zugang zu Bankdienstleistungen zu gewährleisten, bietet die Frankfurter Sparkasse Basiskonten in mehreren Varianten an. Zum 31. Dezember 2017 werden 1.033 Basiskonten geführt. Blinden und sehbehinderten Menschen erleichtert die Frankfurter Sparkasse den Zugang zu ihren Services, indem die stationären Filialen jeweils über mindestens einen Bargeldautomaten mit einem Kopfhöreranschluss verfügen. Auch die Internetfiliale ist seit Ende 2016 vollständig barrierefrei.

Als Retail-Anbieter verfolgt die Frankfurter Sparkasse eine konsequent am Kunden orientierte Geschäftspolitik. Regelmäßige Schulungen zur Vertriebsphilosophie der Sparkassen-Finanzgruppe sowie zur Umsetzung von Richtlinien und Gesetzen mit Verbraucherorientierung und gezielte Anreize sind die Basis dieser Geschäftspolitik. Um eine hohe Beratungsqualität zu gewährleisten, werden zum Beispiel Kundenberater der Frankfurter

Sparkasse zu 50 % an qualitativen Zielen gemessen. Ergänzend wird die Kundenzufriedenheit im Rahmen des Sparkassen-Verbundkonzepts in Hessen-Thüringen regelmäßig gemessen und wird in den Verbundgremien darüber berichtet. Innerhalb der Verbundstrategie werden aus den Ergebnissen Zielvorgaben abgeleitet.

## Immobilienwirtschaft

Die GWH Immobilien Holding GmbH übt mit ihren rund 50.000 vermieteten und verwalteten Wohnungen im Bereich der Immobilienwirtschaft einen bedeutenden Einfluss auf Umwelt und Gesellschaft aus. Sie verfolgt damit das Ziel, für breite Bevölkerungsschichten hochwertigen und bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen und die negativen Auswirkungen von Immobilien auf die Umwelt zu senken. Insbesondere in den Ballungszentren des Rhein-Main-Gebiets und der Rhein-Neckar-Region besteht das Risiko von Wohnungsmangel. Durch gezielte Investitionen, Neubauprojekte und Anlaufstellen vor Ort ist die GWH bemüht, hochwertigen Wohnraum zu schaffen und ein nachhaltiges Verhältnis zu ihren Mietern zu erhalten.

Aus ökologischer Perspektive hat die GWH Prozesse zur fortlaufenden Optimierung der Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz ihrer Wohngebäude implementiert. Sie investiert zum Beispiel kontinuierlich in Dämmung und Fenstererneuerung der Bestandswohnungen und versorgt mit dem eigenen Energiedienstleister Systemo GmbH einen steigenden Anteil ihrer Wohnungen mit Heizenergie aus energieeffizienter Kraft-Wärme-Kopplung und regenerativen Quellen. Den Erfolg der Maßnahmen kontrolliert sie regelmäßig durch Messungen der dadurch erzielten Einsparungen von CO<sub>2</sub>-Emissionen. In 2016 konnte der Gesamtenergie-

verbrauch von 498.577 MWh durch Wärmedämmmaßnahmen und Heizungsmodernisierungen um rund 1,4 % gesenkt werden, wodurch 1.374 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart wurden.

Neben den ökologischen Auswirkungen sind auch die sozialen Aspekte der vermieteten und verwalteten Wohnungen von Bedeutung für Mieter und Gesellschaft. Die GWH engagiert sich unter anderem in Großsiedlungen mit besonderem soziokulturellem Profil. Ein Viertel der Wohnungen der GWH gehört zum mietpreisgebundenen (sozial geförderten) Wohnungsbestand, ein Fünftel der Wohnungen befindet sich in Vierteln mit sozialem Quartiersmanagement. Ziel des sozialen Quartiersmanagements ist es, mit zahlreichen Maßnahmen die Lebens- und Wohnqualität der Bewohner zu verbessern und für sozialen Ausgleich zu sorgen. So stellt die GWH beispielsweise Räumlichkeiten für gesellschaftliche Zwecke wie für die Hausaufgaben- und Jugendbetreuung sowie für Begegnungszentren bereit. In Wohnsiedlungen schafft die GWH soziale Anlaufstellen oder engagiert Sozialarbeiter als Ansprechpartner. Die Nachfrage nach Wohnraum bedient die GWH mit einem kontinuierlichen Neubau von Wohnungen. So wurden in 2017 275 Mietwohnungen und 83 Eigentumswohnungen beziehungsweise Eigenheime fertiggestellt.

## Bekämpfung von Korruption und Bestechung

Die konsequente Einhaltung von Vorschriften und Gesetzen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene gehört zum Grundverständnis der Helaba. Das Risiko, dass rechtliche Bestimmungen verletzt werden, wird als Rechtsrisiko angesehen und im Rahmen des operationellen Risikos gesteuert (siehe Risikobericht).

Für die Helaba ist in diesem Kontext aufgrund der Natur des Bankgeschäfts die Verhinderung von wirtschaftskriminellem Handeln durch das präventiv ausgerichtete Compliance Management (zum Beispiel Betrug, Korruption und Bestechung) von zentraler Bedeutung. Sie hat unter anderem die unabhängigen und unmittelbar dem Vorstand unterstellten Funktionen der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung eingerichtet. Diese entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grund-

sätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Das Compliance Management der Frankfurter Sparkasse ist in diesen Prozess eng eingebunden und erfüllt die konzernweiten Vorgaben.

Mit dem Beitritt zum UN Global Compact in 2017 bekräftigt die Helaba, dass sie gegen alle Arten der Korruption, einschließlich Erpressung und Bestechung, eintritt.

Jede Form von Bestechung und Bestechlichkeit ist in der Helaba verboten. Dies ist im Verhaltenskodex ausgeführt, der als übergeordnete Leitlinie und Orientierungsrahmen für alle Beschäftig-

ten fungiert. Im Anweisungswesen sind verbindliche Regelungen unter anderem für den Umgang mit Zuwendungen sowie zur Aufklärung von Verdachtsmomenten von wirtschaftskriminellen Handlungen niedergelegt. Darüber hinaus stellt die Betriebsordnung der Helaba zum Umgang mit Geschenken sicher, dass geschäftliche Entscheidungen objektiv, transparent und auf Basis nachvollziehbarer Sachargumente getroffen werden. Die Betriebsordnung soll Hilfestellungen geben, Genehmigungspflichten normieren und einen transparenten Umgang gewährleisten. Im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Vorgaben finden regelmäßig

Schulungsveranstaltungen statt, zu deren Teilnahme alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet sind.

Das Hinweisgebersystem (Whistleblowing-System) ermöglicht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mögliche unrechtmäßige Vorgänge zu melden. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich unter Wahrung der Vertraulichkeit ihrer Identität oder anonym an eine externe Ombudsperson wenden. In der Frankfurter Sparkasse ist ein eigenes System etabliert. Der Helaba sind in 2017 keine Korruptionsverfahren bekannt gegeben worden.

## Arbeitnehmerbelange

Das Wissen und die Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für die Helaba als Kreditinstitut im Finanzdienstleistungssektor von wesentlicher Bedeutung für den langfristigen Erfolg. 95 % der rund 6.100 Beschäftigten des Helaba-Konzerns arbeiten in Deutschland. Entsprechende Vorschriften zu Arbeitsrecht und Arbeitsschutz finden Anwendung und werden durch fest etablierte Prozesse sichergestellt.

Mitwirkung und Anhörung vor allem im organisatorischen, personellen und sozialen Bereich.

Wie im Hessischen Personalvertretungsgesetz vorgesehen, vertritt der Personalrat die Interessen der Beschäftigten und überwacht die Einhaltung der Vorschriften zu deren Schutz. Als Vertretungsorgan ist er der erste Ansprechpartner der Geschäftsleitung in allen Arbeitnehmerbelangen. Der Gesamtpersonalrat der Helaba wird ergänzt durch Personalvertretungen an einzelnen Standorten und bei der Frankfurter Sparkasse sowie durch die Jugendauszubildenden- und die Schwerbehindertenvertretung. Die Beteiligung des Personalrats in der Helaba erfolgt durch Mitbestimmung,

In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Helaba den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und der Vergütung festgelegt. Für rund 62 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Helaba-Konzerns ist die Vergütung tariflich geregelt, davon für über 80 % nach dem Tarifvertrag für öffentliche Banken. 96,7 % der Beschäftigten haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Die Vergütungssysteme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Vorstand von Helaba und Frankfurter Sparkasse erfüllen die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung und werden in Form eines eigenständigen Berichts (Vergütungsbericht gemäß § 16 Institutsvergütungsverordnung) jährlich auf der Website der Helaba veröffentlicht.

## Arbeitgebermarke und Mitarbeiterbindung

Als Anbieter von spezialisierten Finanzdienstleistungen verfolgt die Helaba das Ziel, stets geeignete und hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und langfristig an die Helaba zu binden. Der demografische Wandel stellt die Helaba vor die Herausforderung, potenzialstarke Nachwuchskräfte zu gewinnen und zu binden. Darüber hinaus stellen die anhaltenden regulatorischen Entwicklungen im Bankenumfeld sowie die fortschreitende Digitalisierung die Helaba vor veränderte Anforderungen, um vor allem für eine junge Zielgruppe von Arbeitnehmern attraktiv zu bleiben und auf sich verändernde beziehungsweise neue Kompetenzanforderungen zu reagieren.

rungskraft und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Mitarbeitergespräch ist ein zentrales Führungsinstrument und Kernelement der Personalentwicklung, um Wertschätzung für die geleistete Arbeit auszudrücken und Hilfestellung bei Veränderungsbedarf anzubieten. Führungskräfte sollen über die Vereinbarung von Zielen ein möglichst hohes Maß an Transparenz über Aufgaben und Leistungserwartungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herstellen und das vertrauensvolle Miteinander fördern.

Kompetenzanforderungen an einen Stelleninhaber werden über Anforderungsprofile definiert. Die vor diesem Hintergrund zu erbringenden Zielsetzungen und auch Leistungsbewertungen sind Teil des jährlichen Mitarbeitergesprächs zwischen Füh-

Um die Attraktivität als Arbeitgeber langfristig zu stärken, hat die Helaba als erste Maßnahme im Verlauf des Jahres 2016 eine bankweite Mitarbeiterbefragung durchgeführt, an der rund 83 % der Beschäftigten teilgenommen haben. Die Ergebnisse mündeten 2017 in einen unternehmenskulturellen Transformationsprozess unter dem Titel „move Helaba“. Als Teil des Transformationsprozesses wurden Mitarbeiterworkshops zu den Themen

Wertschätzung und Führung, Kommunikations- und Diskussionskultur, Zusammenarbeit und Prozesse sowie Kundenorientierung/Leistungsfähigkeit durchgeführt. Dieser Prozess wird auch in 2018 fortgesetzt.

Die Frankfurter Sparkasse führte in 2016 ebenfalls eine Mitarbeiterbefragung durch. Anhand der Ergebnisse wurden in mehrstufigen Workshops unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Verbesserungsvorschläge für die interne Zusammenarbeit entworfen und im Austausch mit Führungskräften in 2017 weiterentwickelt. Die Ergebnisse des Prozesses und die daraus abgeleiteten Erkenntnisse flossen in die anschließende Trainingsreihe „FührungsTriathlon“ sowie die Vortragsreihe „FührungsImpulz“ ein.

Ein betriebliches Angebot zur Aus- und Weiterbildung gewährleistet die Beschäftigungsfähigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis ins Rentenalter und erhöht die Arbeitgeberattraktivität. Die Helaba investierte deshalb in 2017 wie auch im Vorjahr 5 Mio. € gezielt in die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das bedarfsgerecht aufgestellte Angebot an Seminaren zur fachlichen, persönlichen, sozialen und metho-

dischen Entwicklung hilft Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der alltäglichen Arbeit. Ergänzt wird dieses Angebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische Angebote externer Seminaranbieter sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge. Durch ein eigenständiges Traineeprogramm sollen junge Nachwuchskräfte gewonnen werden. In einem 18-monatigen Programm werden die Grundlagen für die spätere Entwicklung als Spezialisten oder Führungskräfte innerhalb einer vorab definierten Wertschöpfungskette gelegt.

Die Helaba legt besonderen Wert auf die stärkere Förderung von Frauen sowie auf die Entwicklung altersdifferenzierter Personalinstrumente. Um die Potenziale aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszuschöpfen und langfristige Perspektiven im Konzern zu eröffnen, sind die Frauenförderung und altersdifferenzierte Personalinstrumente von zentraler Bedeutung. Ein Arbeitskreis „Diversity“ mit Vertretern des Personalrats und des Bereichs Personal wird Konzepte der Frauenförderung und einer stärker lebenszyklusorientierten Personalarbeit diskutieren und auf den Weg bringen. Operativ wurden bereits gute Erfahrungen mit einem Cross-Mentoring-Programm gemacht.

#### Kennzahlen für Vielfalt der Beschäftigten der Helaba

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Deutschland und Schweiz (Personen)	5.921	5.897	5.961
Anteil Frauen	47,8 %	47,5 %	47,6 %
Anteil weiblicher Führungskräfte	22,0 %	19,6 %	17,7 %
Anteil weiblicher Vorstandsmitglieder (Helaba-Einzelinstitut)	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Anteil weiblicher Verwaltungsratsmitglieder (Helaba-Einzelinstitut)	22,2 %	22,2 %	22,2 %
Anteil Alter > 50	42,3 %	39,5 %	39,3 %
Anteil Alter 30–50	50,3 %	52,3 %	52,9 %
Anteil Alter < 30	7,4 %	8,2 %	7,8 %
Anteil Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Behinderung	5,6 %	5,8 %	6,1 %

Das betriebliche Gesundheitsmanagement der Helaba hat neben der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben zum Arbeitsschutz den Fokus auf der Gesundheitsförderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Rahmen von Veranstaltungen, Vorträgen und Seminaren können sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rund um die Themen Ernährung, Bewegung, Risikoversorge und mentale Balance/Entspannung regelmäßig informieren und Angebote wahrnehmen. Für die körperliche Fitness steht das Betriebssportprogramm mit zahlreichen Angeboten zur Verfügung. Neben der körperlichen ist auch die psychische Gesundheit von zentraler Bedeutung. Mit dem Sozialservice (beziehungsweise Sozialreferat

bei der Frankfurter Sparkasse) steht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in schwierigen Berufs- oder Lebenssituationen befinden, eine kompetente Beratungsstelle zur Verfügung.

Insgesamt weisen eine geringe Fluktuationsrate von 2,0 % (durch den Arbeitnehmer veranlasst), die Dauer der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 15,3 Jahren und ein niedriger Krankenstand von 4,3 % (krankheitsbedingter Ausfall mit ärztlichem Attest) auf eine hohe Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hin.

## Achtung der Menschenrechte

Für die Helaba gelten die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) national und international als übergreifende Prinzipien für alle Geschäftsaktivitäten. Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag sieht die Helaba keine wesentlichen Auswirkungen auf den Aspekt Menschenrechte und betrachtet daher diesen Aspekt als nicht berichtspflichtig. Aus Sicht der Helaba entstehen weder aus dem Geschäftsmodell noch aus den Produkten wesentliche Risiken für die Wahrung der Menschenrechte.

Um dennoch insbesondere mögliche indirekte Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf Menschenrechte in Form von Kreditfinanzierungen zu minimieren, wurden entsprechende Kriterien in den Kreditvergabeprozess aufgenommen (siehe Kreditfinanzierun-

gen). Ihren Anspruch zum Schutz der Menschenrechte hat die Helaba in 2017 außerdem durch den Beitritt zum UN Global Compact bekräftigt, dessen zehn Prinzipien unter anderem auch den Schutz von Menschenrechten umfassen.

In Bezug auf die Lieferkette der Helaba bestehen ebenfalls keine wesentlichen Auswirkungen auf Menschenrechte. Um dennoch mögliche Auswirkungen zu minimieren, achtet die Helaba bei der Auswahl von Lieferanten darauf, dass diese sich zur Achtung der Menschenrechte bekennen. Bei der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen (Outsourcing) verfolgt die Helaba einen risikobasierten Ansatz. Die Risiken werden unter anderem dadurch reduziert, dass die Helaba nur an Anbieter auslagert, die eine nachhaltige Geschäftspolitik anhand verbindlicher Verhaltenskodizes und Selbstverpflichtungen betreiben.

# Prognose- und Chancenbericht

## Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft bleibt 2018 auf Expansionskurs, ohne dabei an die Zuwachsraten vor der Finanzkrise anknüpfen zu können. In den USA fällt die Dynamik etwas höher aus als ein Jahr zuvor. Der Euroraum setzt mit 2 % seinen Aufschwung fort. Chinas Wachstumstrend wird sich weiter abschwächen, Länder wie Russland profitieren vom wieder höheren Ölpreis. Das weltweite Wirtschaftswachstum wird mit etwa 3,5 % ähnlich ausfallen wie im Jahr zuvor.

Deutschland wird 2018 mit kalenderbereinigt rund 2 % etwas weniger dynamisch expandieren als im Vorjahr. Dazu wird erneut insbesondere die Binnennachfrage beitragen. Realeinkommen und Beschäftigung dürften sich positiv entwickeln. Der Schwung bei den Investitionen sollte etwas zunehmen. Eine hohe Kapazitätsauslastung lässt Erweiterungsinvestitionen dringlicher werden und die Rahmenbedingungen für die Kapitalbildung bleiben günstig. Die Dynamik der Bautätigkeit dürfte jedoch etwas nachlassen. Die Auftragsgänge sind zuletzt sowohl im Wohnungs- als auch im Nichtwohnungsbau leicht zurückgegangen. Allerdings sind die Auftragsbestände weiterhin hoch. Der Außenhandel wird zwar vom stärkeren Euro belastet, die dynamische Weltwirtschaft dürfte dies allerdings überkompensieren. Wie im Jahr zuvor muss damit gerechnet werden, dass

die Importe stärker zulegen als die Exporte. Vom Außenhandel sind deswegen keine nennenswerten Wachstumsimpulse zu erwarten. Die öffentlichen Haushalte sollten 2018 einen etwas kleineren Überschuss erzielen, nachdem im Vorjahr mit 1,1 % des Bruttoinlandsprodukts das größte Plus seit der deutschen Einheit erreicht worden war. Die Steuereinnahmen legen zwar weiter zu; höhere staatliche Investitionsausgaben und mehr öffentlicher Konsum dürften jedoch die Überschüsse begrenzen. In der Eurozone nehmen die Wachstumsunterschiede zwischen den Ländern 2018 ab. Frankreich nähert sich dem Eurozonen-durchschnitt an. Die dortige Reformpolitik führt zu mehr Dynamik und zu einem zunehmenden Optimismus. Das Wachstum in Spanien und Irland bleibt überdurchschnittlich, verringert sich aber. Italien hat anhaltende Strukturprobleme, profitiert allerdings auch vom hohen globalen Wachstum.

Die EZB wird ihr Kaufprogramm vermutlich im September 2018 beenden und im ersten Halbjahr 2019 die Zinswende einleiten. Die Geldmarktsätze verharren überwiegend im negativen Bereich, ebenso wie kurze Laufzeiten deutscher Staatsanleihen. Mittlere und lange Laufzeiten werden sich dagegen im positiven Terrain auf einem erhöhten Renditeniveau etablieren. Die Zinskurve wird im Jahresverlauf insgesamt steiler werden.

## Chancenbericht

Die Helaba verfügt seit Jahren über ein stabiles und zukunftsfähiges strategisches Geschäftsmodell. Die Bank konnte deshalb in den letzten Jahren nicht nur ihre Marktposition in den Kerngeschäftsfeldern festigen, auf Basis der guten erzielten Betriebsergebnisse konnten auch durchgängig alle nachrangigen Verbindlichkeiten, Genussrechte und stillen Einlagen vollumfänglich bedient sowie regelmäßige Dividenden gezahlt werden. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweit geltende strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retail-Geschäft, einer starken Verankerung in der Region, einem engen Verbund mit den Sparkassen sowie einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung. Von ihren Kunden wird die Helaba aufgrund ihres stabilen Geschäftsmodells als verlässlicher Partner geschätzt. Dies zeigt sich insbesondere bei den langfristigen Finanzierungen der Bereiche Immobilienkreditgeschäft und Corporate Finance, wo die Bank zu den führenden deutschen Anbietern gehört.

Als Chancen versteht die Helaba Geschäftspotenziale, die sie aufgrund ihres Geschäftsmodells, ihrer Marktpositionierung oder besonderen Know-hows erschließen kann. Die Helaba hat sich mit gezielten strategischen Wachstumsinitiativen in ihren Geschäftsfeldern so aufgestellt, dass die Chancenpotenziale, die sich aus dem aktuellen Marktumfeld ergeben, bestmöglich ausgenutzt werden können.

Das Immobiliengeschäft ist ein strategisches Kerngeschäftsfeld der Helaba. Entlang der Wertschöpfungskette werden fast alle Produkte und Dienstleistungen von der Strukturierung über die Finanzierung bis hin zum Portfoliomanagement angeboten. Langfristige Kundenbeziehungen sowie eine nachhaltige Geschäftspolitik in den gewählten in- und ausländischen Zielmärkten sind die Grundlage der positiven Entwicklung des Neugeschäfts der letzten Jahre. Auch in Phasen des zunehmenden Wettbewerbs- und Margendruckes sieht die Helaba gute Chancen, aufgrund ihrer langjährigen Verankerung in den Märkten und ihrer Produktexpertise ihre Marktposition im Immobilienkreditgeschäft zu behaupten und weiter zu stärken.

Im Immobilienkreditgeschäft sowie im Bereich Corporate Finance wird die Helaba ihr Syndizierungsangebot gegenüber Kunden und Investoren weiter ausbauen und so die Steuerung des eigenen Bilanzbestands optimieren. Im Rahmen von Syndizierungen können auch Sparkassen an durch die Helaba-Experten akquiriertem Aktivgeschäft partizipieren und so eine Risikodiversifikation erreichen. Auch durch die noch engere Verzahnung innerhalb der Helaba-Gruppe können weitere Geschäftspotenziale gehoben werden. So wird derzeit zum Beispiel durch eine Kooperation der Helaba und der Helaba Invest ein Immobilienkreditfonds entwickelt, der zuerst Sparkassen angeboten werden soll.

In der strukturierten Absatzfinanzierung erweitert die Helaba ihr Angebot. Zudem wird das so genannte Supply Chain Finance ausgebaut. Entlang der Wertschöpfungskette werden Finanzierungen angeboten, die das Working Capital der Kunden optimieren und eine enge Bindung zwischen Lieferant und Abnehmer fördern. In der Absatzfinanzierung mit Konsumenten verstärkt und erweitert die Helaba ihre Rolle als refinanzierendes Institut.

Exportorientierte Firmenkunden erwarten von ihrer Partnerbank Produktangebote zur Begleitung der Kunden im Ausland. Die institutionelle Verankerung in der Sparkassen-Finanzgruppe und die erweiterte Kundenbasis ermöglichen es der Helaba, sich als führende Adresse in der Außenhandelsfinanzierung und im Auslandszahlungsverkehr in der Sparkassen-Finanzgruppe zu etablieren und das Geschäftsvolumen und die Erträge in diesem Segment zu steigern.

Im Zahlungsverkehr ist die Helaba in einem von zunehmendem Wettbewerbsdruck und weiterhin umzusetzenden regulatorischen Anforderungen bestimmten Markt einer der führenden Zahlungsverkehrs-Clearer in Deutschland und dominierende Landesbank in diesem Sektor. Die sich hieraus ergebenden Chancen, insbesondere im Clearing und Kartengeschäft, werden konsequent ausgebaut, um dem weiter zunehmenden Margendruck auf der Provisionsseite zu begegnen.

Der digitale Strukturwandel führt zu einer fortschreitenden Veränderung des Konsumverhaltens und hat entsprechende Auswirkungen auf den Handel und die Bezahlverfahren im E- und M-Commerce. Gleichzeitig verschärft sich der Wettbewerb durch neue Marktteilnehmer aus dem digitalen Umfeld, die insbesondere bei Internetbezahlverfahren, Mobile Payment, aber auch am Point of Sale Teile der Wertschöpfungskette im Zahlungsverkehr besetzen. Die Helaba hat die grundlegenden Wandlungsprozesse auf dem Zahlungsverkehrsmarkt frühzeitig erkannt und bereits in den vergangenen Jahren verschiedene Initiativen entwickelt, um dem technischen Fortschritt im digitalen Zeitalter Rechnung zu tragen. Wesentliches Augenmerk liegt im Geschäftsjahr 2018 auf der aufsichtsrechtlich geforderten Umset-

zung von Instant Payments (Bezahlen innerhalb weniger Sekunden). Die Helaba hat sich zum Ziel gesetzt, ihre starke Stellung in der S-Finanzgruppe auch bei dieser Zukunftstechnologie zu behaupten.

Zum Jahresbeginn 2018 werden wesentliche Abschnitte der EU-Richtlinie Payment Service Directive II (PSD II) umzusetzen sein. Es ist zu erwarten, dass die Vorgaben die Entwicklung auf dem Zahlungsverkehrsmarkt für neue Geschäftsmodelle (unter anderem für FinTechs) und neue Produkte an der Kundenschnittstelle beschleunigen. In einer ersten Phase erwartet die Helaba hieraus die größten Auswirkungen im Retail-Sektor, unter anderem durch Zahlungsauslösedienste und Kontoinformationsdienste neuer Anbieter. In einer zweiten Phase wird diese Entwicklung auch im Großkundengeschäft sichtbar werden. Die Helaba wird ihre Kunden in beiden Phasen mit individuellen Lösungen und Services unterstützen und die Chancen aus der PSD II zielgerichtet nutzen.

Wesentliche Herausforderung der kommenden Jahre wird es sein, den Zahlungsverkehr auf die zunehmenden Anforderungen des digitalen Zeitalters vorzubereiten und die derzeit bestehenden Wettbewerbsvorteile (zum Beispiel beim Thema Datensicherheit) stärker bei der Wettbewerbspositionierung zu nutzen.

2017 hat die Helaba eine konsistente digitale Agenda entwickelt. Kernelement ist das Strategieprojekt Digitalisierung, das in mehreren Wellen Digitalisierungsinitiativen vorangetrieben hat, in denen gemischte Teams aus Fach- und IT-Seite in agiler Entwicklungsmethodik Prototypen für Anwendungen an der Kundenschnittstelle und interne Prozessoptimierungen erarbeitet haben. Die erste Zahlungsverkehrs-anwendung ist im Juli 2017 online gegangen, das Kundenportal für Firmen- und Immobilienkunden ist seit dem Jahreswechsel live im Internet, der Roll-out bei den Kunden wurde im Januar gestartet. Im Zuge der Prozessoptimierung ist unter anderem ein Prototyp für ein neues Online-Portal für das Metakreditgeschäft entwickelt worden, in dem die Helaba mit Sparkassen direkt zusammenarbeitet. Durch innovative Schnittstellen und neu gestaltete Prozesse wurden deutliche Zeit- und Aufwandsverkürzungen ermöglicht. Gemeinsam mit unserem Technologiepartner Finanz Informatik GmbH & Co. KG (FI) läuft seit Januar 2018 die Umsetzung. Ein weiteres Element betrifft die Zusammenarbeit mit FinTechs. Die Helaba hat über die WIBank das Frankfurter FinTech-Hub TechQuartier mitgegründet und unterstützt als Premium-Partner den Ausbau aktiv. Darüber hinaus ist die Bank seit Juni im Venture-Fonds Capnamic II investiert, der über Beteiligungen an innovativen Internetunternehmen hinaus eine strukturierte, stets aktuelle Übersicht über den hochgradig aktiven Markt liefert. In diesem Kontext plant die Helaba, 2018 auch eigene Direktinvestments in FinTechs vorzunehmen, die eine zukunftsweisende Ergänzung unseres Geschäftsmodells darstellen. Hierfür befindet sich

derzeit eine eigene Beteiligungsgesellschaft „Helaba Digital“ in Gründung.

Von den Rating-Agenturen Moody's Investors Service (Moody's), Fitch Ratings (Fitch) und Standard & Poor's (S&P) wird die Helaba als Emittentin als „A1“, „A+“ und „A“ eingestuft. Bezogen auf die Beurteilung der langfristigen unbesicherten Verbindlichkeiten ohne Besserstellung nach § 46f (6) KWG („plain vanilla senior unsecured“) unterscheiden sich die Ansätze der Agenturen im Hinblick auf die Berücksichtigung der deutschen Haftungskaskade im Licht des neuen europäischen Abwicklungsregimes und liegen bei „A1“, „A+“ und „A-“. Die Ratings für kurzfristige Verbindlichkeiten sind „P-1“, „F-1+“ und „A-1“.

Die Ratings von Fitch und Standard & Poor's basieren auf einem gemeinsamen Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen. Die strategisch bedeutsamen Refinanzierungsinstrumente öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen weisen AAA-Ratings auf. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren und ihrer diversifizierten Produktpalette stand der Helaba in den letzten Jahren durchgehend der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen. Die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund stärkt die nachhaltige Refinanzierungsfähigkeit der Helaba an den Geld- und Kapitalmärkten weiter.

Die Helaba ist aufgrund ihrer Trägerstruktur (88 % der Anteile werden von Trägern aus der Sparkassenorganisation gehalten) und ihrer Zentralbankfunktion für 40 % der bundesdeutschen

Sparkassen nachhaltig in der Sparkassen-Finanzgruppe verankert. Die Helaba verfolgt strategisch das Ziel, ihre Stellung als führende Verbundbank der deutschen Sparkassen weiter auszubauen und sich unumkehrbar mit den Sparkassen zu verzahnen. Der durch den Wettbewerb im Retail Banking begründete und durch die Niedrigzinsphase verstärkte Rentabilitätsdruck wird zu einer weiteren Intensivierung der Arbeitsteilung im Verbund führen. In diesem Umfeld können sich für die Helaba Chancen ergeben, ihre Position als Produkt- und Dienstleistungspartner sowie Plattform zur Bündelung von Aufgaben für die Sparkassen zu stärken und weiter auszubauen. Mögliche Ansatzpunkte ergeben sich zum Beispiel aus dem gemeinsamen Kreditgeschäft mit Sparkassen für größere mittelständische Kunden oder im Bereich des gehobenen Private Banking über die Frankfurter Bankgesellschaft.

Insgesamt ist die Helaba mit ihrem strategischen Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäfts, des Verbundgeschäfts, des Öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba sind unter Berücksichtigung geänderter regulatorischer Rahmenbedingungen und merklich gestiegener Bankstrukturkosten die Sicherung der nachhaltigen Ertragskraft zur Stärkung der Kapitalbasis und Beachtung der risikostategischen Vorgaben.

## Voraussichtliche Entwicklung der Bank

Das Geschäftsmodell der Landesbank Hessen-Thüringen als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut basiert auf einem starken regionalen Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassenorganisation. In 2017 hat die Bank ihr Geschäftsmodell überprüft und weiterentwickelt. In diesem Zusammenhang wurden einige prozessuale Anpassungen vorgenommen sowie organisatorische Neuordnungen durchgeführt. Der Prognosebericht berücksichtigt diese organisatorische Neuaufstellung bereits.

Das in- und ausländische Immobilienkreditgeschäft ist durch zunehmenden Druck auf die Preise bei zunehmender Risikobereitschaft der Finanzierungswettbewerber gekennzeichnet, ausgelöst insbesondere durch die Liquiditätsschwemme der Notenbanken. Die Helaba konzentriert sich vor diesem Hintergrund für 2018 auf die Sicherung des gut diversifizierten Kreditbestands über die selektive Neugeschäftsauswahl mit Bestandskunden und die Akquisition von neuen Kunden und Finanzierungen. Das Abschlussvolumen im mittel- und lang-

fristigen Kreditgeschäft in 2018 wird daher mit 8,3 Mrd. € um rund 5 % unter dem Niveau des Vorjahres geplant, zusätzlich soll ein Syndizierungsvolumen von bis zu 2 Mrd. € erreicht werden. Bei einem erwarteten Rückgang vorzeitiger Tilgungen führen der erwartete Volumenanstieg sowie die Stärkung des Syndizierungsgeschäfts zu einem Anstieg der Erträge.

Im Bereich Corporate Finance wird für 2018 ein Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft in Höhe von 5,0 Mrd. € geplant. Dies entspricht gegenüber dem sehr hohen Wert des Vorjahres einem Rückgang von rund 14 %. Das Geschäft mit Unternehmenskunden und Spezialfinanzierungen ist gekennzeichnet durch eine gute Liquiditätssituation bei den Unternehmen sowie einen starken Wettbewerbsdruck, der auch auf die Margen wirkt. Für 2018 wird insgesamt eine Seitwärtsentwicklung der Erträge erwartet.

Im in- und ausländischen Kommunalkreditgeschäft wird für 2018 mit einem mittel- und langfristigen Abschlussvolumen in

Höhe von 2,1 Mrd. € deutlich über dem Niveau des Vorjahres geplant. Die Erträge werden für 2018 leicht steigend geplant.

Das Kundengeschäft des Bereichs Kapitalmärkte steht auch in 2018 weiter unter herausfordernden Marktbedingungen, die durch die geldpolitischen Maßnahmen der EZB geprägt sind. Insgesamt wird erwartet, dass die im historischen Vergleich bestehenden Marktverzerrungen sich nur geringfügig abbauen werden und die Kundennachfrage auf vergleichsweise niedrigem Niveau verharret. Chancen ergeben sich im Emissionsgeschäft und durch Cross Selling. Die Kundenerträge entwickeln sich in 2018 seitwärts.

Der ab 2018 neu aufgestellte Bereich Sparkassenkreditgeschäft verantwortet unter anderem das Kreditgeschäft mit Sparkassenfirmenkunden und umfasst die Produktschwerpunkte Metakreditgeschäft und Spezialfinanzierungen sowie das Förderkreditgeschäft in Hessen und Thüringen. Über eine regionale Ausweitung des Förderkreditgeschäfts auf Nordrhein-Westfalen und Brandenburg, prozessuale Anpassungen im Metakreditgeschäft sowie den Ausbau des Produktsegments Spezialfinanzierungen sollen die Voraussetzungen für ein Wachstum der Erträge geschaffen werden. Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft 2018 wird mit 1,0 Mrd. € um rund 25 % über dem Niveau des Vorjahres geplant.

Im neu geschaffenen Bereich Banken und Auslandsgeschäft wird ein leichter Anstieg der Erträge aus dem Ausbau der Erträge im Dokumentengeschäft, vorrangig im Geschäft mit Sparkassenbezug, geplant.

Das Niedrigzinsumfeld trifft das Geschäftsmodell der LBS sowohl durch niedrigere Verzinsungen der Aktivanlagen als auch durch ein zurückhaltendes kollektives Kreditgeschäft. Begleitet von einem leichten Anstieg des Zinsniveaus plant die LBS für 2018 mit steigenden Erträgen. Für Kosten- und Leistungsoptimierungen wurde das Projekt LBS-EVOLution aufgesetzt und mit der Umsetzung begonnen.

Im Cash Management ist die Helaba einer der führenden Zahlungsverkehrs-Clearer in Deutschland und führende Landesbank in diesem Sektor. Die Zahl der abgewickelten Transaktionen wird im Jahr 2018 voraussichtlich auf mehr als 6 Mrd. € steigen und damit einen neuen Höchstwert erreichen. Neben dem Negativzinsumfeld, das sich weiterhin belastend auf die Ertragssituation im Jahr 2018 auswirken wird, führt der digitale Strukturwandel zu einer fortschreitenden Veränderung und Intensivierung des Wettbewerbs. Insbesondere im Umfeld der Netzbetreiber kommt es zu einem Verdrängungswettbewerb, der zu einem Rückgang der Mandate der Helaba führt und damit belastend auf die Ertragssituation wirkt. Der Bereich Cash Management geht dennoch davon aus, die Provisionsbeiträge als

wesentlichste Ertragsquelle im Jahr 2018 insgesamt leicht steigern zu können.

Das öffentliche Fördergeschäft wird im Jahr 2018 vor allem durch den Bestandsaufbau im Kommunalgeschäft geprägt sein. Dies umfasst insbesondere einen geplanten Anstieg des Geschäftsvolumens wesentlich getrieben durch die Administration und Finanzierung der Hessenkasse in Höhe von ca. 5 Mrd. €. Der geplante Anstieg des Geschäftsvolumens führt in 2018 zu steigenden Zinserträgen. Für das Dienstleistungsgeschäft ist im Jahr 2018 von einer stabilen Entwicklung auszugehen. Insgesamt ergibt sich damit ein leichter Anstieg der Erträge.

Das gesamte Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft (ohne das wettbewerbsneutrale Fördergeschäft der WIBank) wird in 2018 mit 16,6 Mrd. € um rund 4 % unterhalb des Vorjahres geplant. Unter Einrechnung der erwarteten planmäßigen und vorzeitigen Fälligkeiten und eines seitwärts verlaufenden Neugeschäfts im kurzfristigen Laufzeitbereich wird für 2018 mit einem Wachstum der Kundenforderungen gerechnet. Dieses Wachstum wird unterstützt durch eine Reihe struktureller Anpassungen sowie durch aufgesetzte Wachstumsinitiativen.

Trotz der Belastungen aus dem Margendruck im Neugeschäft und trotz des niedrigen Zinsniveaus wird der Zinsüberschuss für 2018 insbesondere durch den geplanten Anstieg des Geschäftsvolumens um rund 5 % oberhalb des Vorjahreswertes geplant.

Im Provisionsgeschäft wird für 2018 ein leichter Anstieg geplant. Der Anstieg wird durch den kontinuierlichen Ausbau des Kundengeschäfts durch alle Bereiche der Bank gleichmäßig getragen.

Das Handelsergebnis resultiert aus den Handelsbuchgeschäften im Kapitalmarktgeschäft sowie aus Bewertungseffekten bei Derivaten. Da die im Vorjahresergebnis enthaltenen positiven Bewertungseffekte für 2018 nicht geplant werden, ergibt sich für das Nettoergebnis aus Handelsgeschäften gegenüber dem Vorjahr ein deutlicher Rückgang um rund 40 %.

Die Planung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses enthält im Wesentlichen die operativen Gebäudeerträge und -aufwendungen, die Zuführung zu Rückstellungen und die Aufzinsung der Pensionsrückstellungen. Es wird für 2018 mit einem gegenüber dem Vorjahr um rund ein Drittel verbesserten Ergebnis geplant.

Im Personalaufwand wird in 2018 mit einem deutlichen Anstieg um rund 7 % geplant. Dabei können die Kosten für erwartete Tarifsteigerungen und neu zu besetzende Stellen teilweise durch Personalbewegungen ausgeglichen werden. Ein wesentlicher Grund für den Anstieg ist allerdings der in 2017 enthaltene Entlastungseffekt aus den Pensionsrückstellungen infolge der über-

durchschnittlichen Rentenanpassungen, der für 2018 nicht mehr in gleicher Höhe erwartet wird.

Die Planung des Sachaufwands erwartet für 2018 ebenfalls einen Anstieg. Dieser wird rund 4 % betragen und resultiert aus höheren Kosten für Projekte sowohl im IT-Bereich als auch für die Unterstützung durch externe Beratung. Die Abschreibungen auf Sachanlagen entwickeln sich in 2018, bereinigt um eine in 2017 enthaltene Sonderabschreibung, auf Vorjahresniveau.

Die Cost-Income-Ratio wird für 2018 bei rund 70 % erwartet.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird in 2018, gegenüber dem sehr niedrigen Niveau in 2017, auf einem deutlich höheren Niveau geplant. Die konservative Planung der Risikovorsorge unterstellt, dass trotz der stabilen Konjunktur mittelfristig mit einem Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft zu rechnen ist.

Im Saldo rechnet die Bank für das Jahr 2018 mit einem Ergebnis vor Steuern, das aufgrund der steigend geplanten Risikovorsorge rund ein Drittel unter dem hohen Ergebnis des Vorjahres liegt.

Auch für 2019 wird eine kontinuierliche Entwicklung in den Geschäftsfeldern mit einem Ausbau der Kundenerträge angestrebt. Mit einer mittelfristig erwarteten Normalisierung des Zinsniveaus sollten die damit verbundenen Belastungen weiter zurückgehen. Unterstützt durch die aufgesetzten Wachstumsinitiativen

plant die Helaba mittelfristig mit einem deutlichen Anstieg des Ergebnisniveaus.

Risiken für die Ergebnisentwicklung der Bank resultieren aus politischen und makroökonomischen Entwicklungen. Die mittlerweile ein Jahr andauernden Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU lassen noch nicht erkennen, in welcher Form das Vereinigte Königreich weiterhin Zugang zum europäischen Binnenmarkt haben wird. Obwohl das Geschäftsmodell der Helaba davon nicht direkt betroffen ist, sind die Folgewirkungen auf die Realwirtschaft und die Finanzmärkte nicht vollständig absehbar.

Das für Ende 2018 erwartete Auslaufen des Kaufprogramms der EZB für Wertpapiere und die damit einsetzende Normalisierung des Zinsniveaus sollten sich positiv auf das Geschäftsmodell der Helaba auswirken. Allerdings hat das Eingreifen der EZB hinsichtlich der Höhe und Dauer des Kaufprogramms und des historisch niedrigen Zinsniveaus die Finanzmärkte massiv geprägt. Ein Risiko besteht insbesondere dann, wenn die Reaktionen an den Finanzmärkten auf die „Entwöhnung vom billigen Geld“ zu sehr kurzfristigen und starken Marktreaktionen führen. Die erwarteten Zinserhöhungen können darüber hinaus auch zu deutlichen Anpassungen an den Devisenmärkten führen.

Ein weiteres Risiko besteht insbesondere dann, wenn durch aufsichtsrechtliche Initiativen die Anforderungen und Kosten über die in der Planung erwartete Höhe hinaus steigen.

## Gesamtaussage

---

Die Helaba hat im Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 398 Mio. € erzielt. Das Ergebnis liegt damit über dem durchschnittlichen Ergebnismiveau der letzten fünf Jahre. Das operative Ergebnis sank um rund 7 %. Maßgeblich war hierfür der Rückgang des sonstigen betrieblichen Ergebnisses, das im Vorjahr durch Einmaleffekte aus der Umstellung der Zinsbasis für die Bemessung der Pensionsrückstellungen profitierte. Die Rückgänge im Zins- und Provisionsüberschuss konnten durch den bewertungsbedingten Anstieg des Nettoertrags des Handelsbestands nahezu kompensiert werden. Der Anstieg der Verwaltungsaufwendungen auf 930 Mio. € (11,5 %) ist auf Kosten für Fach- und IT-Projekte sowie eine Sonderabschreibung in diesem Zusammenhang zurückzuführen. Bei Beibehaltung der konservativen Vorsorgepolitik der Bank konnte die Zuführung zur Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft deutlich reduziert werden. Das im Geschäftsjahr 2017 erzielte Ergebnis erlaubt die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte und stillen Einlagen, eine Ausschüttung an die Kapitalgeber sowie eine Dotierung der Rücklagen.

Trotz des zunehmenden Wettbewerbsdrucks und der Vielzahl regulatorischer Anforderungen ist die Helaba mit ihrem strategischen, an den Anforderungen der Realwirtschaft und des Sparkassenverbands ausgerichteten Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt. Weitere Entwicklungsmöglichkeiten werden im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäfts, des Verbundgeschäfts, des Öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft gesehen. Langfristige Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie des Helaba-Konzerns ist unter Berücksichtigung veränderter aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen die weitere Stabilisierung der nachhaltigen Ertragskraft zur Stärkung der Kapitalbasis unter Beachtung der risikostrategischen Vorgaben.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2018

### Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker	Groß	Dr. Hosemann
Kemler	Mulfinger	Dr. Schraad

# Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit nach § 21 Entgelttransparenzgesetz (EntgTranspG)

Am 6. Juli 2017 ist das Gesetz zur Förderung der Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern in Kraft getreten. Nach dem neuen Gesetz müssen Unternehmen mit in der Regel mehr als 500 Beschäftigten, die zur Aufstellung eines Lageberichts verpflichtet sind, einen „Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit“ (so genannten Entgeltbericht) aufstellen.

Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale („Helaba“) hat einen Entgeltbericht im Sinne des § 21 Abs. 1 EntgTranspG zu erstellen. Der Entgeltbericht ist erstmals im Kalenderjahr 2018 zu veröffentlichen, der jedoch – zu Beginn der Berichtserstellungspflicht – nur das Kalenderjahr 2016 umfasst. Der vorliegende Entgeltbericht der Helaba wird dem Lagebericht zum 31. Dezember 2017 als Anlage beigefügt.

In dem Entgeltbericht sind zum einen (i) bestimmte Maßnahmen der Helaba zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und

Männern und (ii) zur Einhaltung und Förderung von Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern, zum anderen (iii) bestimmte statistische Angaben zur Zahl der Beschäftigten, aufgeschlüsselt nach Frauen und Männern anzugeben.

Die Helaba ist eine Universalbank mit starkem regionalem Fokus sowie einer langfristigen und nachhaltigen Ausrichtung auf die Bedürfnisse ihrer Kunden. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist sich die Helaba ihrer sozialpolitischen und gesellschaftlichen Verantwortung als Arbeitgeber bewusst und fördert eine vorurteils- und diskriminierungsfreie Unternehmenskultur, die von Respekt und Wertschätzung allen Beschäftigten gegenüber geprägt ist. Als bedeutendes Institut fällt die Helaba außerdem unter die Vergütungsregeln des Kreditwesengesetz sowie der Institutsvergütungsverordnung und hat schon aus diesem Grund transparente und nachvollziehbare Vergütungssysteme zu implementieren.

## 1. Maßnahmen der Helaba zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und deren Wirkung

Bei der Umsetzung des Themas Diversity ist es der Helaba ein besonders großes Anliegen, eine Unternehmenskultur sowie daraus abgeleitete Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Frauen und Männer in der Bank die gleichen Chancen erhalten, sich funktional zu entwickeln.

Mit einem Anstieg von Frauen in Führungsfunktionen auf Bereichsleitererebene von insgesamt 1,8 % sowie auf Gruppenleitererebene von insgesamt 1,7 % innerhalb des Jahres 2016 kann die Helaba bereits erste Erfolge bei der nachhaltigen Umsetzung des Themas Diversity verzeichnen.

Um die Rahmenbedingungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kontinuierlich zu verbessern hat die Helaba insbesondere

- das Angebot von Kinderbetreuungsplätzen bis sechs Jahre und die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Elder Care etabliert,

- den Ausbau flexibler Arbeitsformen (neben der bereits vorhandenen Telearbeit) vorangetrieben und
- das aktive Führen in Teilzeit unterstützt.

Um dafür zu sorgen, dass auch ausreichend weibliche Bewerbungen für höherwertige Stellen (insbesondere Führungskräftepositionen) zur Verfügung stehen, möchten die Helaba früh die Potenzialentfaltung und -entwicklung von Frauen vorantreiben und plant zukünftig unter anderem

- regelmäßig stattfindende Entwicklungsdialoge mit vorausschauend geplanten Entwicklungswegen; dabei achtet die Helaba auf gendergerechte Potenzial- und Entwicklungsmeldungen sowie Prozesse zu Stellenbesetzungen sowie
- stärkeres „Sichtbarwerden“ von Frauen über Projektaufgaben.

## 2. Maßnahmen der Helaba zur Herstellung von Entgeltgleichheit für Frauen und Männer

Zur Herstellung von Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern existieren in der Helaba bereits bei der Festlegung eines Gehaltes, zum Beispiel bei erstmaliger Aufnahme einer

Tätigkeit in der Helaba oder auch bei einer beruflichen Veränderung innerhalb der Bank, die eine Veränderung des Gehaltes zur Folge haben können, Maßnahmen und Vorgehensweise, die auf

eine gleiche Entgeltfindung zwischen Frauen und Männern einzahlen.

Bei der Gehaltsfestsetzung wird in der Helaba zunächst einmal – geschlechtsneutral – danach unterschieden, ob es sich bei der/dem Beschäftigten um einen Tarif- oder AT-Mitarbeiter handelt.

#### a) Materielle Grundlagen bei der Gehaltsfestsetzung von Tarif-Beschäftigten

Die Festlegung des Gehalts einer/eines Tarif-Beschäftigten erfolgt anhand einer individuellen Eingruppierung in die jeweils anwendbare Tarifgruppe des MTV-Banken mit vorher feststehenden Tätigkeitsmerkmalen sowie einer gegebenenfalls übertariflichen (Zusatz-)Vergütung, die durch den in der Helaba anwendbaren Vergütungsrahmen (als Einheitsregelung mit Funktionsstufen) geschlechtsneutral bzw. geschlechterunabhängig für alle Beschäftigten gleichermaßen zur Anwendung gelangt.

#### b) Materielle Grundlagen bei der Gehaltsfestsetzung von AT-Beschäftigten

Im AT-Bereich und dessen Funktionsstufensystem wird bei der individuellen Gehaltsfestsetzung zunächst zwischen der Fach- und der Führungslaufbahn unterschieden.

Fachlaufbahn:	Führungslaufbahn:
- Spezialkraft	- Gruppenleiter
- Referent	- Abteilungsleiter
- Hauptreferent	- Bereichsleiter

Die Gehaltsfestsetzung erfolgt in enger Abstimmung mit dem einstellenden Bereich sowie dem Bereich Personal. Ab der Ebene Hauptreferent/Abteilungsleiter findet die Gehaltsfestsetzung in der Regel auch unter Einbeziehung des für den einstellenden Bereich zuständigen Dezernenten statt. Bei der Gehaltsfestsetzung innerhalb von Fach- und Führungslaufbahnen wird sich geschlechtsneutral und geschlechterunabhängig an der jeweiligen Funktionsstufe sowie innerbetrieblichen Gehaltsbändern pro Funktionsstufe, die sich wiederum an der Organisationsstruktur in der Helaba ausrichtet, orientiert. Folgende Aspekte fließen innerhalb bei der organisatorischen Betrachtung bei der Gehaltsfestsetzung mit ein:

- Gesamtbank
- Vertrieb-, Produkt- und Corporate-Center
- Bereich
- Abteilung oder Gruppe
- Berücksichtigung konkreter Erfordernisse des Bewerber- und Arbeitsmarktes

Zu berücksichtigen ist ferner, dass der jeweils örtlich zuständige Personalrat – bis zur Ebene der Bereichsleiter – bei Einstellungen, Höher- und Rückgruppierungen sowie Eingruppierungen im Rahmen der zu berücksichtigenden Mitbestimmungsrechte des Hessischen Personalvertretungsrechts beteiligt wird und auch auf eine geschlechtsneutrale und geschlechterunabhängige Gehaltsfestlegung achtet.

### 3. Nach Geschlecht aufgeschlüsselte statistische Angaben für das Jahr 2016

Die durchschnittliche Gesamtzahl der Beschäftigten betrug im Jahr 2016 insgesamt 3.383 MAK. Davon waren 1.536 MAK weibliche Beschäftigte und 1.847 MAK männliche Beschäftigte.

Von den weiblichen Beschäftigten waren 921 MAK vollzeitbeschäftigt und 615 MAK teilzeitbeschäftigt.

Von den männlichen Beschäftigten waren 1.773 MAK vollzeitbeschäftigt und 74 MAK teilzeitbeschäftigt.

#### Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2018

# **Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen**

# Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,

## zum 31. Dezember 2017

Aktivseite

in Tsd. €

	Anhang Ziffer		31.12.2017	31.12.2016
<b>Barreserve</b>				
a) Kassenbestand		5.644		6.829
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		9.323.197		2.569.843
			<b>9.328.841</b>	<b>2.576.672</b>
Darunter: bei der Deutschen Bundesbank	8.898.743			(1.800.331)
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	(2), (45)			
a) Hypothekendarlehen		–		–
b) Kommunalkredite		7.228.101		8.457.114
c) Andere Forderungen		2.245.176		3.673.649
			<b>9.473.277</b>	<b>12.130.763</b>
Darunter:				
Täglich fällig	347.573			(1.118.483)
Gegen Beleihung von Wertpapieren	–			
Darunter: Baudarlehen der Bausparkasse:				
Bauspardarlehen	0			(0)
<b>Forderungen an Kunden</b>	(3), (45)		<b>80.055.543</b>	<b>81.919.395</b>
a) Hypothekendarlehen		20.679.228		21.509.239
b) Kommunalkredite		23.668.576		23.627.020
c) Andere Forderungen		34.838.733		35.931.019
Darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	–			
d) Baudarlehen der Bausparkasse				
da) Aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)	162.911			196.622
db) Zur Vor- und Zwischenfinanzierung	701.849			651.221
dc) Sonstige	4.246			4.274
			869.006	852.117
Darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	552.301			(538.305)
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	(4)			
a) Geldmarktpapiere				
aa) Von öffentlichen Emittenten		–		–
Darunter:				
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–			–
ab) Von anderen Emittenten	567.443			(965.555)
Darunter:				
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–		567.443	–
				965.555
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) Von öffentlichen Emittenten	5.039.360			(5.665.402)
Darunter:				
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	4.978.916			(5.536.256)
bb) Von anderen Emittenten	11.095.141			(11.391.316)
Darunter:				
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	9.724.750			(9.410.932)
			16.134.501	17.056.718
c) Eigene Schuldverschreibungen			–	–
			<b>16.701.944</b>	<b>18.022.273</b>
Nennbetrag		–		–
Übertrag:			<b>115.559.605</b>	<b>114.649.103</b>

## Passivseite

in Tsd. €

Anhang Ziffer		31.12.2017	31.12.2016
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	(15), (18), (45)		
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		203.917	187.805
b) Begebene öffentliche Namenspfandbriefe		878.397	705.295
c) Andere Verbindlichkeiten		32.908.622	31.169.771
Darunter: täglich fällig	7.143.430		(6.786.414)
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte:			
Hypotheken-Namenspfandbriefe	-		
Öffentliche Namenspfandbriefe	-		
d) Bauspareinlagen		36.465	35.511
		<b>34.027.401</b>	<b>32.098.382</b>
Darunter: auf zugeteilte Verträge	37		(5.384)
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	(19), (45)		
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		1.538.447	1.551.897
b) Begebene öffentliche Namenspfandbriefe		4.137.967	4.258.712
c) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen			
ca) Bauspareinlagen		4.655.685	4.456.077
Darunter:			
Auf gekündigte Verträge	35.154		(43.458)
Auf zugeteilte Verträge	83.615		(85.086)
cb) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		-	-
cc) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		-	-
		4.655.685	4.456.077
d) Andere Verbindlichkeiten		20.281.459	18.200.013
		<b>30.613.558</b>	<b>28.466.699</b>
Darunter: täglich fällig	11.879.026		(8.708.726)
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte: Hypotheken-Namenspfandbriefe	-		
Öffentliche Namenspfandbriefe	-		
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	(20), (32)		
a) Begebene Schuldverschreibungen			
aa) Hypothekenspfandbriefe		8.169.855	8.195.265
ab) Öffentliche Pfandbriefe		11.440.916	12.313.495
ac) Sonstige Schuldverschreibungen		23.547.205	22.477.130
		43.157.976	42.985.890
b) Andere verbiefte Verbindlichkeiten		4.503.485	7.124.248
		<b>47.661.461</b>	<b>50.110.138</b>
Darunter: Geldmarktpapiere	4.503.485		(7.124.248)
<b>Handelsbestand</b>	(21), (35), (45)	<b>6.829.704</b>	<b>10.975.001</b>
Übertrag:		<b>119.132.124</b>	<b>121.650.220</b>

Aktivseite

in Tsd. €

	Anhang Ziffer		31.12.2017	31.12.2016
Übertrag:			115.559.605	114.649.103
<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	(5)		1.013.898	1.025.343
<b>Handelsbestand</b>	(6), (14), (35), (45)		12.307.039	16.536.392
<b>Beteiligungen</b>	(7), (17), (45)		57.814	70.963
Darunter:				
An Kreditinstituten		44.391		(48.469)
An Finanzdienstleistungsinstituten		0		0
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	(8), (17), (45)		1.778.752	1.767.325
Darunter:				
An Kreditinstituten		855.580		(855.580)
An Finanzdienstleistungsinstituten		-		-
<b>Treuhandvermögen</b>	(9)		1.043.545	1.008.830
Darunter: Treuhandkredite		778.020		(738.538)
<b>Immaterielle Anlagewerte</b>	(10), (17)			
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-	-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			55.627	38.269
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-	-
d) Geleistete Anzahlungen			-	-
			55.627	38.269
<b>Sachanlagen</b>	(11), (17)		76.623	51.410
<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>	(12)		799.347	979.962
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	(13)			
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			535.971	634.683
b) Andere			25.178	25.676
			561.149	660.359
<b>Summe der Aktiva</b>			133.253.399	136.787.956

## Passivseite

in Tsd. €

Anhang Ziffer		31.12.2017	31.12.2016
Übertrag:		119.132.124	121.650.220
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	(22)	1.043.545	1.008.830
Darunter: Treuhandkredite	778.020		(738.538)
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	(23)	463.254	1.547.049
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	(24)		
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		638.803	716.612
b) Andere		185.197	199.611
		824.000	916.223
<b>Rückstellungen</b>	(25)		
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		998.179	941.737
b) Steuerrückstellungen		203.743	107.727
c) Andere Rückstellungen		362.833	405.149
		1.564.755	1.454.613
<b>Fonds zur baupartechnischen Absicherung</b>		11.200	11.200
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>	(26)	2.311.215	2.363.584
<b>Genussrechtskapital</b>	(27), (29)	216.000	276.000
Darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	135.000		(195.000)
<b>Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>	(29)	598.623	598.623
Davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	123.367		(123.367)
<b>Eigenkapital</b>	(29)		
a) Gezeichnetes Kapital			
aa) Stammkapital	588.889		588.889
ab) Kapitaleinlage	1.920.000		1.920.000
ac) Einlagen stiller Gesellschafter	953.338		953.338
		3.462.227	3.462.227
b) Kapitalrücklage		1.546.412	1.546.412
c) Gewinnrücklagen		1.990.044	1.862.975
d) Bilanzgewinn		90.000	90.000
		7.088.683	6.961.614
<b>Summe der Passiva</b>		133.253.399	136.787.956
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	(30)		
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		6.229.489	6.823.641
<b>Andere Verpflichtungen</b>	(31)		
a) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		2.575.015	2.753.262
b) Unwiderrufliche Kreditzusagen		19.546.151	19.105.951
		22.121.166	21.859.213

# Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

in Tsd. €

Anhang Ziffer	2017	2016
<b>Zinserträge aus</b> (37), (38)		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.395.826	2.491.305
Darunter: Zinserträge der Bausparkasse:		
aa) Aus Bauspardarlehen	6.790	(8.616)
ab) Aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	17.874	(18.044)
ac) Aus sonstigen Baudarlehen	77	(94)
b) Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	161.165	190.091
	2.556.991	2.681.396
<b>Zinsaufwendungen</b>	1.686.514	1.759.614
Darunter: für Bauspareinlagen	76.985	(76.802)
	<b>870.477</b>	921.782
<b>Laufende Erträge aus</b> (37)		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	23.806	32.758
b) Beteiligungen	3.938	3.082
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	6.154	29.047
	<b>33.898</b>	64.887
<b>Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>	<b>95.360</b>	73.644
<b>Provisionserträge</b> (37), (39)	240.308	246.236
Darunter: Provisionserträge der Bausparkasse:		
a) Aus Vertragsabschluss und -vermittlung	19.756	(20.752)
b) Aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	56	(139)
c) Aus der Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	9	(6)
<b>Provisionsaufwendungen</b>	75.432	71.940
Darunter: für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse	27.889	(29.251)
	<b>164.876</b>	174.296
<b>Nettoertrag des Handelsbestands</b> (37)	<b>221.556</b>	158.194
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b> (37), (40)	<b>71.192</b>	135.732
<b>Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	311.373	308.359
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	56.513	53.793
	367.886	362.152
Darunter: für Altersversorgung	14.468	(9.101)
b) Andere Verwaltungsaufwendungen	515.810	457.510
	<b>883.696</b>	819.662
Übertrag:	<b>573.663</b>	<b>708.873</b>

in Tsd. €

Anhang Ziffer	2017	2016
Übertrag:	573.663	708.873
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	46.550	14.769
Sonstige betriebliche Aufwendungen (40)	159.803	126.431
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (41)	264.659	200.905
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	234.191	2.612
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	13.070	18.680
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	30.113	-
Aufwendungen aus Verlustübernahme	108	120
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-
<b>Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>	<b>353.777</b>	<b>350.580</b>
Außerordentliche Erträge	-	-
Außerordentliche Aufwendungen	-	13.234
<b>Außerordentliches Ergebnis</b> (42)	<b>-</b>	<b>13.234</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (43)		90.235
Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen		1.526
	<b>136.708</b>	91.761
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>217.069</b>	<b>245.585</b>
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	-	-
Einstellung in Gewinnrücklagen	<b>127.069</b>	155.585
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>90.000</b>	<b>90.000</b>

# Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,

## zum 31. Dezember 2017

Der Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Anstalt des öffentlichen Rechts, Frankfurt am Main, eingetragen beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Registernummer HRA 29821 und beim Amtsgericht Jena unter der Registernummer HRA 102181, wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) aufgestellt.

Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Vorgaben der RechKredV gegliedert. Sie wurden um die für Pfand-

briefbanken und für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten ergänzt. Die in den Anhang aufzunehmenden Angaben zum Bausparkassengeschäft sind in dem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) enthalten.

Darüber hinaus erstellt die Helaba einen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den International Reporting Standards, wie sie vom International Accounting Standards Board veröffentlicht und durch die Europäische Union in europäisches Recht übernommen wurden. Dieser wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

### (1) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Vermögensgegenstände und Schulden werden nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der besonderen Regelungen für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) bewertet.

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 werden grundsätzlich die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Jahresabschluss des Vorjahres angewendet. Änderungen werden jeweils nachfolgend erläutert, sollten sich diese ergeben haben.

### Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Außerhalb des Handelsbestands und außerhalb der Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die Laufzeit periodisiert aufgelöst. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten sowie auf abgezinster Basis erworbene Wertpapiere und Forderungen werden zum Barwert angesetzt.

Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen wurde sämtlichen erkennbaren Kreditrisiken Rechnung getragen. Zur Abbildung latenter Kreditrisiken in der handels-

rechtlichen Rechnungslegung verfolgt die Bank unverändert einen risikoadäquaten Bilanzierungsansatz. Die Bank wendet dabei das Bilanzierungsvorgehen und die Berechnungsmethode der Portfoliowertberichtigung nach IFRS auch für die HGB-Pauschalwertberichtigung an. Die Pauschalwertberichtigung beinhaltet zur Abschirmung zusätzlicher, durch statistische Analysen noch nicht erkannter Risiken in einzelnen Teilportfolios eine zusätzliche Vorsorgekomponente. Betroffen ist neben dem Schiffskreditportfolio die erwartete Auswirkung aus der anstehenden Rekalibrierung eines Rating-Moduls.

Für allgemeine Bankrisiken bestehen – neben dem in der Bilanz ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB – auch Vorsorgeserven gemäß § 340f HGB.

## Wertpapiere

Die in den Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Bestände sind – mit Ausnahme von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB sowie des Anlagevermögens – nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sie sind folglich mit dem beizulegenden Wert anzusetzen, sofern dieser unterhalb der (fortgeführten) Anschaffungskosten liegt. Der beizulegende Wert entspricht bei aktiven Märkten dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag. Bei der Analyse des

Wertpapierbestands zum Bilanzstichtag wurde ein aktiver Markt für alle Wertpapiere festgestellt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wertaufholungen wurden vorgenommen.

Das Anlagevermögen enthält sowohl Restbestände an ABS-Papieren als auch Anteile an inländischen geschlossenen Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen nach § 17 RechKredV in Verbindung mit der Definition von Investmentvermögen nach § 1 KAGB.

## Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Sofern die Gründe für

eine Wertminderung in früheren Geschäftsjahren entfallen sind, erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Zeitwerts, maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

## Handelsbestand

Handelsbestände werden in der Bilanz in den Posten Handelsaktiva und -passiva ausgewiesen. Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand haben sich im Geschäftsjahr nicht geändert. Die Bewertung der Handelsgeschäfte erfolgt einzelgeschäftsbezogen. Finanzinstrumente des Handelsbestands werden gemäß § 340e Abs. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags für Handelsaktiva und zuzüglich eines Risikoaufschlags für Handelspassiva bewertet. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit zukünftiger Zahlungsströme, als Basis für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts, werden im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten sowie den Entwicklungen der Credit Spreads beeinflusst. Die Ermittlung der Risikozu- und -abschläge erfolgt unter Beachtung der Vorgaben der Bankenaufsicht nach den Vorschriften des KWG für sämtliche Handelsbestände, an den aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie an den Vorgaben des Art. 365 Capital Requirements Regulation (CRR). Der Risikozu- oder -abschlag wird dabei in Form eines Money-at-Risk (MaR) mit einem Konfidenzniveau von 99 %, einer Haltedauer von zehn Tagen sowie einem Beobachtungszeitraum von einem Jahr errechnet. Die Risikozu- und -abschläge werden für jede Risikokategorie vorgenommen.

Fremde Bonitätsrisiken aus der Erfüllung von OTC-Derivaten werden durch einen kontrahentenbezogenen Bewertungsabschlag (Credit Valuation Adjustment, CVA) berücksichtigt. Das eigene Bonitätsrisiko findet durch die Bildung eines Debit Valuation Adjustments (DVA) Berücksichtigung. CVA und DVA werden an jedem Bilanzstichtag

durch die Bewertung des potenziellen Ausfallrisikos unter Berücksichtigung von gestellten beziehungsweise erhaltenen Sicherheiten und des Effekts von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Wertänderungen, realisierte Gewinne und Verluste, Provisionen und laufende Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands sowie Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im „Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands“ ausgewiesen.

Gemäß § 340e Abs. 4 HGB wird zum Abschlussstichtag ein Betrag, der mindestens zehn vom Hundert der Nettoerträge des Handelsbestands entspricht, dem gesonderten Bestand im Sonderposten für allgemeine Bankrisiken zugeführt. Die Zuführung erfolgt, bis der entsprechende Bestand 50 % des Durchschnitts der letzten fünf vor dem Berechnungstag erzielten jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands erreicht oder eine Auflösung zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestands vorgenommen wird. Die Zuführung erfolgt zulasten der Nettoerträge des Handelsbestands. Die Bank hat im Berichtsjahr keine Zuführung zu dieser Reserve vorgenommen.

Die Bank hat Derivate des Handelsbestands aktiv und passiv, die unter Rahmenverträgen je Kontrahent mit einem Credit Support Annex und täglicher Besicherungsermittlung abgeschlossen wurden, gegeneinander verrechnet. Hierbei wurden die Buchwerte der Derivate und die Sicherheitsleistung je Kontrahent in der Verrechnung berücksichtigt. Die Verrechnung umfasst auch Derivate und Sicherheitsleistungen, die über einen zentralen Kontrahenten abgeschlossen wurden.

## Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagewerte

Gegenstände des Sachanlagevermögens und immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen auf beizulegende Werte ausgewiesen. Planmäßige Abschreibungen werden auf die wirtschaftliche

Nutzungsdauer verteilt vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben. Auf die Aktivierung von selbst erstellten immateriellen Vermögensgegenständen hat die Bank verzichtet.

## Rückstellungen

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen sind gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Erfüllungsbetrags der ungewissen Verbindlichkeiten oder der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften unter Berücksichtigung erwarteter Preis- und Kostensteigerungen zu bilden. Mittel- und langfristige Rückstellungen (Restlaufzeit > 1 Jahr) werden mit den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Bei der Ermittlung der Veränderung durch Aufzinsung wird unterstellt, dass eine Veränderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Effekte aus der Aufzinsung werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt werden. Entsprechend dem im letzten Jahr neugefassten § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB wurden die Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember 2017 mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre bewertet. Der im Jahr 2017 durch die Umstellung resultierende Unterschiedsbetrag in Höhe von 148 Mio. € unterliegt einer Ausschüttungssperre.

Die angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2017	31.12.2016
Zinssatz	3,68 %	4,01 %
Gehaltstrend	2,00 %	2,00 %
Rententrend	1,00–2,00 %	1,00–2,00 %
Fluktuationsrate	3,00 %	3,00 %

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögensgegenstände (Wertpapiere), die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen (Deckungsvermögen). Sie werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Der Verpflichtungsumfang ergibt sich durch Maximierung der garantierten Leistungszusage mit dem beizulegenden Wert der zugehörigen Wertpapiere zum Abschlussstichtag. Die Vermögensgegenstände und die korrespondierenden Pensionsverpflichtungen werden miteinander verrechnet.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Versorgungsaufwand und den Zinsaufwand. Der Vorsorgeaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwert-erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, der sich aus der Annäherung an den Erfüllungszeitpunkt und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Zinsaufwand wird mit den Erträgen aus dem Deckungsvermögen saldiert. Sowohl der Zinsaufwand als auch das Ergebnis aus dem Deckungsvermögen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

## Ermittlung von Zeitwerten

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Markts werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem

Interbankenmarkt quotierte Marktpreise. Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei alle zu berücksichtigenden Daten (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und aus externen Quellen entnommen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Discounted-Cashflow-basierte Forward-Pricing- und Swap-Pricing-Modelle oder Optionspreismodelle (zum Beispiel Black-Scholes sowie Varianten davon). Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten, zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten

verwendet. In den Fällen, bei denen nicht alle zu berücksichtigenden Parameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Spread-Produkte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden so genannte Arranger-Preise herangezogen. Die Bewertung von nicht börsennotierten Beteiligungen beruht auf nicht beobachtbaren Parametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen.

## Währungsumrechnung

Die Umrechnung der im Jahresabschluss enthaltenen Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung sowie der am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Devisenkassageschäfte erfolgt gemäß den Grundsätzen in den §§ 256a HGB und 340h HGB. Diese werden zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Bei auf Fremdwährung lautenden Devisentermingeschäften des Handelsbe-

stands erfolgt eine Abgrenzung der Swap-Stellen sowie eine Bewertung der Reststellen. Bei Devisen-Swaps des Nichthandelsbestands erfolgt eine Abgrenzung der Swap-Stellen. Die Bank wendet den Grundsatz der besonderen Deckung gemäß § 340h HGB an. Alle Währungsergebnisse werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

## Derivate

Derivate (Termin- und Optionsgeschäfte im Zins-, Aktien-, Währungs-, Kredit- und Rohwarenbereich sowie Swap-Vereinbarungen) werden bei Geschäftsabschluss dem Handels- oder dem Nichthandelsbestand zugeordnet. Die Berücksichtigung derivativer Finanzinstrumente im Rahmen der handelsrechtlichen Bilanzierung erfolgt auf Basis der einschlägigen Stellungnahmen und Hinweise zur Rechnungslegung des IDW und nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung. Bei strukturierten Finanzinstrumenten, deren derivative Nebenabreden ein anderes Risikoprofil als das Grundgeschäft aufweisen, werden diese Derivate abgespalten, dem Handelsbestand zugeordnet und getrennt bewertet.

Derivate außerhalb des Handelsbestands und des in Bewertungseinheiten befindlichen Bestands werden zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch eingesetzt. Bei

der Bewertung des Bankbuchs wird für das allgemeine Zinsrisiko nach den Grundsätzen des IDW RS BFA 3 eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen Aktiva und Passiva einschließlich der Zinsderivate durchgeführt. Dabei werden Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Verbindlichkeiten und Derivate des Bankbuchs nicht hinsichtlich Marktpreisrisiken einzeln imparitätisch bewertet, sondern in einem Refinanzierungsverbund gesehen. Die Notwendigkeit zur Bildung einer Drohverlustrückstellung aus dem Refinanzierungsverbund war – unter Anwendung einer periodischen (GuV-orientierten) Betrachtungsweise – im Berichtsjahr nicht gegeben.

Laufende Erträge und Aufwendungen aus Swap-Geschäften des Nichthandelsbestands werden zeitanteilig abgegrenzt und die Abgrenzung unter den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

## Bewertungseinheiten

Die Helaba hat im Bankbuch Bewertungseinheiten gemäß § 340a HGB in Verbindung mit § 254 HGB gebildet, die sich aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve und den zugehörigen zu Sicherungszwecken abgeschlossenen Zins-Swaps zusammensetzen. Die Bewertungseinheiten bestehen aus Asset-Swap-Kombina-

tionen in Form von Mikro-Bewertungseinheiten. Die Absicherung bezieht sich ausschließlich auf Zinsänderungsrisiken. Für die sich zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument ausgleichenden Wertänderungen wird die Einfrierungsmethode angewendet. Die Grundgeschäfte werden stets zu 100 % des

Nominalvolumens für die gesamte Restlaufzeit abgesichert. Die prospektive Wirksamkeit der Bewertungseinheiten ist aufgrund der Übereinstimmung wesentlicher wertbestimmender Faktoren gegeben. Die Ermittlung der prospektiven Effektivität erfolgt unter Verwendung der Regressionsanalyse. Die gegenläufigen Wert- und Zahlungsstromänderungen haben sich am Bilanzstichtag weitestgehend ausgeglichen und werden sich voraussichtlich auch weiterhin ausgleichen. Bis zum vorgesehenen

Ende der Bewertungseinheiten (Zeitpunkt der Fälligkeit von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument) werden sich die Wertänderungen aus den abgesicherten Risiken nahezu vollständig ausgleichen. Für Verlustüberhänge aus dem ineffektiven Teil der Sicherungsbeziehung bildet die Bank eine Drohverlustrückstellung. Im Berichtsjahr resultierte hieraus eine ertragswirksame Auflösung in Höhe von 1,2 Mio. € (2016: Zuführung 0,8 Mio. €).

## Latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern beruhen auf Differenzen zwischen dem handels- und steuerrechtlichen Bilanzansatz der Forderungen gegen Kunden, Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, passiven Rechnungsabgrenzung, Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen und sonstigen

Rückstellungen. Bei der Bewertung der latenten Steuern wurden die unternehmensindividuellen Steuersätze herangezogen. Im Inland ergibt sich für die Bank bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 452 % ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,65 %. Latente Steuern in den ausländischen Berichtseinheiten werden mit den dort geltenden statuarischen Steuersätzen bewertet.

## (2) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016 <sup>1)</sup>
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	5.982	6.634
Forderungen an verbundene Unternehmen	1.019	1.178
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	28	14
<b>Der Unterposten – Andere Forderungen – enthält:</b>		
Nachrangige Forderungen	35	37
Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Täglich fällig	348	1.119
<b>Restlaufzeiten:</b>		
Bis drei Monate	3.172	5.675
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	941	971
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.182	1.967
Mehr als fünf Jahre	2.832	2.399
Als Deckung verwendet	269	1.197

<sup>1)</sup> Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreswerte angepasst.

## (3) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Forderungen an verbundene Unternehmen	1.071	747
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9	117
Nachrangige Forderungen	46	190
Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2	6
<b>Restlaufzeiten:</b>		
Bis drei Monate	4.705	5.199
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.948	8.286
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	34.623	35.994
Mehr als fünf Jahre	29.980	29.163
Mit unbestimmter Laufzeit	2.800	3.277
Als Deckung verwendet	19.166	18.459

## (4) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Verbriefte Forderungen:</b>		
An verbundene Unternehmen	–	–
An Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
<b>Von den börsenfähigen Wertpapieren sind:</b>		
Börsennotiert	15.350	15.601
Nicht börsennotiert	590	1.065
<b>Restlaufzeiten:</b>		
Im Folgejahr fällig werdende Beträge	3.676	3.831
Nachrangige Vermögensgegenstände	–	3
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften sind als Sicherheit hinterlegt	1.500	–
Buchwert der Wertpapiere im Anlagebestand	17	66
Beizulegender Wert der Wertpapiere im Anlagebestand	17	66
Vorübergehende Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand	–	1

Die Bank schätzt die Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand als nicht dauerhaft ein und rechnet daher mit einer vollständigen Rückzahlung der Wertpapiere bei Fälligkeit.

## (5) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Von den börsenfähigen Wertpapieren sind:</b>		
Börsennotiert	16	15
Nicht börsennotiert	17	18

Der Posten beinhaltet Anteile an zwei (31. Dezember 2016: zwei) ausschließlich von der Helaba gehaltenen Wertpapiersondervermögen (Mischfonds beziehungsweise reine Rentenfonds) mit einem Buchwert von insgesamt 1 Mrd. € (31. Dezember 2016: 1 Mrd. €). Im Rahmen der langfristigen Investitionsabsicht der Helaba investieren diese Sondervermögen überwiegend in zinstragende Wertpapiere.

Zum Bilanzstichtag erfolgte die Bewertung bei allen Anteilen zu einem eventuellen niedrigeren Marktwert. Es bestanden keine

wesentlichen Kurswertreserven am Bilanzstichtag. Die Erträge aus erhaltenen Ausschüttungen in 2017 betragen insgesamt 8,0 Mio. € (2016: 4,8 Mio. €).

Entsprechend § 17 RechKredV in Verbindung mit der Definition von Investmentvermögen gemäß § 1 KAGB enthält dieser Posten auch Anteile an inländischen geschlossenen Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen in Höhe von 19 Mio. €. Im Vorjahr entfielen auf solche Investmentvermögen 28 Mio. €.

## (6) Handelsbestand (aktiv)

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Derivative Finanzinstrumente	5.189	7.995
Forderungen	1.213	1.304
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.792	7.140
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	113	97
Nachrangige Vermögensgegenstände	–	–
Sonstige Vermögensgegenstände	–	–

Der Rückgang des Handelsbestands (aktiv) resultiert im Wesentlichen aus dem planmäßigen Abbau des Bestands an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren. Daneben ist eine Saldierung von Derivaten des Handelsbestands

(passiv) sowie zugehöriger Sicherheitsleistungen berücksichtigt, die zu einer Verrechnung in Höhe von 5,4 Mrd. € (31. Dezember 2016: 5,8 Mrd. €) führt.

## (7) Beteiligungen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Von den Wertpapieren sind:</b>		
Börsenfähig	18	18
Börsennotiert	–	–

## (8) Anteile an verbundenen Unternehmen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Von den Wertpapieren sind:</b>		
Börsenfähig	104	104
Börsennotiert	–	–

## (9) Treuhandvermögen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Forderungen an Kreditinstitute	268	194
Forderungen an Kunden	510	545
Beteiligungen	55	56
Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen	–	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	197	202
Sonstige Vermögensgegenstände	14	12

## (10) Immaterielle Anlagewerte

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Erworbene standardisierte Software	56	38

## (11) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	38	12
Betriebs- und Geschäftsausstattung	32	33

## (12) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Wesentliche Posten sind:</b>		
Zinsforderungen aus Swap-Vereinbarungen	398	528
Sonstige	401	452

## (13) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft sind in diesem Posten enthalten:</b>		
Agien aus Forderungen	198	254
Upfront Payments aus eigenen Emissionen	234	283
Disagien aus Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen	104	99

## (14) Echte Pensionsgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
In Pension gegebene Vermögensgegenstände des Handelsbestands	–	–
In Pension gegebene Vermögensgegenstände der Liquiditätsreserve	–	–

## (15) Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Für nachfolgende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in angegebener Höhe übertragen:</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.307	3.338
Handelsspassiva	3.379	5.888

Darin enthalten sind entlehene Wertpapiere in Höhe von 0 Mio. € (31. Dezember 2016: 0 Mio. €), die an Kreditinstitute im

Zusammenhang mit echten Pensionsgeschäften weiterübertragen wurden.

## (16) Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung	22.363	26.825

## (17) Anlagenspiegel

in Mio. €

	Immaterielle Anlagewerte	Sach- anlagen	Wertpapiere des Anlage- vermögens	Beteili- gungen	Anteile an verbunde- nen Unter- nehmen	Anlage- vermögen gesamt
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten</b>						
Stand zum 1.1.2017	141	211	106	110	1.849	2.417
Zugänge	58	33	1	3	22	117
Wechselkursveränderungen	-1	-2	-1	0	-3	-7
Umgliederungen	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-	21	67	32	8	128
<b>Stand zum 31.12.2017</b>	<b>198</b>	<b>221</b>	<b>39</b>	<b>81</b>	<b>1.860</b>	<b>2.399</b>
<b>Ab- und Zuschreibungen</b>						
Stand zum 1.1.2017	103	147	12	39	82	383
Zuschreibungen	-	-	1	-	-	1
Planmäßige Abschreibungen	9	6	-	9	-	24
Außerplanmäßige Abschreibungen	31	-	-	-	-	31
Wechselkursveränderungen	-1	-2	-	-	-1	-4
Umgliederungen	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-	7	7	25	-	39
<b>Stand zum 31.12.2017</b>	<b>142</b>	<b>144</b>	<b>4</b>	<b>23</b>	<b>81</b>	<b>394</b>
<b>Buchwerte</b>						
Zum 1.1.2017	38	64	94	71	1.767	2.034
Zum 31.12.2017	56	77	35	58	1.779	2.005

## (18) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	10.936	10.221
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	724	4.636
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	18	48
Täglich fällig	7.143	6.786
<b>Restlaufzeiten:</b>		
Bis drei Monate	2.043	1.716
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.566	3.289
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	10.679	10.067
Mehr als fünf Jahre	11.560	10.204

## (19) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	315	649
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	25	4
Täglich fällig	11.896	8.709
<b>Restlaufzeiten:</b>		
Bis drei Monate	2.746	2.515
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.005	1.626
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.042	3.282
Mehr als fünf Jahre	7.285	7.879

## (20) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
<b>Restlaufzeiten des Unterpostens – Begebene Schuldverschreibungen:</b>		
Im Folgejahr fällig werdende Beträge	5.049	10.208
<b>Restlaufzeiten des Unterpostens – Andere verbrieftete Verbindlichkeiten:</b>		
Bis drei Monate	3.894	4.044
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	610	3.080
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	–
Mehr als fünf Jahre	–	–

## (21) Handelsbestand (passiv)

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Derivative Finanzinstrumente	2.441	3.003
Verbindlichkeiten	4.374	7.943
Risikoaufschlag	15	29

Die Saldierung von Derivaten des Handelsbestands (aktiv) sowie zugehöriger Sicherheitsleistungen führte zu einem Verrech-

nungseffekt zum 31. Dezember 2017 in Höhe von 7,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 9,5 Mrd. €).

## (22) Treuhandverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016 <sup>1)</sup>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	126	126
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	647	596
Sonstige Verbindlichkeiten	271	287

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst wegen Verschiebung von Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zu sonstigen Verbindlichkeiten.

## (23) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Wesentliche Posten sind:</b>		
Zinsverpflichtungen aus Swap-Vereinbarungen des Nichthandelsbestands	246	335
Zinsen für Genussrechte und stille Einlagen	59	79
Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung	56	1.034
Abzuführende Steuern	13	11
Erhaltene Optionsprämien des Nichthandelsbestands	7	7

## (24) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft sind in diesem Posten enthalten:</b>		
Agien aus Verbindlichkeiten	337	385
Upfront Payments aus eigenen Emissionen	257	277
Disagien aus dem Darlehensgeschäft	45	55

## (25) Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre (3,68 %) und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Geschäftsjahre (2,80 %) beträgt zum Bilanzstichtag 148 Mio. €. Dieser Betrag unterliegt einer Ausschüttungssperre.

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Rückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände betragen 32 Mio. € (31. Dezember 2016: 30 Mio. €), der beizulegende Zeitwert 38 Mio. € (31. Dezember 2016: 35 Mio. €). Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beläuft sich auf 39 Mio. €

(31. Dezember 2016: 35 Mio. €). In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden Erträge aus diesen Vermögensgegenständen in Höhe von 2,2 Mio. € (2016: 1,6 Mio. €) mit Aufwendungen aus den korrespondierenden Schulden in Höhe von 2,8 Mio. € (2016: 0,1 Mio. €) verrechnet.

Die anderen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für dem Personalbereich zuzuordnende Sachverhalte und für Bonitäts- und Länderrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft gebildet. Rückstellungen für Prozessrisiken werden gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich ist. Weitere Rückstellungsbeträge entfallen auf diverse der Höhe oder dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten.

## (26) Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % der Gesamtposition übersteigen, sind wie folgt ausgestaltet:

Währungsbetrag in Mio.	Währung	Aktueller Zinssatz in %	Fällig in	Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung
–	EUR	–	–	–

Die Bedingungen der Nachrangigkeit dieser Mittel entsprechen den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die anrechenbaren Eigenmittel. Eine Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist weder vereinbart noch vorgesehen.

Im Ausweis sind anteilige Zinsen in Höhe von 30 Mio. € (31. Dezember 2016: 33 Mio. €) enthalten. Für nachrangige Mittelaufnahmen betrug der Zinsaufwand im Geschäftsjahr 79 Mio. € (2016: 82 Mio. €).

## (27) Genussrechtskapital

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Namensgenussrechte	196	256
Verbriefte Genussrechte	20	20

Die Genussrechte wurden im Hinblick auf die bei Begebung bestehenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Berücksichtigungsfähigkeit als Eigenmittel für bankaufsichtsrechtliche Meldungen ausgestaltet. Die Entstehung der Ansprüche auf Ertrag und Rückzahlungen ist abhängig vom Vorliegen entspre-

chender Gewinne. An etwaigen Verlusten nehmen die Gläubiger entsprechend den jeweiligen Bedingungen der Genussrechte teil. Der Posten beinhaltet 18 Genussrechte.

## (28) Von den Schulden lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Von den Schulden lauten auf Fremdwährung	11.456	13.382

## (29) Eigene Mittel

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Gezeichnetes Kapital</b>	<b>3.462</b>	<b>3.462</b>
a) Stammkapital	589	589
b) Kapitaleinlage	1.920	1.920
c) Einlagen stiller Gesellschafter	953	953
<b>Kapitalrücklage</b>	<b>1.546</b>	<b>1.546</b>
<b>Gewinnrücklagen</b>	<b>1.990</b>	<b>1.863</b>
Einschließlich des Genussrechtskapitals,	216	276
des Fonds für allgemeine Bankrisiken	599	599
sowie nachrangiger Verbindlichkeiten	2.311	2.364
beliefen sich die aus der Bilanz ersichtlichen haftenden Eigenmittel auf	10.124	10.110

Zur Gewinnverwendung wird eine Ausschüttung in Höhe von 90 Mio. € sowie eine Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von 127 Mio. € vorgeschlagen.

## (30) Eventualverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Kreditburgschaften	2.203	2.729
Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	4.027	4.095

Die Helaba schätzt das Risiko, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und mit Inanspruchnahmen zu rechnen ist, als gering ein. Avalkredite unterliegen dem Risikovorsorgeprozess der Bank. In einzelnen Fällen, in denen ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, hat die Helaba entsprechende Rückstellungen gebildet.

In den Eventualverbindlichkeiten enthalten ist das in Anspruch genommene Zahlungsverprechen aus dem Anteil der Bankengeldabgabe in Höhe von 24 Mio. €.

### (31) Andere Verpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>In diesem Posten sind enthalten:</b>		
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.575	2.753
Unwiderrufliche Kreditzusagen für Buchkredite	19.546	19.106

Aufgrund der durchgeführten Bonitätsanalysen geht die Helaba davon aus, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nachkommen und somit nicht mit Inanspruchnahmen zu rechnen

ist. In einzelnen Fällen, in denen ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, wurden Rückstellungen gebildet.

### (32) Pfandbriefe und Deckungsrechnung

#### Gesamtübersicht gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG

in Mio. €

	Nennwert		Barwert	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
<b>Hypothekendarfandbriefe</b>				
Deckungsmasse	13.267	13.380	14.002	14.203
Pfandbriefumlauf	9.851	9.871	10.065	10.226
Überdeckung	3.416	3.509	3.937	3.977
Risikobarwert internes Modell	–	–	3.568	3.564
<b>Öffentliche Pfandbriefe</b>				
Deckungsmasse	20.571	20.872	22.603	23.332
Pfandbriefumlauf	16.256	17.385	17.539	19.118
Überdeckung	4.315	3.486	5.064	4.214
Risikobarwert internes Modell	–	–	4.741	3.906

Zum Geschäftsjahresende befindet sich wie im Vorjahr kein Derivat in Deckung.

Zinsrisiken wurde das interne Modell MaRC<sup>2</sup> herangezogen; die Simulation von Währungsrisiken erfolgte auf Basis des dynamischen Verfahrens.

Der Risikobarwert gemäß Barwertverordnung gibt den barwertigen Deckungssaldo nach Stresstest an. Für die Simulation von

## Aufgliederung der Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen und Aufgliederung der Pfandbriefe nach Restlaufzeiten gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG

in Mio. €

	Deckungsmasse		Pfandbrief	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
<b>Hypothekendarfandbriefe</b>				
Bis 1 Jahr	1.385	2.402	1.481	2.642
Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	2.075	1.498	2.750	1.481
Mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1.278	2.213	2.519	2.014
Mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.660	1.899	516	2.004
Mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	2.726	1.141	2.148	399
Mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	4.078	4.166	221	1.114
Über 10 Jahre	65	61	217	217
<b>Öffentliche Darfandbriefe</b>				
Bis 1 Jahr	2.746	2.842	2.074	2.976
Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	1.972	2.707	3.278	2.075
Mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.566	1.785	1.650	3.208
Mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.930	2.546	1.439	1.502
Mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.826	1.741	1.783	1.340
Mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	5.949	5.995	4.013	4.083
Über 10 Jahre	3.581	3.256	2.021	2.201

Weitere Deckungswerte gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Hypothekendarlehen:</b>		
Deckungsmasse	13.267	13.380
Davon: weitere Deckung	345	233
<b>Öffentliche Darlehen:</b>		
Deckungsmasse	20.571	20.872
Davon: weitere Deckung	71	145

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Nutzungsart

Davon Aufgliederung wohnwirtschaftlich genutzt:

in Mio. €

Land	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Bauplätze und Rohbauten		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Deutschland	60	53	94	64	2.059	1.958	-	-	2.213	2.075

Davon Aufgliederung gewerblich genutzt:

in Mio. €

Land	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige Gebäude		Bauplätze und Rohbauten		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Deutschland	2.227	2.507	2.641	3.023	168	193	273	279	24	5	5.332	6.007
Belgien	43	14	-	-	-	-	-	-	-	-	43	14
Frankreich	1.118	937	206	186	-	-	-	-	-	-	1.324	1.123
Luxemburg	70	70	-	-	-	-	-	-	-	-	70	70
Schweden	107	30	74	40	-	-	0	0	-	-	181	69
Niederlande	158	52	6	41	-	-	-	-	-	-	163	93
Österreich	24	-	68	121	-	-	-	-	-	-	92	121
Polen	389	481	499	394	-	54	-	-	-	-	888	929
Tschechien	35	51	184	180	-	-	-	-	5	-	223	231
Großbritannien	362	262	100	-	7	-	1	-	-	-	470	262
USA	1.280	1.519	114	78	-	-	-	-	-	-	1.394	1.598
<b>Gesamt</b>	<b>5.812</b>	<b>5.923</b>	<b>3.891</b>	<b>4.063</b>	<b>175</b>	<b>247</b>	<b>274</b>	<b>279</b>	<b>29</b>	<b>5</b>	<b>10.179</b>	<b>10.517</b>

## Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Größenklassen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Bis 0,3 Mio. €	182	158
Größer 0,3 Mio. € bis 1 Mio. €	109	141
Größer 1 Mio. € bis 10 Mio. €	1.116	1.341
Größer 10 Mio. €	11.515	11.508
Weitere Deckung	345	233

Der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen betrug 0 Tsd. € (31. Dezember 2016: 12 Tsd. €) und betraf inländische Schuldner. Im Geschäftsjahr traten weder Zwangs-

versteigerungs- noch Zwangsverwaltungsverfahren auf noch mussten Grundstücke zur Vermeidung von Verlusten übernommen werden.

## Zinsrückstände aus dem Hypothekengeschäft

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Gewerblich	-	-
Wohnwirtschaftlich	-	-
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

## Aufgliederung der Deckungswerte für öffentliche Pfandbriefe nach Schuldner

in Mio. €

Land	Staat		Regionale Gebietskörperschaft		Örtliche Gebietskörperschaft		Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute/Sonstige		Summe	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Deutschland	601	498	3.575	3.803	11.188	10.910	4.026	4.032	19.389	19.243
Frankreich inklusive Monaco	-	-	492	537	-	-	35	-	527	537
Großbritannien/Nordirland	306	356	-	-	-	-	-	-	306	356
Luxemburg	5	6	-	-	-	-	-	-	5	6
Spanien	-	-	184	381	-	-	-	-	184	381
Österreich	-	-	5	9	-	-	-	-	5	9
Schweiz	-	-	43	47	-	-	43	147	85	193
<b>Gesamt</b>	<b>911</b>	<b>860</b>	<b>4.298</b>	<b>4.777</b>	<b>11.188</b>	<b>10.910</b>	<b>4.103</b>	<b>4.179</b>	<b>20.500</b>	<b>20.725</b>

Die mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beliefen sich bei den öffentlichen Pfandbriefen auf einen Gesamtbetrag von 0 Tsd. € (31. Dezember 2016: 0 Tsd. €).

## (33) Derivative Finanzinstrumente des Nichthandelsbestands

Die Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten werden getrennt nach Handels- und Nichthandelsbeständen vorgenommen.

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten des Nichthandelsbestands erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 19 HGB in Verbindung mit § 36

RechKredV. Derivative Finanzinstrumente im Nichthandelsbestand werden zur Absicherung beziehungsweise zur Steuerung von Risiken von Bankbuchgeschäften abgeschlossen (Aktiv-/Passivsteuerung).

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Nichthandelsbestands hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 % verringert.

## Darstellung der Volumina

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2017
<b>Zinsrisiken</b>	<b>153.486</b>	<b>150.669</b>	<b>3.659</b>	<b>2.609</b>
Zins-Swaps	134.448	134.906	3.585	1.572
Forward Rate Agreements	–	–	–	–
Zinsoptionen	10.259	8.545	16	1.031
Käufe	1.027	467	16	–
Verkäufe	9.232	8.078	–	1.031
Caps, Floors	3.015	3.421	58	6
Börsenkontrakte	5.764	3.797	–	–
Sonstige Zinstermingeschäfte	–	–	–	–
<b>Währungsrisiken</b>	<b>17.961</b>	<b>23.479</b>	<b>373</b>	<b>376</b>
Devisentermingeschäfte	4.532	7.280	19	55
Währungs-Swaps/Zins-Währungs-Swaps	13.429	16.199	354	321
Devisenoptionen	–	–	–	–
Käufe	–	–	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
<b>Aktien- und sonstige Preisrisiken</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Aktienoptionen	–	–	–	–
Käufe	–	–	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
Börsenkontrakte	–	–	–	–
<b>Kreditderivate</b>	<b>150</b>	<b>865</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Käufe	150	210	–	–
Verkäufe	–	655	–	–
<b>Rohwarenrisiken</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Rohwaren-Swaps	–	–	–	–
Rohwarenoptionen	–	–	–	–
<b>Gesamt</b>	<b>171.597</b>	<b>175.013</b>	<b>4.032</b>	<b>2.985</b>

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateral-Vereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Die Marktwerte sind aufgrund des Absicherungscharakters der Geschäfte stets im Zusammenhang mit den zugrunde liegenden Geschäften zu sehen.

Den Marktwerten stehen zum Teil noch nicht vereinnahmte Prämien- und Sonderzahlungsflüsse sowie Zinsabgrenzungen aus

Derivaten gegenüber, die in der Bilanz unter den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise Verbindlichkeiten sowie unter den aktiven beziehungsweise passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen sind. Dabei beläuft sich der Betrag der insgesamt im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Aktiva auf 669 Mio. € (31. Dezember 2016: 837 Mio. €), der im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Passiva auf 555 Mio. € (31. Dezember 2016: 1.659 Mio. €).

## Fristengliederung der Nominalwerte

in Mio. €

	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Bis drei Monate	13.168	12.748	4.406	6.795	–	–
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	17.266	18.904	2.389	4.473	–	–
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	73.588	73.588	8.507	9.158	–	–
Mehr als fünf Jahre	49.464	45.429	2.659	3.053	–	–
<b>Gesamt</b>	<b>153.486</b>	<b>150.669</b>	<b>17.961</b>	<b>23.479</b>	<b>–</b>	<b>–</b>

in Mio. €

	Kreditderivate		Rohwarenderivate		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Bis drei Monate	–	62	–	–	17.574	19.605
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	150	803	–	–	19.805	24.180
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	–	–	–	82.095	82.746
Mehr als fünf Jahre	–	–	–	–	52.123	48.482
<b>Gesamt</b>	<b>150</b>	<b>865</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>171.597</b>	<b>175.013</b>

Bei den Zinsgeschäften ist das Volumen sowohl im kurzfristigen als auch im mittelfristigen Laufzeitbereich angestiegen. Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbe-

reichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 19,8% (31. Dezember 2016: 21,0%).

## Kontrahentengliederung

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2017
Banken in der OECD	60.232	75.827	2.530	2.031
Banken außerhalb der OECD	8	11	–	1
Öffentliche Stellen in der OECD	4.931	7.132	520	255
Sonstige Kontrahenten	106.426	92.043	982	698
<b>Gesamt</b>	<b>171.597</b>	<b>175.013</b>	<b>4.032</b>	<b>2.985</b>

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken. Die Helaba schließt derivative Geschäfte vorwiegend mit OECD-Banken und zentralen Clearing-Stellen ab.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie OTC-Transaktionen über zen-

trale Clearing-Stellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt deren Anteil 96,6% (31. Dezember 2016: 99,2%).

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken.

### (34) Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 20 HGB in Verbindung mit § 36 RechKredV.

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Handels hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,4% verringert. Die Verringerung beruht im Wesentlichen auf Fälligkeiten von Forward Rate Agreements und Devisentermingeschäften. Dem steht eine moderate Steigerung des Volumens der Zinsoptionen und Caps/Floors gegenüber.

Darstellung der Volumina

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2017
<b>Zinsrisiken</b>	<b>279.279</b>	<b>276.922</b>	<b>9.308</b>	<b>8.230</b>
Zins-Swaps	230.192	229.531	8.375	6.911
Forward Rate Agreements	25	2.920	–	–
Zinsoptionen	25.518	24.188	852	1.267
Käufe	10.237	9.240	751	56
Verkäufe	15.281	14.948	101	1.211
Caps, Floors	16.675	13.723	73	51
Börsenkontrakte	6.716	6.453	7	1
Sonstige Zinstermingeschäfte	153	107	1	–
<b>Währungsrisiken</b>	<b>42.858</b>	<b>50.985</b>	<b>1.015</b>	<b>930</b>
Devisentermingeschäfte	34.513	41.872	436	490
Währungs-Swaps/Zins-Währungs-Swaps	7.803	8.451	570	431
Devisenoptionen	542	662	9	9
Käufe	268	328	9	–
Verkäufe	274	334	–	9
<b>Aktien- und sonstige Preisrisiken</b>	<b>4.497</b>	<b>3.627</b>	<b>186</b>	<b>179</b>
Aktienoptionen	3.605	2.735	168	158
Käufe	2.039	1.548	168	–
Verkäufe	1.566	1.187	–	158
Börsenkontrakte	892	892	18	21
<b>Kreditderivate</b>	<b>5.056</b>	<b>4.962</b>	<b>57</b>	<b>61</b>
Käufe	2.628	2.589	1	61
Verkäufe	2.428	2.373	56	–
<b>Rohwarenrisiken</b>	<b>121</b>	<b>147</b>	<b>2</b>	<b>2</b>
Rohwaren-Swaps	48	53	2	2
Rohwarenoptionen	73	94	–	–
<b>Gesamt</b>	<b>331.811</b>	<b>336.643</b>	<b>10.568</b>	<b>9.402</b>

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateral-Vereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

## Fristengliederung der Nominalwerte

in Mio. €

	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Bis drei Monate	13.384	20.265	18.853	22.166	295	353
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	26.544	25.842	12.743	14.185	770	689
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	125.570	116.137	8.903	11.634	3.193	2.434
Mehr als fünf Jahre	113.781	114.678	2.359	3.000	239	151
<b>Gesamt</b>	<b>279.279</b>	<b>276.922</b>	<b>42.858</b>	<b>50.985</b>	<b>4.497</b>	<b>3.627</b>

in Mio. €

	Kreditderivate		Rohwarenderivate		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Bis drei Monate	120	68	43	47	32.695	42.899
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	370	508	42	32	40.469	41.256
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.448	4.253	36	68	142.150	134.526
Mehr als fünf Jahre	118	133	–	–	116.497	117.962
<b>Gesamt</b>	<b>5.056</b>	<b>4.962</b>	<b>121</b>	<b>147</b>	<b>331.811</b>	<b>336.643</b>

Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 14,3 % (31. Dezember 2016: 16,6 %).

Bei den währungsbezogenen Geschäften ist das Volumen im kurz- und mittelfristigen Laufzeitbereich leicht zurückgegangen.

## Kontrahentengliederung

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2017
Banken in der OECD	136.118	141.953	4.250	6.027
Banken außerhalb der OECD	23	10	–	–
Öffentliche Stellen in der OECD	24.283	26.774	2.991	956
Sonstige Kontrahenten	171.387	167.906	3.327	2.419
<b>Gesamt</b>	<b>331.811</b>	<b>336.643</b>	<b>10.568</b>	<b>9.402</b>

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie OTC-Transaktionen über zentrale Clearing-Stellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt deren Anteil 68,5 % (31. Dezember 2016: 65,1 %).

Der Anteil der Derivate des Handelsbestands am gesamten Derivatevolumen ist gegenüber dem Vorjahr mit 65,9 % nahezu unverändert (31. Dezember 2016: 65,8 %).

Wie in den vergangenen Jahren bilden Zinskontrakte den Schwerpunkt der Handelstätigkeit. Hier entfallen 64,5 % (31. Dezember 2016: 64,8 %) des Gesamtbestands auf den Handelsbestand. Bei den Währungsrisiken betreffen 70,5 % (31. Dezember 2016: 68,5 %), bei den Kreditderivaten 97,1 % (31. Dezember 2016: 85,2 %) der Kontrakte den Handelsbestand.

### (35) Handelsprodukte

in Mio. €

	Aktiv		Passiv		Nettoertrag des Handelsbestands	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
<b>Derivative Finanzinstrumente</b>	<b>5.189</b>	<b>7.995</b>	<b>2.441</b>	<b>3.004</b>	<b>177</b>	<b>-12</b>
Zinshandel	4.434	6.716	1.590	2.177	156	-20
Aktienhandel	108	90	104	75	5	-19
Devisenhandel	640	1.186	729	735	20	21
Kreditderivate	6	2	16	14	-10	0
Rohwaren	1	1	2	3	6	6
<b>Forderungen/Verbindlichkeiten</b>	<b>1.213</b>	<b>1.304</b>	<b>4.368</b>	<b>7.974</b>	<b>-2</b>	<b>-3</b>
Schuldscheinanleihen	981	1.140	-	-	-8	6
Tages- und Termingelder	12	13	3.623	6.139	8	0
Repos/Reverse Repos/Wertpapierleihe	22	3	-	-	-	0
Begebene Geldmarktpapiere/ verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	613	1.569	-2	-4
Begebene Aktien/Indexzertifikate	-	-	61	149	-13	-6
Sonstiges	198	148	71	117	13	1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.792	7.140	21	15	54	171
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	113	97	-	-	11	25
<b>Sonstiges</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-19</b>	<b>-18</b>
Provisionen	-	-	-	-	-19	-18
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e HGB	-	-	-	-	-	-5
<b>Gesamt</b>	<b>12.307</b>	<b>16.536</b>	<b>6.830</b>	<b>10.993</b>	<b>221</b>	<b>158</b>

Bei der Angabe der Aktiva und Passiva aus derivativen Finanzinstrumenten wurde die bilanzielle Saldierung sowohl im Berichtsjahr als auch bei den Vorjahreswerten berücksichtigt.

Bei den Handelsaktiva wurden insgesamt 5,4 Mrd. € (31. Dezember 2016: 5,8 Mrd. €) bei den Handelspassiva 7,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 9,5 Mrd. €) saldiert.

### (36) Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB

Per 31. Dezember 2017 beträgt der Buchwert der in Bewertungseinheiten einbezogenen Wertpapiere 12.504 Mio. € (31. Dezember 2016: 11.965 Mio. €).

Für nicht vollständig ausgeglichene Bewertungseffekte aus dem abgesicherten Risiko wird eine Drohverlustrückstellung gebildet. Für bonitätsinduzierte Wertminderungen der Grundgeschäfte wurde im Berichtsjahr eine Abschreibung vorgenommen.

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Bonitätsinduzierte Zuschreibungen auf Wertpapiere	-3	13
Veränderung Drohverlustrückstellung für nicht vollständig ausgeglichene zinsinduzierte Bewertungseffekte	1	-1

### (37) Gliederung nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Posten Zinserträge, Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, Provi-

sionserträge, Nettoertrag des Handelsbestands sowie Sonstige betriebliche Erträge verteilt sich auf die folgenden Märkte:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Deutschland	2.457	2.813
Europäische Union ohne Deutschland	412	210
Übriges Ausland	283	265

### (38) Zinsergebnis

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften beinhalten in der abgelaufenen Periode negative Zinsen in Höhe von

56,1 Mio. €, die Zinsaufwendungen enthalten einen Ertrag von 41,6 Mio. €.

### (39) Provisionserträge

Diese Position enthält im Wesentlichen Provisionserträge aus Bürgschaften und Garantien sowie aus dem Zahlungsverkehr. Weitere Komponenten bilden Provisionserträge aus Dienstleis-

tungen, die gegenüber Dritten für die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapiergeschäften und sonstigen Bankdienstleistungen erbracht wurden.

#### (40) Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

In der Position Sonstige betriebliche Erträge werden in der Bank im Berichtsjahr unter anderem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 17 Mio. € (2016: 75 Mio. €), aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 21 Mio. € (2016: 25 Mio. €) und Kostenerstattungen aus Auftragsarbeiten für Dritte in Höhe von 18 Mio. € (2016: 20 Mio. €) ausgewiesen.

Der Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen beträgt 94 Mio. € (2016: 53 Mio. €). Die Aufwendungen für nicht eigen genutzte Gebäude belaufen sich im Berichtsjahr auf 10 Mio. € (2016: 9 Mio. €).

Der Posten enthält periodenfremde Erträge in Höhe von 6 Mio. € und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 2 Mio. €.

#### (41) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft werden in dieser Position ausgewiesen. Beim Ausweis der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie

Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft haben wir von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f HGB Gebrauch gemacht.

#### (42) Außerordentliches Ergebnis

Die Bank weist zum 31. Dezember 2017 kein außerordentliches Ergebnis aus. Das außerordentliche Ergebnis zum 31. Dezember 2016 in Höhe von 13 Mio. € resultierte, ausschließlich aus Rückstellungszuführungen und umfasste die letztmalige Dotie-

rung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 1/15 des Unterschiedsbetrags aus der geänderten Rückstellungsbewertung aufgrund der erstmaligen Anwendung des BilMoG.

#### (43) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteuern entfallen im Wesentlichen auf die Besteuerung der in Deutschland sowie in den USA (Niederlassung New York) steuerpflichtigen Ergebnisse.

#### (44) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen der Bank auf das gezeichnete Kapital bei 21 Gesellschaften in Höhe von insgesamt 32 Mio. €. Hiervon entfallen 10 Mio. € auf verbundene Unternehmen.

Die Bank ist als unbeschränkt haftender Gesellschafter an der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main beteiligt.

Aus der Anwachsung des Tochterunternehmens Horrigo OHG hat die Bank als Rechtsnachfolgerin die Verpflichtungen des Tochterunternehmens übernommen. Im Zuge dessen wurde auch das Gebäude OMEGA E in Offenbach, welches durch Ausübung der Horrigo-Kaufoption zum 1. Januar 2017 schon in den Besitz der Horrigo OHG gelangt war, in den Gebäudebestand der Bank übernommen.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet. Die Träger der DekaBank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehender Verbindlichkeiten der DekaBank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten galt dies nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausging.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve

der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Diese Sicherungseinrichtung hat institutssichernde Wirkung, das heißt, sie ist darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen besteht eine Nachschussverpflichtung.

Des Weiteren ist die Helaba dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 % der Bemessungsgrundlage (anrechnungspflichtige Positionen gemäß der Solvabilitätsverordnung) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags.

Bezüglich der Helaba Asset Services (vormals: Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International) sowie der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, trägt die Helaba dafür Sorge, dass die jeweilige Gesellschaft, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.

Zur Abwicklung von Clearing-Geschäften sowie für außerbilanzielle Ziehungsrisiken waren Wertpapiere im Wert von 7,583 Mio. € hinterlegt. Der Kurswert der Papiere für das besicherte Geldhandelsgeschäft betrug 1,5 Mio. €. Nach ausländischen Bestimmungen waren Wertpapiere mit einem Kurswert von umgerechnet 1.993 Mio. € als Sicherheitsleistung gebunden.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH (beides verbundene Unternehmen) deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Weitere Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB bestehen insbesondere aus langfristigen Immobilienmiet- und Leasingverträgen bankbetrieblich genutzter Immobilien. Für die von der Helaba mit Vertrags- beziehungsweise Kündigungsfristen von 0,5 bis zu 13,5 Jahren genutzten Immobilien sind für 2018 Zahlungsverpflichtungen für Miet- und Leasingraten in Höhe von 44,1 Mio. € zu erwarten. Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen im geschäftsüblichen Rahmen zudem aus diversen Miet-, Nutzungs- und Serviceverträgen sowie aus Beratungsvereinbarungen.

Über das von der Helaba initiierte Asset-Backed-Commercial-Paper-Programm OPUSALPHA werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Die Emissionsgesellschaft OPUSALPHA Funding Limited wird im Konzernabschluss der Helaba vollkonsolidiert.

Die für das OPUSALPHA-Programm insgesamt bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 2.109 Mio. € (31. Dezember 2016: 2.797 Mio. €), davon sind am 31. Dezember 2017 1.467 Mio. € (31. Dezember 2016: 1.875 Mio. €) in Anspruch genommen.

Für die OPUSALPHA-Gesellschaften agiert die Helaba als Dienstleister und ist Zusagen zur Liquiditätsversorgung bis maximal zur Höhe bestehender Ankaufszusagen eingegangen und nachrangigen Haftungen ausgesetzt, wenn die seitens Dritter getragenen Risiken, zum Beispiel in Form von Ankaufabschlägen oder Garantien, nicht ausreichen sollten.

Zum 31. Dezember 2017 bestehen für fremde Verbriefungsplattformen Liquiditätslinien in Höhe von 65 Mio. € (31. Dezember 2016: 65 Mio. €).

Die möglichen Verpflichtungen aus Prozessrisiken betragen zum 31. Dezember 1 Mio. €. Die Bank hat sich gegenüber einzelnen Tochtergesellschaften mittels Freistellungserklärungen verpflichtet, diese von Risiken aus bestimmten Rechtsgeschäften freizustellen.

Bei einem ausländischen Pensionsfonds für Pensionszusagen einer ausländischen Niederlassung besteht nach lokalen Bewertungsmodalitäten eine Unterdeckung, für die entsprechende Vorsorge getroffen wurde. Die Unterdeckung ist ab 2015 durch Einzahlungen in das korrespondierende Planvermögen zu begleichen; dabei erfolgt ein regelmäßiger Abgleich zwischen den Planvermögenswerten nach Einzahlungen und den Auswirkungen aufgrund der Anpassung der lokalen Bewertungsparameter. Nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften beläuft sich der Verpflichtungsumfang der mittelbaren Pensionsverpflichtung (vor Berücksichtigung des bestehenden Planvermögens) auf 76 Mio. €. (31. Dezember 2016: 72 Mio. €).

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften

- im Währungsbereich (Devisentermin- und -optionsgeschäfte, Währungs- und Zins-Währungs-Swaps),
- im Zinsbereich (Termin- und Optionsgeschäfte mit festverzinslichen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, Forward Rate Agreements, Finanz-Swaps und Optionen darauf, Zins-Futures einschließlich Optionen auf diese Geschäfte sowie Zinsbegrenzungsvereinbarungen),
- im Bereich sonstiger Preisrisiken (Aktien- und Aktienindex-Terminkontrakte/-Optionen),

- im Bereich von Bonitätsrisiken (Kreditderivate),
- im Bereich von Rohwarenrisiken (Commodity Swaps und Optionen).

Unter Risikogesichtspunkten werden im Handelsbestand überwiegend geschlossene Positionen geführt, die sich aus verschie-

denen Geschäftsarten zusammensetzen. Sofern derivative Instrumente im Nichthandelsbuch gehalten werden, dienen die Geschäfte im Wesentlichen der Absicherung von Marktrisiken auf der Zins- beziehungsweise Währungsseite.

## Honorare des Abschlussprüfers

---

Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar gemäß § 285 Nr. 17 HGB sind im Konzernabschluss enthalten.

Die Honorare für Abschlussprüfungsleistungen der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft enthalten neben durch EU-Recht vorgeschriebene Abschlussprüfungen auch solche für die prüferische Durchsicht von Zwischenabschlüssen und nicht durch EU-Recht vorgeschriebene Jahresabschlussprüfungen.

Honorare für andere Bestätigungsleistungen entfallen primär auf Bestätigungen für Sicherungseinrichtungen und gesetzliche Meldungen sowie die Prüfungen des Depot- und Wertpapierdienstleistungsgeschäfts.

Sonstige Leistungen wurden im Wesentlichen in Form von Gutachten und Stellungnahmen zu weiteren fachlichen Themen erbracht.

## (45) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Über Geschäftsbeziehungen der Helaba zu nahestehenden Unternehmen und Personen ist nach § 285 Nr. 21 HGB zu berichten. Diese Geschäftsbeziehungen erfolgen zu marktüblichen Bedingungen. Ergänzend zu dem nach § 285 Nr. 21 HGB geforderten Mindestumfang berichten wir umfassend über die Geschäftsbeziehungen zum Kreis der nahestehenden Personen nach Maßgabe internationaler Rechnungslegungsvorschriften (IAS 24). Bezüglich des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, des Landes Hessen sowie des Freistaates Thüringen als Gesellschafter und Träger sind die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Berichterstattung zu nahestehenden Unternehmen als öffentliche Stellen gegeben; von der entsprechenden Regelung wird grundsätzlich Gebrauch gemacht, sofern es sich nicht um

wesentliche Geschäftsvolumina handelt. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns, dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen als Gesellschafter sowie den Tochterunternehmen des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen. Ebenso sind die Angaben zu den nach § 285 Nr. 21 HGB definierten Personen in Schlüsselpositionen der Helaba einschließlich deren naher Familienangehöriger sowie von diesen Personen beherrschter Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2017 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	Verbundene Unternehmen	Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
<b>Aktiva</b>	<b>4.829</b>	<b>228</b>	<b>2.473</b>	<b>-</b>	<b>7.530</b>
Forderungen an Kreditinstitute	1.019	3	-	-	1.022
Forderungen an Kunden	1.071	211	1.649	-	2.931
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	129	-	129
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	995	-	-	-	995
Handelsaktiva	1	-	695	-	696
Beteiligungen	-	14	-	-	14
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.720	-	-	-	1.720
Sonstige Aktivposten	23	-	-	-	23
<b>Passiva</b>	<b>1.552</b>	<b>42</b>	<b>1.634</b>	<b>-</b>	<b>3.228</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	724	-	114	-	838
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	315	42	1.382	-	1.739
Handelspassiva	3	-	58	-	61
Sonstige Passivposten	510	-	80	-	590
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	<b>30</b>	<b>76</b>	<b>40</b>	<b>-</b>	<b>146</b>

Für den 31. Dezember 2016 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Verbundene Unternehmen	Beteiligungen an Gemein- schafts- und assoziierten Unternehmen	Gesell- schafter der Helaba	Sonstige nahe- stehende Unternehmen	Gesamt
<b>Aktiva</b>	<b>5.021</b>	<b>652</b>	<b>2.682</b>	<b>–</b>	<b>8.355</b>
Forderungen an Kreditinstitute	1.178	3	–	–	1.181
Forderungen an Kunden	1.007	645	1.458	–	3.110
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–	–	130	–	130
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.025	–	–	–	1.025
Handelsaktiva	7	3	1.094	–	1.104
Beteiligungen	22	–	–	–	22
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.752	–	–	–	1.752
Sonstige Aktivposten	30	1	–	–	31
<b>Passiva</b>	<b>6.069</b>	<b>330</b>	<b>2.042</b>	<b>4</b>	<b>8.445</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.694	–	142	–	4.836
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	832	293	1.681	4	2.810
Handelspassiva	3	–	79	–	82
Sonstige Passivposten	540	37	140	–	717
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	<b>33</b>	<b>84</b>	<b>49</b>	<b>–</b>	<b>166</b>

Auf Forderungen an Tochtergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen bestehen Wertberichtigungen in Höhe von 40 Mio. € (31. Dezember 2016: 41 Mio. €).

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 0 Mio. € (31. Dezember 2016: 0 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 0,4 Mio. € (31. Dezember 2016: 0,5 Mio. €).

Die von der Bank gezahlten Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich auf 6,6 Mio. € (2016: 6,5 Mio. €). Dem Verwaltungsrat

wurden 0,9 Mio. € (2016: 0,9 Mio. €) und den Beiräten wie im vorangegangenen Jahr 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus werden an die Mitglieder des Verwaltungsrats als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt 2,4 Mio. € (2016: 2,5 Mio. €) gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 3,4 Mio. € (2016: 3,1 Mio. €) gezahlt. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis waren 52,9 Mio. € (2016: 53,7 Mio. €) zurückgestellt.

## (46) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	Weiblich		Männlich		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Bank	1.162	1.139	1.576	1.566	2.738	2.705
WIBank – Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen	242	234	172	169	414	403
Landesbausparkasse	149	163	104	113	253	275
<b>Gesamtbank</b>	<b>1.553</b>	<b>1.536</b>	<b>1.852</b>	<b>1.847</b>	<b>3.405</b>	<b>3.383</b>

## (47) Organe der Bank

### Verwaltungsrat

#### Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident  
Sparkassen- und Giroverband  
Hessen-Thüringen  
Frankfurt am Main/Erfurt  
– Vorsitzender –

#### Dr. Werner Henning

Landrat  
Landkreis Eichsfeld  
Heiligenstadt  
– Erster stellvertretender  
Vorsitzender –

#### Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister  
Hessisches Ministerium  
der Finanzen  
Wiesbaden  
– Zweiter stellvertretender  
Vorsitzender –

#### Alexander Wüerst

Vorsitzender des Vorstands  
Kreissparkasse Köln  
Köln  
– Dritter stellvertretender  
Vorsitzender –

#### Andreas Bausewein

Oberbürgermeister  
Stadt Erfurt  
Erfurt

#### Dr. Annette Beller

Mitglied des Vorstands  
B. Braun Melsungen AG  
Melsungen

#### Ingo Buchholz

Vorsitzender des Vorstands  
Kasseler Sparkasse  
Kassel  
– bis 30. September 2017 –

#### Patrick Burghardt

Oberbürgermeister  
Stadt Rüsselsheim  
Rüsselsheim  
– bis 31. Dezember 2017 –

#### Georg Fahrenschon

Präsident  
Deutscher Sparkassen- und  
Giroverband e. V.  
Berlin  
– bis 30. November 2017 –

#### Sven Gerich

Oberbürgermeister  
Stadt Wiesbaden  
Wiesbaden  
– seit 22. November 2017 –  
– bis 15. Dezember 2017 –

#### Stefan Hastrich

Vorsitzender des Vorstands  
Kreissparkasse Weilburg  
Weilburg

#### Bertram Hilgen

Oberbürgermeister  
Stadt Kassel  
Kassel  
– bis 21. Juli 2017 –

#### Günter Högner

Vorsitzender des Vorstands  
Nassauische Sparkasse  
Wiesbaden

#### Dr. Christoph Krämer

Vorsitzender des Vorstands  
Sparkasse Iserlohn  
Iserlohn

#### Manfred Michel

Landrat  
Landkreis Limburg-Weilburg  
Limburg an der Lahn

#### Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstands  
Sparkasse Werra-Meißner  
Eschwege

#### Clemens Reif

Mitglied des Hessischen  
Landtages  
Wiesbaden

#### Thorsten Schäfer-Gümbel

Mitglied des Hessischen  
Landtages  
Wiesbaden

#### Helmut Schmidt

Vorsitzender des Vorstands  
Kreissparkasse Saale-Orla  
Schleiz

#### Uwe Schmidt

Landrat  
Landkreis Kassel  
Kassel

#### Dr. Hartmut Schubert

Staatssekretär  
Thüringer Finanzministerium  
Erfurt

#### Wolfgang Schuster

Landrat  
Lahn-Dill-Kreis  
Wetzlar

#### Dr. Eric Tjarks

Vorsitzender des Vorstands  
Sparkasse Bensheim  
Bensheim

#### Arnd Zinnhardt

Mitglied des Vorstands  
Software AG  
Darmstadt

### Von den Bediensteten der Bank entsandt

**Thorsten Derlitzki**  
Bankprokurist  
Frankfurt am Main  
– Vierter stellvertretender  
Vorsitzender –

**Frank Beck**  
Stellvertretender  
Abteilungsleiter  
Frankfurt am Main

**Gabriele Fuchs**  
Bankangestellte  
Offenbach

**Anke Glombik**  
Bankprokuristin  
Erfurt

**Thorsten Kiwitz**  
Stellvertretender  
Abteilungsleiter  
Frankfurt am Main

**Christiane Kutil-Bleibaum**  
Abteilungsleiterin  
Düsseldorf

**Annette Langner**  
Bankprokuristin  
Frankfurt am Main

**Susanne Noll**  
Bankangestellte  
Frankfurt am Main

**Jürgen Pilgenröther**  
Bankangestellter  
Frankfurt am Main

**Birgit Sahlinger-Rasper**  
Bankangestellte  
Frankfurt am Main

**Susanne Schmiedebach**  
Bankprokuristin  
Düsseldorf

**Thomas Sittner**  
Bankangestellter  
Frankfurt am Main

### Mitglieder des Vorstands

**Herbert Hans Grüntker**  
– Vorsitzender –

**Thomas Groß**  
– stellvertretender Vorsitzender –

**Jürgen Fenk**  
– bis 30. September 2017 –

**Dr. Detlef Hosemann**

**Hans-Dieter Kemler**  
– seit 1. Mai 2017 –

**Klaus-Jörg Mulfinger**

**Dr. Norbert Schraad**

## (48) Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 und § 340a  
Abs. 4 Nr. 2 HGB

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
1	„Dia“ Productions GmbH & Co. KG, Pullach	0,27	0,00		0,0	0
2	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		7,1	0 <sup>1)</sup>
3	ABE CLEARING S.A.S à capital variable, Paris, Frankreich	1,85	1,85		20,4	4.800
4	Advent International GPE V-B Limited Partnership, George Town, Kaimaninseln	1,99	1,99		29,8	1.722
5	Advent International GPE VI Limited Partnership, George Town, Kaimaninseln	0,24	0,24		2.960,3	329.456
6	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00	0,00		0,0	-9
7	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	1,14	1,14		231,8	22.885
8	Almack Mezzanine I LP, London, Vereinigtes Königreich	3,93	3,93		0,4	83.211
9	Almack Mezzanine II Unleveraged LP, London, Vereinigtes Königreich	5,83	5,83		27,6	10.411
10	AlphaHaus GmbH & Co. KG, Erzhausen	5,50	0,00		0,9	-107
11	Antenne Thüringen GmbH & Co. KG, Weimar	3,50	3,50		2,1	1.288
12	ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	100,00	100,00		-6,2	-137
13	ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	100,00	100,00		0,0	1
14	AVW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG, Bosau	11,76	0,00		0,2	15.694
15	Bauverein für Höchst a. M. und Umgebung eG, Frankfurt am Main	0,03	0,00		28,6	762
16	BC European Capital VIII-8, Saint Peter Port, Guernsey	1,83	1,83		1.022,5	-144.023
17	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0 <sup>1)</sup>
18	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	1,0	78
19	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00	0,00		0,0	0 <sup>1)</sup>
20	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,4	788
21	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,4	152
22	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,67	0,5	38
23	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2,1	190

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
24	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	2,2	236
25	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG i. L., München	100,00	100,00	0,21	0,0	36
26	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Wiesbaden	100,00	100,00		1,3	554
27	BOF III CV Investors LP, Wilmington, USA	4,16	4,16		46,2	13.768
28	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,03	21,03		19,2	970
29	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		25,3	700
30	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,3	4
31	Campus Kronberg GmbH & Co. KG, Hamburg	6,00	0,00		63,6	5.293
32	Capnamic Ventures Fund II GmbH & Co. KG, Köln	4,27	4,27		0,0	0,0
33	CapVest Equity Partners II, L.P., Hamilton, Bermuda	3,48	3,48		144,8	2.932
34	Castra Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Mainz	2,85	0,00		-19,5	-802
35	Clareant Mezzanine Fund II (No.1) Limited Partnership, Saint Heller, Jersey	4,07	4,07		158,5	-664
36	Clareant Mezzanine No. 1 Fund Limited Partnership, Saint Helier, Jersey	3,40	3,40		150,4	13.276
37	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		1,1	-414
38	DBAG Fund IV GmbH & Co. KG i.L., Frankfurt am Main	6,13	6,13		5,5	-5.267
39	DBAG Fund V GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	7,59	7,59		44,7	47.227
40	Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v. d. Höhe	1,71	0,00		626,8	45.284
41	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	3,74	3,74		180,2	8.725
42	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart	5,41	5,41		171,7	37.787
43	DIV Grundbesitzanlage Nr. 30 Frankfurt-Deuschherrnrufer GmbH & Co. KG i. L., Frankfurt am Main	0,06	0,06		15,3	741
44	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89	0,00		36,7	1.832
45	Doughty Hanson & Co. V LP No. 1, London, Vereinigtes Königreich	1,60	1,60		372,5	24.588
46	Dritte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
47	Dritte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-4
48	Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG, Kassel	6,00	0,00		10,8	1.919
49	EIG Energy Fund XIV, L.P., Dover, USA	4,05	4,05		98,6 US-\$	-47.543 US-\$
50	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00	0,00		-0,7	112
51	EQT Expansion Capital II (No. 1) Limited Partnership, Saint Peter Port, Guernsey	4,57	4,57		281,7	-62.612
52	EQT V (No. 1) Limited Partnership, Saint Peter Port, Guernsey	0,28	0,28		1.189,2	-79.540
53	Erste Hessisch-Thüringische Sparkassen-Kapitaleinlagengesellschaft mbH & Co. KG, Sömmerda	6,39	0,00		0,3	216

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
54	Erste OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
55	Erste Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH, Kassel	6,00	0,00		0,1	4
56	Erste ST Berlin Projekt GmbH & Co KG, Berlin	0,50	0,00		0,0	-8
57	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		70,4	1
58	Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg	1,76	1,76		3.309,3	45.029
59	EUFISERV Payments s.c.r.l., Brüssel, Belgien	11,37	11,37		0,2	46
60	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, München	5,10	0,00		42,6	1.592
61	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteili- gungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	5
62	Family Office der Frankfurter Bankgesellschaft AG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.
63	FHP Friedenauer Höhe Dritte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
64	FHP Friedenauer Höhe Erste GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
65	FHP Friedenauer Höhe Fünfte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
66	FHP Friedenauer Höhe Projekt GmbH, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
67	FHP Friedenauer Höhe Sechste GmbH & Co. KG., Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
68	FHP Friedenauer Höhe Vierte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
69	FHP Friedenauer Höhe Zweite GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
70	Fiducia & GAD IT AG, Karlsruhe	0,02	0,00		435,1	33.969
71	FIDUCIA Mailing Services eG, Karlsruhe	0,13	0,06		0,1	0
72	FinTech Community Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	33,33	33,33		k. A.	k. A.
73	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-1
74	Fourth Cinven Fund (No. 1) Limited Partnership, Saint Peter Port, Guernsey	1,42	1,42		1.022,0	1.412.618
75	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		11,3	968
76	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		107,8 CHF	2.906 CHF
77	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		843,2	45.000
78	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Sied- lungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2	0 <sup>1)</sup>
79	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	-3
80	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,2	-4
81	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	5
82	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	-4
83	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	-5
84	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,5	379
85	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	1

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
86	G&O MK 15 Bauherren GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	-27
87	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		23,4	0 <sup>1)</sup>
88	Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	94,90	0,00		-1,8	-2.122
89	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00	0,00		-0,9	-55
90	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00	0,00		0,0	2
91	GeckoGroup AG in Insolvenz, Wetzlar	5,02	5,02		0,0	0,0
92	GELIMER Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	8,93	8,93		-1,9	167
93	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00	0,00		0,3	0 <sup>1)</sup>
94	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,3	0 <sup>1)</sup>
95	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungs- gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2	4
96	GIZS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	33,33	33,33		14,7	-3.653
97	GIZS Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	33,33	33,33		0,0	-10
98	GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main	11,20	11,20		5,4	729
99	GLB-Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	11,20	11,20		0,0	2
100	GLD Verwaltungsgesellschaft GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
101	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Frankfurt am Main	47,00	0,00		-3,4	-232
102	GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Siebte Rhein-Main KG, Frankfurt am Main	8,84	0,00		5,3	1.095
103	GOB Projektentwicklung Fünfte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	8,84	0,00		0,0	-10
104	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	0
105	Gründerfonds Ruhr GmbH & Co. KG, Essen	8,96	8,96		0,0	-22
106	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33	0,00		4,3	-1.333
107	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,1	47
108	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,4	2.643
109	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-10
110	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		76,4	4.895
111	GWH Bauprojekte GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		13,6	0 <sup>1)</sup>
112	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0 <sup>1)</sup>
113	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00	0,00		368,5	50.667
114	HaemoSys GmbH, Jena	38,33	0,00		-4,8	-524
115	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		-0,3	-321
116	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	5,10	5,10		1,5	-7.020
117	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG, Pullach	43,10	0,00		12,9	-407
118	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Pullach	63,10	0,00		13,5	-365

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
119	HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	54,51	0,00		18,5	-210
120	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-68
121	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	100,00	100,00		54,8	221
122	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	0
123	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0 <sup>1)</sup>
124	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		4,5	54
125	Helaba Representação Ltda., São Paulo, Brasilien	100,00	99,00		k. A.	k. A.
126	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,7	354
127	Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach	5,92	0,00		-129,9	5.151
128	Hello Darmstadt Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-150
129	Herkules Grundbesitz GmbH & Co. Frankfurt KG, Berlin	5,10	5,10		2,6	756
130	Hessen Kapital I GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		34,4	233
131	Hessen Kapital II GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		6,8	206
132	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		70,1	5.151
133	Hessisch-Thüringische Sparkassen-Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	15,49	0,00		1,8	507
134	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,6	34
135	Horus AWG GmbH, Pöcking	50,00	0,00		-0,1	-114
136	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	10
137	Hutton Collins Capital Partners II L.P., London, Vereinigtes Königreich	1,40	1,40		57,3	5.590
138	Hutton Collins Capital Partners III L.P., London, Vereinigtes Königreich	1,45	1,45		190,6	-56.026
139	Icon Brickell LLC, Miami, USA	14,94	14,94		0,0 US-\$	-154 US-\$
140	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	0
141	Interessengemeinschaft Frankfurter Kreditinstitute GmbH, Frankfurt am Main	16,90	4,21		25,4	9.691
142	Investcorp Private Equity 2007 Fund, L.P., George Town, Kaimaninseln	2,01	2,01		300,8 US-\$	42.431 US-\$
143	Kalypso Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-11
144	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	3,2	437
145	Komplementarselskabet Logistica CPH ApS, Kastrup, Dänemark	52,00	52,00		0,0 DKK	-3 DKK
146	Königstor Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00	0,00		0,0	-1
147	Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-66
148	Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-2,8	-280
149	Kornmarkt Arkaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	3

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
150	Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-23
151	Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,8	-316
152	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00	0,00		10,2 CHF	1.628 CHF
153	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,7	87
154	LBS IT Informations-Technologie GmbH & Co KG, Berlin	7,30	7,30		0,0	47
155	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		7,0 US-\$	0 US-\$
156	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		33,7 US-\$	-364 US-\$
157	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		21,3 US-\$	413 US-\$
158	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		5,9 US-\$	-523 US-\$
159	Logistica CPH K/S, Kastrup, Dänemark	53,33	53,33		0,8 DKK	1.624 DKK
160	Magical Produktions GmbH & Co. KG, Pullach	1,50	0,00		-8,9	10.193
161	Magnolia GmbH & Co. KG, Nonnweiler	6,00	0,00		-0,1	-10
162	Magnum Capital, L.P., Edinburgh, Vereinigtes Königreich	1,45	1,45		564,9	130.710
163	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesell- schaft mbH & Co. Bad Homburg v.d.H. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,4	5
164	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesell- schaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	2
165	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0 <sup>1)</sup>
166	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99	0,00		8,1	1.313
167	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesell- schaft Hessen mbH, Wiesbaden	32,52	32,52		10,4	402
168	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	94,90	0,00		23,1	1.092
169	MESTO Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	1,00	1,00		-3,8	248
170	Mezzanine Management Fund IV ‚A‘ L.P., Hamilton, Bermuda	7,46	7,46		53,3	-26.636
171	MezzVest II, L.P., Saint Helier, Jersey	3,50	3,50		0,1	-18.867
172	Mittelhessenfonds GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		-2,5	24
173	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		23,7	1.214
174	Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	100,00	99,97		15,1	227
175	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,5	-13
176	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,0	-7
177	Multi Park Mönchhof Main GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		1,6	1.511
178	Multi Park Verwaltungs GmbH, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,0	1
179	NAsP III/V GmbH, Marburg	14,92	0,00		2,8	-716
180	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Ent- wicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	0,89	0,00		495,8	29.432
181	neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	3,20	0,00		2,3	-52
182	Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-53
183	North Haven Infrastructure Partners LP, Wilmington, USA	0,25	0,00		2.431,6 US-\$	93.198 US-\$
184	Nötzli, Mai & Partner Family Office AG, Zürich, Schweiz	100,00	0,00		0,3 CHF	65 CHF
185	Objekt Limes Haus GmbH & Co. KG, Hamburg	5,10	0,00		17,0	568

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
186	OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	50,00	0,00		0,4	7
187	OFB & Procom Rüdesheim GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		-0,1	-7
188	OFB Berlin Projekt GmbH, Berlin	100,00	0,00		0,0	-1
189	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		5,9	90
190	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0 <sup>1)</sup>
191	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	1
192	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00	0,00		0,0	1
193	PALMYRA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG S.e.n.c., Luxemburg, Luxemburg	5,20	0,00		69,6	363
194	Pan-European Infrastructure Fund LP, Saint Helier, Jersey	0,73	0,73		2.897,7	257.682
195	PATRIZIA Hessen Zehn GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,20	0,00		-1,3	-165
196	PineBridge PEP IV Co-Investment L.P., Wilmington, USA	9,51	0,00		18,1 US-\$	-3.908 US-\$
197	PineBridge PEP IV Non-U.S. L.P., Wilmington, USA	17,00	0,00		16,8 US-\$	1.010 US-\$
198	PineBridge PEP IV Secondary L.P., Wilmington, USA	16,10	0,00		10,9 US-\$	-555 US-\$
199	PineBridge PEP IV U.S. Buyout L.P., Wilmington, USA	17,21	0,00		42,3 US-\$	5.098 US-\$
200	PineBridge PEP IV U.S. Venture L.P., Wilmington, USA	17,51	0,00		21,9 US-\$	83 US-\$
201	Private Equity Thüringen GmbH & Co. KG, Erfurt	14,11	14,11		2,7	-31
202	Procom & OFB Projektentwicklung GmbH, Hamburg	50,00	0,00		0,0	-3
203	Projekt Erfurt B38 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,2	-210
204	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00	0,00		0,0	0
205	Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-1,0	-615
206	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	30,00	0,00		-1,2	-220
207	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	30,00	0,00		k. A.	k. A.
208	Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	100,00	0,00		-0,4	-743
209	Projektentwicklung Neuwerkstraße 17 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-1
210	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Landratsamt KG, Wolfhagen	6,00	0,00		3,0	456
211	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG, Lauterbach	6,00	0,00		0,2	16
212	Projektgesellschaft Andreasstraße mbH, Erfurt	6,00	0,00		0,6	0
213	Projektgesellschaft ILP Erfurter Kreuz mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-2
214	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4	252 <sup>1)</sup>
215	Rebstöcker Straße GmbH & Co. KG, Hamburg	5,10	0,00		-17,8	-412
216	Rotunde - Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Erfurt	60,00	60,00	33,33	0,6	48
217	Rotunde Verwaltungsgesellschaft mbH, Erfurt	60,00	60,00	33,33	k. A.	k. A.

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
218	RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München	9,60	9,60		14,9	1.825
219	S CountryDesk GmbH, Köln	5,00	2,50		0,4	32
220	S.W.I.F.T. Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication SCRL, La Hulpe, Belgien	0,00	0,00		325,2	20.722
221	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,2	-13
222	SCHUFA Holding AG, Wiesbaden	0,28	0,00		75,5	28.228
223	SIX Group AG, Zürich, Schweiz	0,00	0,00		2.554,4 CHF	221.100 CHF
224	SIZ GmbH, Bonn	5,32	5,32		4,9	334
225	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00	0,00		0,0	0
226	sono west Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00	0,00		15,0	-581
227	Sparkassen-Marktservice Beteiligungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	40,00		8,0	224
228	Sparkassen-Marktservice Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	50,00	40,00		0,0	0
229	SOO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,2	-120
230	Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	50,00	0,00		0,5	30.842
231	Systemo GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,2	265
232	TCW/Crescent Mezzanine Partners IVB, L.P., Los Angeles, USA	2,08	0,00		29,4 US-\$	-6.336 US-\$
233	TdW südwest Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH, Frankfurt am Main	3,25	0,00		1,8	121
234	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4	96
235	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	8
236	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,7	-2
237	Tenaska Power Fund, L.P., Wilmington, USA	1,55	0,00		32,7 US-\$	4.625 US-\$
238	TF H III Technologiefonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wiesbaden	25,00	25,00		1,7	-72
239	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH) i. L., Frankfurt am Main	66,67	66,67	66,66	0,6	-2
240	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG i. L., Kassel	33,33	33,33	66,67	1,5	-25
241	THE TRITON FUND II L.P., Saint Helier, Jersey	0,77	0,77		400,5	122.886
242	TPF II, LP, Wilmington, USA	2,37	0,00		78,3 US-\$	7.708 US-\$
243	Triton Fund III L.P., Saint Helier, Jersey	0,71	0,71		1.681,6	613.480
244	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main	7,69	7,69		4,8	46
245	uniQus Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-117
246	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0
247	VCM Golding Mezzanine GmbH & Co. KG, München	6,48	6,48		6,7	3.252
248	VCM Golding Mezzanine SICAV II, Luxemburg, Luxemburg	4,20	4,20		73,6	10.648
249	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,3	0 <sup>1)</sup>
250	Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	49

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
251	Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		1,8	782
252	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		-4,9	-1.748
253	Vierte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
254	Vierte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
255	Volks- Bau- und Sparverein Frankfurt am Main eG, Frankfurt am Main	0,01	0,00		10,6	3.557
256	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwick- lungs-KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		-0,2	0
257	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	0,00	0,00	33,33	0,0	-3
258	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72	0,00	19,24	2,8	-11
259	Zweite Hessisch-Thüringische Sparkassen- Kapitaleinlagengesellschaft mbH & Co. KG, Battenberg	10,32	0,00		0,4	265
260	Zweite OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
261	Zweite OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2	186
262	Zweite Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH, Kassel	6,00	0,00		0,1	3
263	Zweite ST Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	0,50	0,00		-0,1	-114

<sup>1)</sup> Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.  
k. A.: Es liegt kein festgestellter Jahresabschluss vor.

## (49) Liste der Mandate in Aufsichtsgremien gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

## Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Herbert Hans Grüntker	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Hans-Dieter Kemler	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Thomas Groß	Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart	Mitglied
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
Dr. Detlef Hosemann	DSGF Deutsche Servicegesellschaft für Finanzdienstleister mbH	Mitglied
	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied

## Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Diana Häring	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
André Stolz	Nassauische Sparkasse, Wiesbaden	Mitglied

## (50) Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2017 nicht ergeben.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2018

### **Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale**

Der Vorstand

Grüntker                      Groß                      Dr. Hosemann

Kemler                      Mulfinger                      Dr. Schraad

# Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf

einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2018

## Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker	Groß	Dr. Hosemann
Kemler	Mulfinger	Dr. Schraad

# Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,  
Frankfurt am Main/Erfurt

## Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

### Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die nichtfinanzielle Erklärung nach § 289b Abs. 1 HGB haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze

ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten nichtfinanziellen Erklärung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen un-

abhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

## Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- 1. Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio**
- 2. Bemessung der Pauschalwertberichtigungen im Kreditgeschäft**

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

### 1. Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ unter anderem Schiffskredite ausgewiesen. Für das Schiffskreditportfolio besteht eine bilanzielle Risikovorsorge, die sich aus Einzel- und Pauschalwertberichtigungen zusammensetzt. Im Geschäftsjahr 2017 war das Schiffskreditportfolio aufgrund des sich weiter verschlechternden Marktumfelds der Haupttreiber für die Zuführungen zu den Einzelwertberichtigungen. Bei der Ermittlung der Risikovorsorge werden von den gesetzlichen Vertretern Schätzungen insbesondere zur Entwicklung der zukünftigen Charraten und Annahmen zur Verwertung der finanzierten und als Sicherheit verpfändeten Schiffe getroffen. Da diese Bewertungsparameter einen bedeutsamen Einfluss auf die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen haben und diese Wertberichtigungen insofern mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sind, war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.
2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem die Angemessenheit der relevanten Kreditprozesse im internen Kontrollsystem der Gesellschaft zur Bewertung von Schiffsfinauzierungen beurteilt und deren Wirksamkeit mit Hilfe von Funktionstests untersucht. Dabei haben wir auch die in diesem Bereich bestehende Geschäftsorganisation, IT-Sys-

teme und Bewertungsmodelle berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir die Bewertung der Schiffskredite, einschließlich der Angemessenheit geschätzter Werte, auf der Basis einer risikoorientierten Stichprobe beurteilt, indem wir unter anderem die richtige Anwendung der Bewertungsmodelle nachvollzogen und die Angemessenheit der verwendeten zukünftigen Charraten und der weiteren Inputfaktoren gewürdigt haben. Ergänzend dazu haben wir uns bei unserer Einschätzung der von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Bewertungsannahmen auf allgemeine und branchenspezifische Markterwartungen gestützt. Die von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft zur Bewertung des Schiffskreditportfolios angewandten Bewertungsparameter und -annahmen stimmen insgesamt mit unseren Erwartungen überein und liegen auch innerhalb der aus unserer Sicht vertretbaren Bandbreiten.

3. Zur Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio verweisen wir auf die Angaben im Anhang zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Allgemeinen unter den Ziffern (1) und (41), die auch die Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio umfassen.
- ### 2. Bemessung der Pauschalwertberichtigungen im Kreditgeschäft
1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 werden von den Bilanzposten „Forderungen an Kreditinstitute“ und „Forderungen an Kunden“ Pauschalwertberichtigungen aktivisch abgesetzt. Die Pauschalwertberichtigungen beinhalten eine zusätzliche Vorsorgekomponente, die die Gesellschaft für die Abschirmung zusätzlicher, durch statistische Analysen noch nicht erkannter Risiken in einzelnen Teilkreditportfolios gebildet hat. Ein Großteil davon entfällt auf das Schiffskreditportfolio. Die Auswahl der betreffenden Teilkreditportfolios und die Bemessung der für diese Teilportfolios zusätzlich gebildeten Pauschalwertberichtigungen sind in hohem Maße von der Einschätzung durch die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft abhängig. Die Bewertung ist daher mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet und war für unsere Prüfung von besonderer Bedeutung.
  2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem die Begründung der gesetzlichen Vertreter für die Auswahl derjenigen Teilkreditportfolios gewürdigt, bei denen aus ihrer Sicht das Erfordernis zur Bildung zusätzlicher, über die im Regelprozess parameterbasiert gebildeten Pauschalwertberichtigungen hinaus besteht. Ferner haben wir die den einzelnen Teilkreditportfolios zugrundeliegenden Bemessungsgrundlagen für die Bildung der zusätzlichen Wertberichtigungen nachvollzogen und die Angemessenheit der verwendeten Bewertungsparameter (z. B. am Markt beobachtbare Credit Spreads für bestimmte Länderrisiken,

Sicherheitenwerte für Schiffskredite) beurteilt. Darüber hinaus haben wir die Berechnungen der Gesellschaft rechnerisch nachvollzogen. Im Hinblick auf das Schiffskreditportfolio haben wir insbesondere beurteilt, ob Veränderungen der Einzelwertberichtigungen für Schiffskredite im Geschäftsjahr bei der Bemessung der zusätzlichen Pauschalwertberichtigungen zutreffend berücksichtigt wurden und insofern keine Doppelberücksichtigung erfolgt ist. Die von

den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft zur Bemessung der zusätzlichen Pauschalwertberichtigungen angewandten Bewertungsparameter und -annahmen stimmen insgesamt mit unseren Erwartungen überein und liegen auch innerhalb der aus unserer Sicht vertretbaren Bandbreiten.

3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Pauschalwertberichtigungen im Kreditgeschäft sind im Anhang unter der Ziffer (1) enthalten.

## Sonstige Informationen

---

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die nicht-finanzielle Erklärung nach § 289b Abs. 1 HGB.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Jahresfinanzberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und

dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

## Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

---

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes

der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

## Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

---

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere

Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

## Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

### Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Trägerversammlung am 23. März 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 3. Mai 2017 vom Vorstand beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1953 als Abschlussprüfer der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

## Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Peter Flick.

Frankfurt am Main, den 27. Februar 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes  
Wirtschaftsprüfer

Peter Flick  
Wirtschaftsprüfer



# **Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen**

# Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

## I. Grundlagen

### Rechtliche und organisatorische Struktur

Die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist eine rechtlich unselbstständige, aber selbstständig bilanzierende Einrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba). Sie ist Bestandteil des Verbundgeschäfts der Helaba, in dem die Verbundaktivitäten der Helaba gebündelt sind.

Gemäß den „Grundsätzen für die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen“ besteht ein Bausparkassen-Fachbeirat, dem Vertreter der hessischen und thüringischen Sparkassen angehören und der die Zusammenarbeit der Bausparkasse mit dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen sowie den Sparkassen im Geschäftsgebiet fördern soll.

### Geschäftsmodell

Die LBS ist im Rahmen ihres Geschäftsmodells ein regional tätiges, in der Helaba und der S-Finanzgruppe eingebundenes Finanzdienstleistungsunternehmen „rund um die Immobilie“, zu

deren Aufgabe die bedarfsorientierte Betreuung der Kunden in den Bereichen Bausparen, Finanzierung, Immobilien und Altersvorsorge gehört.

### Ziele und Strategien

Der Baufinanzierungsmarkt ist von intensivem Wettbewerb mit spürbar zunehmender Marktpräsenz von Direktbanken, Internetanbietern und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie dem damit verbundenen Druck auf die Konditionen geprägt. Die LBS setzt in ihrer Vertriebsstrategie auf die tiefe regionale Verwurzelung der Sparkassen. Das Gemeinschaftsgeschäft als strategisches Geschäftsfeld der LBS trägt wesentlich dazu bei, die vorhandenen Kundenpotenziale der Sparkassen intensiv zu nutzen.

Die Strategie der LBS fokussiert eine einheitliche Ausrichtung aller Aktivitäten auf die nachhaltige Stärkung der Ertragskraft bei konservativem Risikoprofil als Voraussetzung für eine kontinuierliche Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Die Übernahme von Risiken erfolgt grundsätzlich unter Beachtung der Risiko-

tragfähigkeit mit dem Ziel des Erwirtschaftens eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags.

Vor dem Hintergrund des allgemeinen Niedrigzinsumfelds hat die LBS in 2017 ein Reorganisationsprogramm (Projekt: „LBS-EVOLution“) aufgelegt. Zentrale Zielstellung des Projekts ist eine nachhaltige Ergebnisverbesserung bis 2021. Perspektivisch ist eine Konzentration von drei auf zwei LBS-Standorte mit einem Produktionsstandort in Erfurt und einem Stabsstandort in Offenbach vorgesehen. Zur Erreichung der nachhaltigen Ergebnisverbesserung werden gleichzeitig wesentliche Teile des „Bauspargeschäfts Passiv“ schrittweise an die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Münster, ausgelagert. Insgesamt soll durch Prozessoptimierung, Leistungsverzicht und Outsourcing bis zum Jahr 2021 schrittweise eine Mitarbeiterkapazität von 180 erreicht werden.

## Steuerungssystem

Die konsequente Ausrichtung der LBS auf das Erwirtschaften eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags unter Beachtung ihres konservativen Risikoprofils spiegelt sich auch im internen Steuerungssystem wider. Steuerungsgrößen für die operative Geschäftsentwicklung sind das Bruttoneugeschäft und die das Betriebsergebnis vor Steuern maßgeblich mitbestimmenden Komponenten Zins- und Provisionsüberschuss sowie der Verwaltungsaufwand. Darüber hinaus setzt die LBS zur Planung, Steu-

erung und Kontrolle der Geschäftstätigkeit wertorientierte Kennzahlen wie die Cost-Income-Ratio (Verwaltungsaufwand im Verhältnis zu der Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss und Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge/Aufwendungen), die Liquiditätskennziffern nach Liquiditätsverordnung (LiqV) und Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemäß Capital Requirements Regulation (CRR) sowie den Zinsrisikoeffizienten für das Zinsänderungsrisiko ein.

## II. Wirtschaftsbericht

### Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland im Jahr 2017 war durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Mit dem Anstieg der realen Wirtschaftsleistung um 2,2 % im Berichtsjahr setzte sich das deutliche Wachstum aus den beiden vorherigen Jahren fort.

Wie schon 2016 trugen vor allem die privaten und staatlichen Ausgaben zur positiven Entwicklung der deutschen Wirtschaft entscheidend bei. Angesichts sehr niedriger Zinsen, um 3,9 % gestiegener verfügbarer Einkommen der privaten Haushalte und guter Entwicklung am Arbeitsmarkt wuchsen die privaten Konsumausgaben preisbereinigt um 2,0 %. Ohne den Nachfrageeffekt aus der starken Zuwanderung nach Deutschland in 2015 stiegen die öffentlichen Konsumausgaben mit 1,4 % durchschnittlich. Die Sparquote im Durchschnitt aller privaten Haushalte lag im Jahr 2017 mit 9,7 % auf Vorjahresniveau.

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort Deutschland nahm deutlich zu und erreichte 2017 einen erneuten Höchststand. Den ersten Berechnungen zufolge waren in 2017 1,5 % mehr erwerbstätig als 2016.

Die lockere Geldpolitik sowie die historisch niedrigen Zinsen prägten nach wie vor das deutsche Finanzsystem. Die Europäische Zentralbank (EZB) halbierte das monatliche Ankaufvolumen von Staats- und Unternehmensanleihen von 60 Mrd. € auf 30 Mrd. € und verlängerte das Anleiheankaufprogramm bis mindestens September 2018. Zudem entschied die EZB die Zinssätze für die Hauptrefinanzierung auf einem Rekordtief von 0,0 % zu belassen.

Der Wohnimmobilienmarkt in Deutschland war weiterhin von einem Nachfrageüberhang gekennzeichnet. Die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen, die insgesamt positive Wirtschaftslage mit entsprechenden Beschäftigungs- und Arbeitsmarktaus-

sichten und die seit einigen Jahren zunehmende Bevölkerungskonzentration in den Ballungsräumen führen zu einer starken Nachfrage nach Wohneigentum in Deutschland. Die Anlage in Wohnimmobilien, die als Sachwerte langfristigen Schutz vor Inflation bieten, genießt unverändert eine hohe Akzeptanz am Markt. Auch für Kapitalanleger sind die Immobilien – insbesondere im Rhein-Main-Gebiet – eine attraktive Anlageform.

So stiegen die Bauinvestitionen im Berichtsjahr erneut um 2,6 %. Neben einem dynamisch wachsenden Neubaumarkt sind auch die Modernisierungsinvestitionen in einen alternden Wohnungsbestand sowie die Investitionen in eine energetische Sanierung weiterhin gestiegen. Allerdings deuten die nachgebenden Baugenehmigungen darauf hin, dass der Angebotsengpass am Wohnimmobilienmarkt sich allmählich zurückbilden könnte. Die Zahl der genehmigten Wohnungen lag von Januar bis November 2017 bei 313.700 und lag damit um 7,8 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Am stärksten war der Rückgang bei den Genehmigungen von Wohnungen in Wohnheimen, zu welchen auch Flüchtlingsunterkünfte zählen, mit 42,8 % zu verzeichnen.

Die Perspektiven für die Bauwirtschaft sind weiterhin günstig. So ist der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe nach Angaben des Statistischen Bundesamts in den ersten elf Monaten 2017 um 2,0 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gestiegen.

Die wichtigen ökonomischen Rahmenbedingungen wie Wirtschaftslage, Arbeitsmarkt und hohe Wohnungsimmobiliennachfrage in Hessen und Thüringen bilden ein positives Umfeld für Bausparen und Baufinanzieren. Deren Einbezug in die staatlich geförderte Altersvorsorge, die eine Nutzung von Bausparverträgen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum vorsieht, wirkte sich im Geschäftsjahr positiv aus.

### Vertragsentwicklung

Mit insgesamt 60.629 (2016: 66.760) neu abgeschlossenen Verträgen über eine Bausparsumme von 2.562 Mio. € (2016: 2.667 Mio. €) blieb die LBS volumenbezogen um 3,9 % unter ihrem Vorjahresergebnis. Die Entwicklung des Bruttoneugeschäfts blieb unter den im Prognosebericht 2016 beschriebenen Erwartungen. Die durchschnittliche Bausparsumme pro abgeschlossenem Bausparvertrag stieg um 5,8 %, da die LBS das Finanzierungsgeschäft weiter forcierte.

In Hessen wurden 44.988 Bausparverträge (2016: 51.074) mit einem Bausparvolumen von 2.052 Mio. € (2016: 2.182 Mio. €) vermittelt. In Thüringen wurden 15.641 Bausparverträge (2016: 15.686) über ein Bausparvolumen von 510 Mio. € (2016: 485 Mio. €) akquiriert.

Das eingelöste Neugeschäft lag mit 57.543 Bausparverträgen (2016: 67.282) über eine Bausparsumme von 2.361 Mio. € (2016:

2.517 Mio. €) ebenfalls unter dem Vorjahresniveau: In Hessen wurden 42.651 Neuverträge (2016: 51.088) über 1.894 Mio. € (2016: 2.041 Mio. €) eingelöst, in Thüringen 14.892 Neuverträge (2016: 16.194) über 467 Mio. € (2016: 476 Mio. €). Im Vergleich zu

2016 entspricht das einem Rückgang nach Bausparsumme von 7,2% in Hessen und 1,9% in Thüringen. Im Geschäftsjahr wurden 42,1% der Erstverträge mit Bausparern unter 25 Jahren abgeschlossen.

## Erfolgreicher S-Verbund

Für Neuabschlüsse haben sich traditionell die hessischen und thüringischen Sparkassen als wichtigste Vertriebspartner erwiesen. Mit 2,1 Mrd. € Bausparsumme beziehungsweise 88,0% (2016: 87,0%) ist der Vermittlungsanteil der Sparkassen (inklusive Gemeinschaftsgeschäft) unverändert hoch.

## Vertragsbestand

Das durch die LBS betreute Bausparvolumen ist mit 20.519 Mio. € (2016: 20.205 Mio. €) und 781.910 Bausparverträgen (2016: 796.992) im Vergleich zu 2016 volumenbezogen um 1,6% gestiegen.

## Zuteilungsentwicklung

Seit über zwanzig Jahren liegt die für eine Zuteilung notwendige Zielbewertungszahl der LBS konstant bei 224 und ist damit gleich der in den ABB verankerten Mindestbewertungszahl. Im Berichtsjahr wurden 58.696 Verträge über eine Bausparsumme von 1.210,3 Mio. € zugeteilt.

Wohnungsbauprämie und Zinsgutschriften 793,8 Mio. € (-1,4%) und auf Tilgungen 76,1 Mio. € (-21,4%). Insgesamt wurden der Zuteilungsmasse 869,9 Mio. € (-3,8%) zugeführt. Diesen Zuführungen standen Entnahmen in Höhe von 635,5 Mio. € (+2,1%) gegenüber. Damit erhöhte sich die Zuteilungsmasse zum Jahresende um 234,4 Mio. €.

Von den Zuflüssen zur Zuteilungsmasse entfielen auf den Spargeldeingang einschließlich vermögenswirksamer Leistungen,

## Kreditgeschäft

Die Auszahlungen der außerkollektiven Kredite gingen gegenüber 2016 um 23,2 Mio. € (-16,0%) auf 121,9 Mio. € zurück. Die Auszahlungen von Bauspardarlehen sanken vor dem Hintergrund des nach wie vor niedrigen Zinsniveaus nach 2016 - 23,2% nur noch um 2,1 Mio. € (-11,0%) auf 16,8 Mio. €.

## Ertragslage

Die Ertragslage ist geprägt durch die belastende, weiter anhaltende Nullzinspolitik der EZB, die vorsorgende Maßnahme in Erwartung eines Anhaltens des historischen Zinstiefs und den Reorganisationsaufwand aus dem Projekt LBS-EVOLUTION.

## Zinserträge

Die Zinserträge reduzierten sich um 15,8 Mio. € auf 123,9 Mio. €. Mindernd wirkte der im Jahresdurchschnitt rückläufige Bestand an Bauspardarlehen. Der Jahresdurchschnittsbestand an Bauspardarlehen ist um 40,2 Mio. € (–17,8 %) gefallen. Auch die durchschnittliche Verzinsung der Bauspardarlehen für das Jahr 2017 ist um 16 Basispunkte auf 3,65 % (2016: 3,81 %) gesunken. Die rückläufigen Mengen- und Zinseffekte führten zu einem Rückgang der Zinserträge aus Bauspardarlehen. Die Zinserträge im außerkollektiven Kreditgeschäft reduzierten sich ebenfalls geringfügig um 0,1 Mio. € auf 18,0 Mio. €. Während der zinswirksame durchschnittliche Bestand um 57,1 Mio. € (+8,9 %) im Vergleich zu 2016 stieg, sank die Durchschnittsverzinsung der außerkollektiven Darlehen auf 2,56 % (2016: 2,82 %).

Der erhöhte Anlagenbedarf am Kapitalmarkt infolge der um 200,6 Mio. € (+4,5 %) gestiegenen Bauspareinlagen und des rückläufigen Darlehensgeschäfts wirkte sich positiv auf den Zinsertrag aus. Belastend wirkte jedoch das weiterhin historisch niedrige Marktzinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt. In Erwartung eines weiter anhaltenden Zinstiefs hat die LBS im Geschäftsjahr negative Zinserträge aus Vorfälligkeitsentgelten (Ausgleichszahlungen) infolge der vorzeitigen Termingeldrückgabe in Höhe von 6,4 Mio. € realisiert. Die volumengleiche Wiederanlage der Termingelder auf aktuellem Zinsniveau bewirkt einen Anstieg der Zinserträge in den kommenden zehn Jahren jeweils um 0,6 Mio. €. Die Zinserträge aus Geldanlagen inklusive dispositiver Maßnahmen sanken um insgesamt 13,8 Mio. € (–12,2 %).

## Zinsaufwand

Positiv wirkte die Einführung neuer Bauspartarife in den letzten Jahren auf den Zinsaufwand. Aufgrund des Zuflusses an Bauspareinlagen stieg der Jahresdurchschnittsbestand an Bauspareinlagen in 2017 im Vergleich zu 2016 um 230,4 Mio. € auf 4,6 Mrd. €. Dieser Mengeneffekt wurde jedoch durch die geringere Durchschnittsverzinsung der Bauspareinlagen teilkompensiert. Die durchschnittliche Verzinsung für das Jahr 2017 reduzierte sich

gegenüber 2016 um acht Basispunkte auf 1,69 %. Die gegenläufigen Mengen- und Zinseffekte führten zu einem Anstieg des Zinsaufwands für Bauspareinlagen um 0,2 Mio. € auf 77,0 Mio. €

Die kollektive Zinsspanne, berechnet als Differenz aus durchschnittlichen Verzinsungen der Bauspardarlehen und der Bauspareinlagen, lag in 2017 bei 1,96 %.

## Provisionsergebnis

Das Provisionsergebnis hat sich um 0,4 Mio. € auf –5,9 Mio. € verbessert. Die Provisionsaufwendungen gingen, bedingt durch das gesunkene Bruttoneugeschäft, um 1,7 Mio. € (–5,0 %) zurück.

Die Provisionserträge verzeichneten ebenfalls einen Rückgang um 1,3 Mio. € (–4,7 %) auf 26,3 Mio. €.

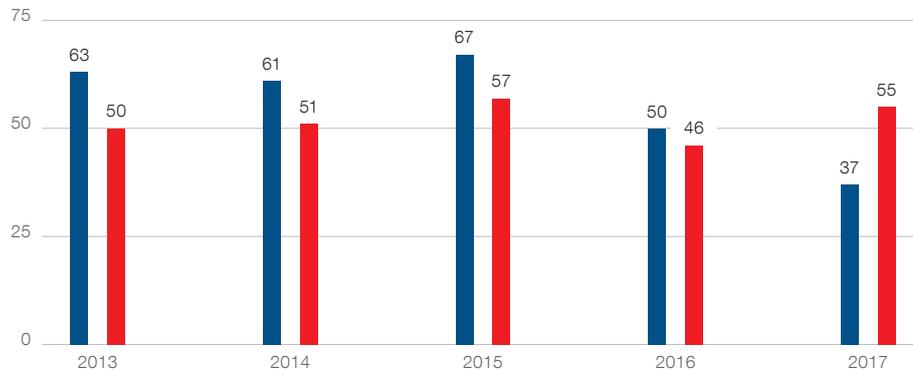
## Verwaltungsaufwendungen

Dem Ergebnis aus Zinsüberschuss, Provisionsergebnis und sonstigen Erträgen in Höhe von 37,4 Mio. € (–24,6 %) standen 54,9 Mio. € (+20,4 %) aus Verwaltungsaufwand inklusive Abschreibung auf Sachanlagen und sonstigem Aufwand gegenüber. Die sonstigen betrieblichen Erträge gingen, bedingt durch den Wegfall der 2016 aufgrund gesetzlicher Änderung erzielten einmaligen Auflösungserträge aus Pensionsrückstellungen, um 12,5 Mio. € (–91,2 %) zurück. Der Personalaufwand verminderte sich um 1,0 Mio. € auf 20,8 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen insbesondere aufgrund der gebildeten

Rückstellung für die umfassende Organisationsänderung im Rahmen des Projekts LBS-EVOLution (7,2 Mio. €). Auch der um 5,8 Mio. € höhere Zinsanteil aus der Zuführung zu Pensionsrückstellungen hat zum Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen beigetragen. Die Abschreibungen auf Anlagevermögen nahmen aufgrund der Abschreibung aus dem OSPlus-Projekt um 0,8 € auf 1,0 Mio. € zu. Die Verwaltungsaufwendungen einschließlich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen nahmen damit die im letzten Jahr prognostizierte Entwicklung.

## Wesentliche GuV-Komponenten

in Mio. €



- Zins-/Provisionsergebnis/sonstige Erträge (inklusive Spezialfonds)
- Verwaltungsaufwand/AfA/sonstige Aufwendungen (ohne Steuerumlage)

Das Vorsteuerergebnis lag mit – 18,6 Mio. € um 16,6 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis und somit unter dem erwarteten Wert aus dem Prognosebericht von 2016. Induziert wurde dies insbesondere durch den einmaligen Reorganisationsaufwand sowie den Wegfall von Sondereffekten aus Pensionsrückstellungen.

Die Cost-Income-Ratio stieg um 91,4 Prozentpunkte auf 182,5 % (2016: 91,1 %).

## Finanzlage

Als Nichthandelsbuchinstitut ordnet die LBS ihre gesamten Geschäftspositionen dem Anlagebuch zu. Als Bausparkasse unterliegt die LBS im Rahmen des Spezialbankenprinzips neben den allgemeinen Bestimmungen des Kreditwesengesetzes (KWG) den Regelungen des Bausparkassengesetzes (BauSparkG). Insbesondere wird durch § 4 Abs. 3 BauSparkG die Anlage verfügbarer Gelder geregelt. Die Bausparkasse ist verpflichtet, zur Gewährleistung ihrer Liquidität flüssige Mittel in ausreichender Höhe zu halten. Zum Zeitpunkt der Anlage verfügbarer Gelder erfolgen diese Geldanlagen daher ausschließlich im Sinne des BauSparkG als Liquiditätsreserve im Rahmen einer „Buy and hold“-Strategie. Verkäufe vor Fälligkeit erfolgen ausschließlich zur Optimierung der Depotstruktur, zur aktiven Steuerung des Zinsänderungsrisikos, zur Einhaltung vorgegebener Limite der Geschäftsleitung zur Begrenzung von Marktpreisrisiken oder unter Liquiditätsgesichtspunkten.

Die Eigenkapitalstruktur ist durch die Gewinnrücklagen als größten Posten geprägt. Im Eigenkapital der LBS sind keine stillen Einlagen oder nachrangiges Haftkapital enthalten. Die Ausstattung mit Eigenmitteln ist für weiteres Wachstum im Aktivgeschäft ausreichend.

Die LBS berechnet die Eigenmittelanforderungen mittels eines auf internen Ratings basierenden Ansatzes (IRBA). Die Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR sank in 2017 – auf anhaltend hohem Niveau – auf 54,5 % (i.V. 56,1 %). Die Kernkapitalquote reduzierte sich ebenfalls um 1,7 Prozentpunkte auf 54,1 %.

Die Liquiditätskennziffer nach LiqV bewegte sich in 2017 zwischen 1,22 und 1,68 und wurde per 31. Dezember 2017 mit 1,42 erfüllt. Die 2015 eingeführte Liquiditätskennziffer LCR lag per 31. Dezember 2017 bei 164,40 % und damit deutlich über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert von 80 % sowie der Prognose von 2016. Die LBS konnte ihre Zahlungsverpflichtungen jederzeit erfüllen.

Die Finanzlage der LBS ist geordnet. Die Bausparkasse kann jederzeit ihrer Verpflichtung zur planmäßigen Zuteilung der Bausparsummen gerecht werden.

## Vermögenslage

Die Bilanzsumme liegt mit 5,68 Mrd. € um 0,27 Mrd. € über dem Vorjahreswert. Die Bauspareinlagen erhöhten sich auf 4.692 Mio. €. Bei Baudarlehen war ein Anstieg um 16,9 Mio. € auf 869 Mio. € und bei Geldanlagen ein Anstieg um 257 Mio. € auf 4.792 Mio. € zu verzeichnen. Der Anteil der Baudarlehen an der Bilanzsumme sank auf 15,3 %. Die Vor- und Zwischenfinanzierungskredite stiegen im Geschäftsjahr um 7,8 % auf 702 Mio. € und sind weitgehend fristenkongruent refinanziert. Die Vermögenslage der LBS ist geordnet. Insgesamt haben sich in der Vermögensstruktur bei nahezu unverändertem Geschäftsvolumen keine nennenswerten Strukturverschiebungen ergeben.

### III. Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

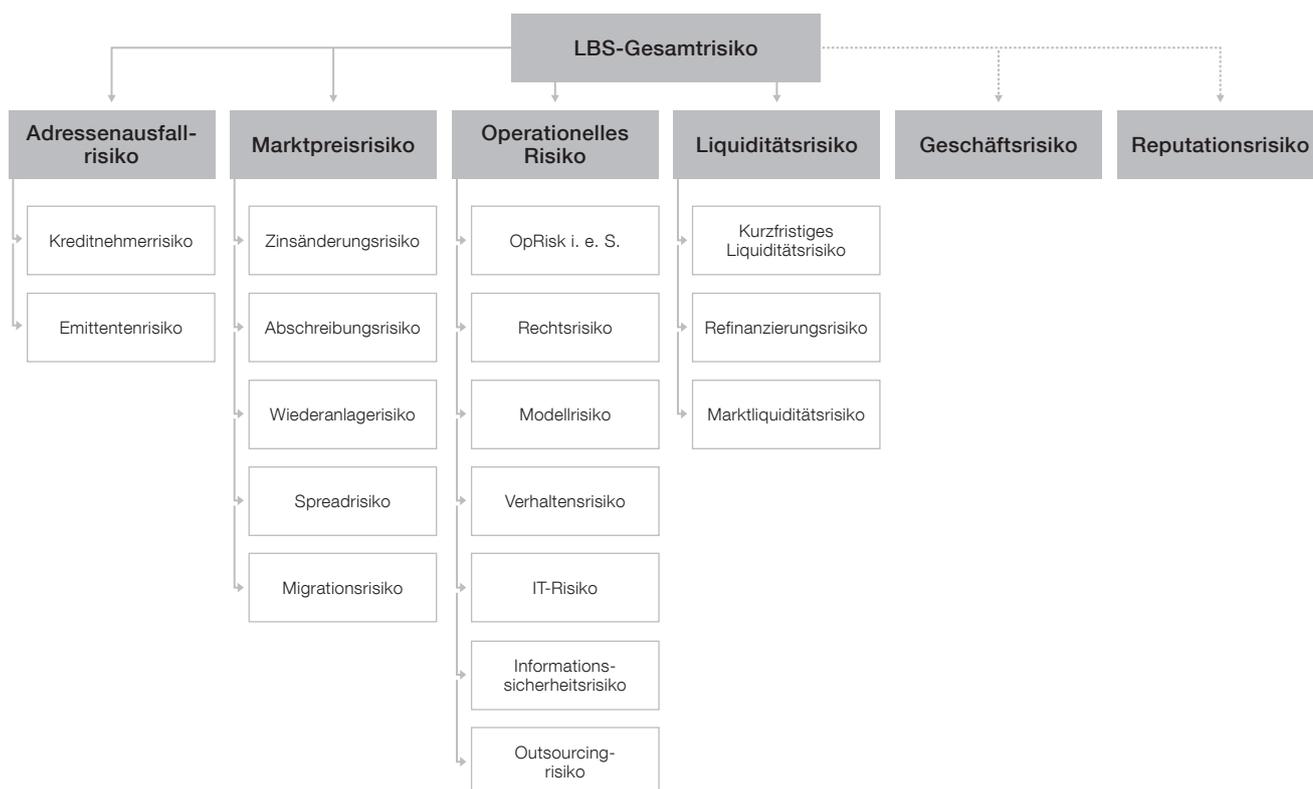
#### Risikomanagement

Das strategische Risikomanagement der LBS ist darauf ausgerichtet, ihr konservatives Risikoprofil zu sichern und im gegebenen Rahmen weiter zu optimieren.

Das Risikomanagement der LBS umfasst mit der Risikoidentifikation, -quantifizierung, -steuerung sowie dem Risikocontrolling/-reporting vier aufeinander aufbauende prozessuale Elemente. Im Rahmen der Risikoidentifikation werden die für die LBS wesentlichen Risiken identifiziert und davon ausgehend klassifiziert. Die Risikoquantifizierung umfasst die quantitative und qualitative Messung und Bewertung von Risiken mittels geeigneter Modelle und Methoden. Die Risikosteuerung stellt die Gesamtheit der Maßnahmen dar, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der von der Geschäftsleitung vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen. Anpassungen von Limiten stehen positive Wirkungen (Chancen) zum Beispiel auf Prozesse, Geschäfts-, Ertrags- und Kostenentwicklungen gegenüber. Im Rahmen des Risikocontrollings findet ein ausführliches Reporting zu den

bestehenden Risiken/Chancen an die zuständigen Kompetenzträger statt. Der hierzu implementierte Risikoausschuss wird vierteljährlich mittels eines umfassenden Risikoberichts über die Gesamtrisikolage und -tragfähigkeit, Ergebnisse aus Stress-Szenarien der wesentlichen Risiken, eventuelle Maßnahmen im Risikomanagement, Besonderheiten im Berichtszeitraum, Entwicklungen zum Vorquartal, Limitauslastungen und Änderungen wesentlicher Parameter, die den Verfahren zur Risikobeurteilung zugrunde liegen, informiert. Für definierte bedeutende Vorkommnisse und Schadensfälle sind Ad-hoc-Meldeverfahren eingerichtet, um Geschäftsleitung, Vorstand und interne Revision unverzüglich zu informieren.

Die LBS unterscheidet mit Blick auf die unterschiedlichen Steuerungserfordernisse zwischen den Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts-, operationelles, Geschäfts- und Reputationsrisiko. Diese Risikoarten sind durch folgende Detailrisiken konkretisiert:



## Risikostrategie

Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßig und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den generellen Umgang mit Risiken in der LBS fest. Sie ist konsistent zur Helaba-Risikostrategie.

Die Risikostrategie ist Teil der Geschäftsstrategie und gestaltet diese bezüglich des Umgangs mit Risiken aus.

Die Risikostrategie konkretisiert die als wesentlich eingestuften Risiken in den Teilrisikostrategien der Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelles Risiko. Des Weiteren bestehen Regelungen für die als nicht wesentlich eingestuften Geschäfts- und Reputationsrisiken.

In einem ergänzenden Risikohandbuch sind Definitionen, Organisation, Instrumente zur Risikoerfassung, -bewertung und

-steuerung, Reporting sowie die zugrunde liegenden schriftlich fixierten Regelungen für die einzelnen Risikoarten dokumentiert. Außerdem sind hier der Risikomanagementprozess und die Risikomanagementstruktur beschrieben.

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der aktuell gültigen Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der LBS – eingegangen werden.

Zur ordnungsgemäßen Durchführung des Geschäftsbetriebs und damit auch als Grundlage für die Umsetzung der Risikostrategie hat die LBS den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Arbeitsanweisungen, Handbücher und Prozessbeschreibungen vorgegeben.

## Adressenausfallrisiko

Grundlage für die Übernahme von Risiken aus dem Kreditgeschäft als einem wesentlichen Geschäftsfeld der LBS ist die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken.

Die Übernahme von Kreditrisiken erfolgt mit dem Ziel, unter Beachtung der Risikotragfähigkeit einen angemessenen Ertrag

zu erwirtschaften. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich beziehungsweise ad hoc bei gravierenden Änderungen der Rahmenbedingungen überprüft und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst.

## Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft

Die LBS betreibt als Geschäftsschwerpunkt die private Baufinanzierung als standardisiertes Kundengeschäft. Der Gesamtkreditbestand einschließlich Handelsgeschäften und unwiderruflicher Kreditzusagen beträgt 5.728,7 Mio. €. Davon entfallen mit 169,5 Mio. € Bauspardarlehen und 726,4 Mio. € außerkollektiven Krediten insgesamt 895,9 Mio. € mit einem Anteil von 15,8 % an der Bilanzsumme (5.683,7 Mio. €) auf das traditionelle Kreditgeschäft. 91,7 % der Baudarlehen wurden an unselbstständige Privatpersonen vergeben. 63,7 % der Baudarlehen sind durch Grundpfandrechte gesichert.

Im risikorelevanten Kreditgeschäft erfolgt eine Kreditentscheidung durch die Spezialkreditbearbeitung (Marktfolge). In diesen Fällen nimmt die LBS die prozessabhängige Erleichterungsregel nach BTO 1.1 TZ 4 der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) bei Drittinitiierung in Anspruch und verzichtet auf das Markt votum. Die Risikoklassifizierung der Kredite des Mengengeschäfts erfolgt mittels LBS-Kunden-Scoring auf Kun-

denebene. Im Rahmen der Risikosteuerung werden Analysen des Adressenausfallrisikos anhand fester und/oder dynamischer Auswertungen des Datenbestands der LBS vorgenommen. Die Bewilligung und Verwaltung von Krediten der LBS durch die hessischen und thüringischen Sparkassen sowie durch die Sparkasse Worms-Alzey-Ried im Rahmen der „Finanzierung aus einer Hand“ erfolgt im Treuhandweg auf der Basis der geschlossenen Verträge und ergänzenden Richtlinien unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben.

Der Bestand an Einzelwertberichtigungen für Baudarlehen verringerte sich um 0,6 Mio. € auf 4,1 Mio. €. Die Ausfallquote ist die Summe aus Direktabschreibungen und Verbrauch von Risikovor-sorgen im Verhältnis zum Kreditvolumen und belief sich auf 0,05 %. Die größte 2017 neu vorgenommene Einzelwertberichtigung für ein Engagement betrug 49,0 Tsd. €. Ausfälle im Rahmen von Handelsgeschäften waren nicht zu verzeichnen.

## Emittentenrisiko

Der Anteil der Handelsgeschäfte im Sinne der MaRisk an der Bilanzsumme zum 31. Dezember 2017 beträgt nominal 4.528 Mio. € (79,7%). Davon sind 97,5% in Tages- und Termingeldern mit Ursprungslaufzeiten von bis zu 15 Jahren bei der Helaba angelegt.

Die Geldanlagepolitik der LBS ist streng konservativ. Zur Vermeidung von Risiken aus dem Adressenausfall von Emittenten beschränkt sich deren Auswahl bei Schuldscheindarlehen und Namenspapieren derzeit ausschließlich auf Landesbanken, Förderinstitute und deutsche Bundesländer.

## Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiken beschränken sich für die LBS speziell auf Risiken aus der Veränderung von Lage und Struktur der Zinskurve (Zinsänderungsrisiko). Aktienkursrisiken werden nicht eingegangen. Währungskursrisiken dürfen nach dem BauSparkG nicht eingegangen werden.

Das Zinsänderungsrisiko bezieht sich auf das handelsrechtliche (GuV-bezogene) und betriebswirtschaftliche (barwertige) Risiko, das aufgrund von Zinsveränderungen auftreten kann.

## Zinsänderungsrisiko

Veränderungen der Marktzinsen wirken sich durch verändertes Verhalten des Bausparkkollektivs, im Wiederanlagerisiko aus fälligen Geldanlagen und auf den Wert von Aktiv-/Passivvorläufen aus. Das Zinsänderungsrisiko aus dem Verhalten des Bausparkkollektivs beschreibt die Gefahr, dass sich das Bausparkkollektiv aufgrund von Marktzinsänderungen anders als prognostiziert verhält. Damit wird der geplante Zinsüberschuss beeinflusst. Im Anschluss an die Bewertungsstichtage der LBS (Quartalsenden) wird regelmäßig eine Kollektivprognose erstellt. Hierbei beträgt der Prognosezeitraum bis zu fünf Jahre. Um veränderte Tendenzen im Verhalten der Bausparer frühzeitig zu erkennen, werden jeweils die Vorquartalsprognosen mit den Ist-Daten verglichen und Abweichungen analysiert.

verschiedener Zinsszenarien betriebswirtschaftliche Mark-to-Market-Bewertungen (Aktiv- und Passivvorlauf) vorgenommen sowie die Cost of Carrys (Passivvorlauf) und die nicht erzielten Erträge aus Fristentransformation (Aktivvorlauf), die beide direkt den Zinsüberschuss beeinflussen, ausgewiesen. Die strategische Positionsnahme aus Vorläufen wird nicht nach Volumen oder Risiko limitiert, weil die Ergebnisse bereits im Zinsüberschuss impliziert sind.

Das Zinsänderungsrisiko aus Aktiv-/Passivvorläufen bezieht sich auf das handelsrechtliche und betriebswirtschaftliche Risiko, das aufgrund von Zinsveränderungen bei einem bewusst eingegangenen Aktiv- oder Passivvorlauf auftreten kann. Für diese strategischen Positionsnahmen werden für die einzelnen Positionen auf Basis der aktuellen Kapitalmarktzinsen wie auch auf Basis

Das Wiederanlagerisiko resultiert aus der Fälligkeit von Geldanlagen. Werden die Anlagen fällig, kann die frei werdende Liquidität in Abhängigkeit von der Entwicklung des Zinsniveaus am Kapitalmarkt unter Umständen nur zu einem geringeren Zinssatz wiederangelegt werden.

Die Steuerung des Risikos, dass bei einem niedrigen Zinsniveau viel Liquidität und bei einem hohen Zinsniveau wenig freie Gelder zur Anlage zur Verfügung stehen, erfolgt über die jährliche Festlegung der Anlagestrategie.

## Abschreibungsrisiko

Das Abschreibungsrisiko umfasst das Risiko, aufgrund eines Zinsanstiegs und der daraus resultierenden Kursverluste handelsrechtliche Niederstwertabschreibung auf den eigenen festverzinslichen Wertpapierbestand zum Jahresende vornehmen zu müssen. Modellgestützt werden Simulationen des voraussicht-

lichen Abschreibungsbedarfs unter Berücksichtigung des aktuellen Zinsniveaus und verschiedener Zinsszenarien vorgenommen. Zum 31. Dezember 2017 sind keine festverzinslichen Wertpapiere im Bestand.

## Zinsänderungsrisiko (betriebswirtschaftlich)

Das betriebswirtschaftliche Zinsänderungsrisiko beschreibt das Risiko einer negativen Wertentwicklung, das bei sich verändernden Kapitalmarktzinsen aufgrund von Fristeninkongruenzen zwischen der Aktiv- und Passivseite eintritt.

Zur Erfassung, Bewertung und Steuerung des Risikos werden sämtliche Zinsbuch-Cashflows ermittelt und diskontiert. Die Barwertermittlung bei Ad-hoc-Parallelverschiebungen des Zinsniveaus erfolgt mit den seitens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vorgegebenen Parametern. Das

zinnsensitive Kundenverhalten findet durch entsprechende Cashflow-Darstellung der kollektiven Geldabflüsse (Guthabenauszahlung nach Kündigung, Guthabenauszahlung nach Zuteilung, Auszahlung Bauspardarlehen) und kollektiven Geldzuflüsse (Eingang Spargeld, Eingang Tilgung) Berücksichtigung im Zinsbuch.

Das Zinsänderungsrisiko ist zum 31. Dezember 2017 aktivisch, wobei der Zinsrisikokoeffizient (Verhältnis von Ad-hoc-Zinsänderungsrisiko zu Eigenmitteln) 15,3 beträgt.

## Operationelle Risiken

Operationelle Risiken resultieren insbesondere aus bankalltäglichen betrieblichen Aktivitäten und sind somit inhärenter Bestandteil des geschäftlichen Handelns. Im Sinne regulatorischer Vorgaben definiert die LBS das operationelle Risiko als „das Risiko von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden“. Diese Definition beinhaltet auch IT- und Rechtsrisiken, nicht aber eventuelle strategische Risiken.

Grundlage für die systematische Klassifizierung von operationellen Risiken ist das Helaba-Risikomodell, das zwischen den vier Risikoklassen interne Verfahren, Menschen, Systeme sowie externe Ereignisse differenziert.

Basierend auf den Anforderungen der Bankenaufsicht verfolgt die LBS einen integrierten Gesamtansatz für das Management von operationellen Risiken mit dem Ziel, diese auf Basis von Risikoszenarien und Schadensfällen zu messen und zu steuern.

## Liquiditätsrisiko

Die kurz- und langfristige Liquiditätsplanung bildet die Grundlage zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie zur Vermeidung unerwarteter Verluste aus dem Fehlen und notwendigen Beschaffen von Geldmitteln zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen.

Als kurzfristiges Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass die LBS aufgrund fehlender liquider Mittel den Zahlungsverpflichtungen (Kreditauszahlungsverpflichtung, Zinszahlungen, Tilgung von Refinanzierungsmitteln) gar nicht oder nicht vollständig nachkommen kann oder die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer nicht erfüllt wird.

Risikoerkennung, -bewertung und -steuerung erfolgen modellgestützt im Rahmen einer kurzfristigen Liquiditätsprognose, die auf die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung mindestens der nächsten neun bis zwölf Monate abstellt. Dabei werden sämtliche definitiv bekannten Liquiditätszuflüsse und -abflüsse (unter anderem Fälligkeiten, Zinszahlungen, Geldanlagen/-aufnahmen) sowie auf Erfahrungswerten basierende Liquiditätsgrößen (unter anderem Spargeldzugang/-abgang, Kreditauszahlungen) betrachtet.

Die langfristige Liquiditätsvorausschau (Refinanzierungsrisiko) erfasst ergänzend alle Geldeingänge und -ausgänge über einen Zeithorizont bis zehn Jahre. Sie berücksichtigt die Liquiditätszuflüsse und -abflüsse aus dem Bausparkollektiv, aus Tages- und Termingeldanlagen, Refinanzierungsaufnahmen und -rückzahlungen einschließlich der zuzuordnenden Zinserträge und -aufwendungen sowie betriebsbedingte Zahlungen. Das Refinanzierungsrisiko wird in Szenarien ermittelt, für die aus Liquiditätssicht Mindestüberlebensperioden ermittelt werden.

Das Refinanzierungsrisiko beinhaltet die Verschlechterung der eigenen Refinanzierungsbedingungen im Sinne einer ausreichenden und kostengünstigen Refinanzierungsbasis.

Als Bausparkasse refinanziert sich die LBS insbesondere über die kollektiven Bauspareinlagen und über die Helaba.

Das Liquiditätsrisiko reduziert sich in diesem Sinne letztendlich auf ein Bonitätsrisiko. Werden Risiken (Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle und sonstige Risiken) schlagend, wirkt sich dies nachteilig auf die Bonität und damit auf den Zugang zum Kapitalmarkt aus. Das Management der anderen Risiken beeinflusst damit gleichzeitig das Liquiditätsrisiko.

Das Marktliquiditätsrisiko birgt die Gefahr einer unzureichenden Marktliquidität, das heißt, dass Positionen aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder wegen Marktstörungen nicht zu fairen oder nahezu fairen Preisen liquidiert werden können. Die LBS wählt bei einer Anlage in festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen den Emit-

enten sowie das Produkt unter anderem mit Blick auf die Functibilität des Assets aus, wobei eine Investition generell mit der Absicht erfolgt, sie nicht vorzeitig zu liquidieren. Das Marktliquiditätsrisiko fließt in die Liquiditätsprognosen ein und wird bei der Messung des strukturellen Liquiditätsrisikos berücksichtigt.

## Geschäftsrisiko

Die LBS stuft das Geschäftsrisiko als nicht wesentlich ein, da sie die beiden darunter subsumierten wesentlichen Einzelrisiken – Kollektiv- und Marktabsatzrisiko – im als wesentlich eingestuften Marktpreisrisiko abbildet.

Das Kollektivrisiko ist das Risiko, dass sich das Bausparkollektiv in Abhängigkeit von den Veränderungen des Risikoparameters Marktzins anders als prognostiziert verhält. Das Marktabsatzrisiko beinhaltet die Attraktivität des Bausparprodukts, die in Abhängigkeit von der Veränderung des Risikoparameters Marktzins zu einem Neugeschäftseinbruch führen kann.

## Reputationsrisiko

Die LBS stuft auch das Reputationsrisiko als nicht wesentlich ein, da sich die materiellen Auswirkungen (Kündigungen bestehender Verträge und insbesondere Neugeschäftseinbruch) im We-

sentlichen als Geschäftsrisiko ebenfalls direkt im Kollektiv- und Marktabsatzrisiko in der als wesentlich definierten Risikoart Marktpreisrisiken niederschlagen.

## Risikotragfähigkeit

Ziel der Risikotragfähigkeitsrechnung ist, dass die Risikodeckungspotenziale der LBS ihre wesentlichen Risiken laufend abdecken und damit die nachhaltige und dauerhafte Unternehmensfortführung gesichert ist. Zum Nachweis werden mögliche Risikopotenziale und verfügbare Risikodeckungspotenziale quantifiziert und gegenübergestellt.

Zur Beurteilung ihrer Risikotragfähigkeit unterscheidet die LBS zwischen einer periodischen (bilanziellen) Stichtags- und einer rollierenden 12-Monats-Sicht.

Das Risikodeckungspotenzial bestimmt sich auf Basis erwarteter Ergebnis- und bilanzieller Eigenkapitalgrößen. Die Komponenten des Risikodeckungspotenzials werden entsprechend ihrer Verfügbarkeit, ihrem Vorsorgecharakter und regulatorischen Mindestanforderungen priorisiert.

Um die Risikotragfähigkeitsrechnung auf Stabilität zu prüfen, führt die LBS gezielte Berechnungen in einem Fortführungs- und einem Liquidationsansatz durch und betrachtet hierbei jeweils ein Basis- und zwei Stress-Szenarien. Die Stresstests werden auf historischer Sicht des einzelnen Risikos und auf hypothetischer Sicht risikoartenübergreifend auf Institutsebene durchgeführt. Die Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit werden dargestellt und analysiert. Die Ergebnisse werden in der Risikoberichterstat-

tung mit ihren potenziellen Auswirkungen auf die Risikosituation und das Risikodeckungspotenzial aufgezeigt.

Die Risikoberechnung in den Szenarien erfolgt für alle Risikoarten separat. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn das Risikopotenzial durch das Risikodeckungspotenzial jederzeit unter Berücksichtigung der regulatorisch benötigten Eigenmittel abgedeckt ist.

Für die operative Steuerung der Risikotragfähigkeit und die damit verbundene dauerhafte Sicherung der Unternehmensfortführung wird ausgehend vom ermittelten Risikodeckungspotenzial der Anteil festgelegt, der zur Absorption von Risiken eingesetzt werden soll. Dieser festgelegte Anteil am Risikodeckungspotenzial, die Risikodeckungsmasse, entspricht dem Gesamtrisikolimit der LBS, das auf die einzelnen Risikoarten alloziert wird.

Die Entscheidung zur Festlegung des Anteils am Risikodeckungspotenzial kann dabei direkt auf die Kennzahlen des Risikomonitorings im Rahmen des Haftungsverbands der LBS-Gruppe und damit auf die dort definierten einzelnen Ampelstufen wirken. Im Umkehrschluss sind die im Rahmen des Risikomonitorings festgelegten Ziele auch im Entscheidungsprozess zur Festlegung des Anteils am Risikodeckungspotenzial von Bedeutung.

Die Risikoquantifizierung zu den Quartalsstichtagen ergab, dass auch im Maximal-Belastungsfall (hypothetisches Stress-Szenario) das Risikopotenzial das zur Verfügung stehende Risiko-deckungspotenzial zu weniger als 50 % auslastet.

## Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Zur Sicherstellung der langfristigen Erfüllbarkeit der abgeschlossenen Bausparverträge erstellt die LBS vierteljährlich eine Kollektivprognose (Quartalsprognose) sowie jährlich eine laufende Kollektivüberwachung (LKÜ). Die LKÜ und der zugehörige kollektive Lagebericht werden der BaFin übermittelt und enthalten eine Beschreibung der Ausgangslage, Szenarien mit Ergebnisdarstellung und deren Analyse sowie eine Gesamtbewertung.

Gemäß dem kollektiven Lagebericht 2016 ist die Verfügbarkeit ausreichender Mittel für die Zuteilung der Bausparverträge dauerhaft sichergestellt.

Das Gesamtinstitutslimit in der Risikotragfähigkeitsrechnung war im abgelaufenen Jahr (Quartalsbasis) eingehalten.

### Auslastung Gesamtinstitutslimit

Stichtag	Fortführungsansatz Stichtagssicht 31.12.2017	Fortführungsansatz Rollierende 12-Monats-Sicht
31.03.2017	33 %	45 %
30.06.2017	32 %	46 %
30.09.2017	28 %	48 %
31.12.2017	46 %	46 %

Die Kennzahl nach LiqV lag per 31. Dezember 2017 bei 1,42. Die Gesamtkapitalquote gemäß CRR betrug 54,51 % (nach delegierter Verordnung seit dem 30. September 2016). Das zur Risikoabdeckung vorhandene Eigenkapital war jederzeit ausreichend.

## Ausblick auf das Jahr 2018

Ähnlich wie 2017 geht die LBS davon aus, dass die anhaltend gute Lage auf dem Arbeitsmarkt mit positiven Perspektiven für Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit sowie moderate Einkommenszuwächse günstige Rahmenbedingungen für eine Ausweitung der Wohnungsbauinvestitionen bilden.

Aufgrund des geldpolitischen Kurses der EZB rechnet die LBS noch nicht mit einem Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik und einem Anstieg der Leitzinsen in 2018. Das damit verbundene anhaltende Niedrigzinsniveau bei gleichzeitiger Wohnungsknappheit in Wirtschaftszentren und deren Umland wird dazu führen, dass die Nachfrage nach Wohnraum unverändert hoch bleibt. Angesichts des gleichzeitig andauernden Trends steigender Immobilienpreise sind bezahlbare Lösungen mit entsprechenden Finanzierungsangeboten gefragt. Die Bausparverträge bieten hierbei eine zinssichere und kalkulierbare Grundlage für die Durchführung eines Bauvorhabens beziehungsweise für die Anschlussfinanzierung und werden abgeschlossen, um das nied-

rige Zinsniveau langfristig zu sichern. Deshalb ist Bausparen für einen großen Teil der Bevölkerung, der die beste Altersvorsorge in der entschuldeten Immobilie sieht, weiterhin attraktiv.

Die demografisch und wanderungsbedingt abnehmenden Beschäftigungszuwächse, insbesondere in einigen Regionen Thüringens, können andererseits den bereits jetzt in einigen Branchen spürbaren Fachkräftemangel verstärken, mit negativen Auswirkungen auf den Wohnungsbestand.

Der altersgerechte Umbau aufgrund der demografischen Entwicklung lässt in den nächsten Jahren zusätzliches Wachstumspotenzial erwarten. Die vergleichsweise niedrige Eigentumsquote in Deutschland, die staatliche Sparförderung (Arbeitnehmersparzulage und Wohnungsbauprämie) und die Einbeziehung des selbstgenutzten Wohneigentums in die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge („Wohn-Riester“) eröffnen aufgrund des vorhandenen Interesses zusätzlich ein

hohes Potenzial für das Bausparen. Die Nachfrage nach Finanzierungen wird auch durch die Klimaschutzinteressen sowie die zu erwartenden energetisch erforderlichen Modernisierungsinvestitionen aufgrund des alternden Wohnbestands belebt.

Andererseits besteht unverändert das Risiko, dass die Verbraucher das Eigentum statt mit Bausparverträgen auf anderem Wege günstig finanzieren und die Darlehen der Altтарifgenerationen nicht abgerufen werden. Zusätzlich zum niedrigen Kapitalmarktzinsniveau können sich die steigenden regulatorischen Neuerungen und Auflagen und der damit verbundene Aufwand für die Digitalisierung von Prozessen belastend auswirken.

Den bevorstehenden Herausforderungen wird die LBS auch weiterhin mit einem stringenten Kostenmanagement, ergebnisstabilisierenden Kollektivmaßnahmen sowie einer hohen Effizienz begegnen. Das Reorganisationsprojekt LBS-EVOLution, die getätigte Investition in eine gemeinsame IT (Bausparkassensystem „OSPlus-LBS“) sowie Investitionen in die Internetfiliale der Sparkassen lassen mittelfristig eine Ergebnisverbesserung sowie eine höhere Produktivität erwarten. Mit bedarfsgerechten Bausparprodukten und vertriebsstrategischen Maßnahmen wird die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Sparkassen weiter intensiviert sowie der LBS-Außendienst in potenzialstarken Regionen stärker positioniert.

Mit der Verabschiedung der Novelle des Bausparkassengesetzes zu flexibleren Verwendungsmöglichkeiten des Fonds zur baupartechnischen Absicherung und zu erweiterten Handlungsmöglichkeiten im Wohnungsbaufinanzierungsgeschäft kann die LBS auf die veränderten Rahmenbedingungen besser reagieren.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2018

#### Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker	Groß	Dr. Hosemann
Kemler	Mulfinger	Dr. Schraad

Für das Geschäftsjahr 2018 erwartet die LBS ein Bruttoneugeschäft auf Vorjahresniveau. Verbunden mit der weiteren Absenkung der durchschnittlichen Bauspareinlagenverzinsung und der erfolgten Absenkung des Zinsaufwands aus Refinanzierungsmitteln und in Abhängigkeit von den fortgeführten dispositiven Ertragsmaßnahmen geht die LBS in einem Umfeld einer weitergeführten Nullzinspolitik durch die EZB von einem Zinsüberschuss zwischen 60 und 70 Mio. € aus. Die Prognose der Zahlen basiert auf der Kollektivsimulation, die in der Regel einen Zeitraum von 20 Jahren umfasst. Die Ausgangsbasis für die Kollektivsimulation bildet der vollständige Vertragsbestand; die Änderungen des Verhaltens der Bausparer werden dabei im Zeitablauf berücksichtigt. Zur Prognose der zukünftigen Zinsentwicklung werden die Forward-Zinssätze verwendet, die sich aus der zum Stichtag der Prognoseerstellung gültigen Zinsstruktur ableiten. Die LBS erwartet für das Geschäftsjahr 2018 durch die geplanten Neuanlagen ein aktives Zinsänderungsrisiko. Für die LCR wird von einem Wert über 120 % (Mindestanforderung 100 %) ausgegangen.

Im Vergleich zum Vorjahr geht die LBS von einem um bis zu 1 Mio. € rückläufigen Provisionsergebnis aus. Im Verwaltungsaufwand rechnet die LBS mit einer Steigerung um 5 % aus den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen inklusive Zinsaufwand. Die Cost-Income-Ratio wird damit auf ein Niveau zwischen 85 und 90 % zurückgehen.

Zusammengefasst erwartet die LBS für 2018 ein Vorsteuerergebnis zwischen 5 und 8 Mio. €.



# **Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen**

# Jahresbilanz der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen,

zum 31. Dezember 2017

– in der Bilanz der Gesamtbank enthalten –

Aktivseite

in Tsd. €

			2017	2016
<b>Barreserve</b>				
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		6		
Darunter: bei der Deutschen Bundesbank	6			(0)
			6	0
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) Bauspardarlehen		0		0
b) Andere Forderungen		4.782.029		4.469.037
Darunter: täglich fällig	324.348			(197.921)
			4.782.029	4.469.037
<b>Forderungen an Kunden</b>				
a) Baudarlehen				
aa) Aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)		162.911		196.622
ab) Zur Vor- und Zwischenfinanzierung		701.849		651.221
ac) Sonstige		4.246		4.274
Darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	552.301			(540.201)
			869.006	852.117
b) Andere Forderungen			21.678	22.240
			890.684	874.357
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) Von öffentlichen Emittenten			0	55.476
Darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0			(55.476)
<b>Immaterielle Anlagewerte</b>				
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			8.671	9.653
			8.671	9.653
<b>Sachanlagen</b>			252	269
<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>			1.890	1.433
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>			118	531
<b>Summe der Aktiva</b>			5.683.650	5.410.756

Passivseite

in Tsd. €

			2017	2016
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>				
a) Bauspareinlagen			36.465	35.511
Darunter: auf zugeteilte Verträge	37			(5.384)
b) Andere Verbindlichkeiten			624.942	541.428
Darunter: täglich fällig	9.812			(9.681)
			<b>661.407</b>	576.939
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>				
a) Einlagen aus dem Bauspargeschäft				
aa) Bauspareinlagen		4.655.685		4.456.077
Darunter:				
Auf gekündigte Verträge	35.154			(43.458)
Auf zugeteilte Verträge	83.615			(85.086)
			4.655.685	4.456.077
b) Andere Verbindlichkeiten				
ba) Täglich fällig		5.014		6.446
			5.014	6.446
			<b>4.660.699</b>	4.462.522
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>				
			<b>7.208</b>	7.407
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
			<b>1.658</b>	1.937
<b>Rückstellungen</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			106.500	105.827
c) Andere Rückstellungen			16.729	10.665
			<b>123.229</b>	116.492
<b>Fonds zur baupartechnischen Absicherung</b>				
			<b>11.200</b>	11.200
<b>Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>				
			<b>25.000</b>	25.000
<b>Eigenkapital</b>				
c) Gewinnrücklagen			193.249	207.900
d) Bilanzgewinn			0	1.359
			<b>193.249</b>	209.259
<b>Summe der Passiva</b>				
			<b>5.683.650</b>	<b>5.410.756</b>
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>				
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			13	0
<b>Andere Verpflichtungen</b>				
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			26.665	30.201

# Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbausparkasse Hessen- Thüringen,

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017  
– in der GuV der Gesamtbank enthalten –

in Tsd. €

			2017	2016
<b>Zinserträge aus</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften				
aa) Bauspardarlehen	6.789			8.616
ab) Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	17.874			18.044
ac) Sonstigen Baudarlehen	77			94
ad) Sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäften	99.164			112.851
		123.904		139.605
b) Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		21		124
			123.925	139.729
<b>Zinsaufwendungen</b>				
a) Für Bauspareinlagen		76.985		76.802
b) Andere Zinsaufwendungen		4.815		20.702
			81.800	97.504
			<b>42.125</b>	42.225
<b>Provisionserträge</b>				
a) Aus Vertragsabschluss und -vermittlung		19.756		20.752
b) Aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung		56		139
c) Aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		9		6
d) Andere Provisionserträge		6.515		6.690
			26.336	27.587
<b>Provisionsaufwendungen</b>				
a) Provisionen für Vertragsabschluss und -vermittlung		27.889		29.251
b) Andere Provisionsaufwendungen		4.309		4.677
			32.198	33.928
			<b>-5.862</b>	-6.341
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>			<b>5.142</b>	16.965
Übertrag:			<b>41.405</b>	52.849

in Tsd. €

				2017	2016
Übertrag:				41.405	52.849
<b>Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		17.256			18.351
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		3.610			3.459
Darunter: für Altersversorgung	803		20.866		21.810
b) Andere Verwaltungsaufwendungen			16.871		17.739
				<b>37.737</b>	<b>39.549</b>
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>				<b>1.030</b>	<b>218</b>
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>				<b>16.157</b>	<b>5.780</b>
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>				<b>1.132</b>	<b>3.915</b>
<b>Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>				<b>-14.651</b>	<b>3.387</b>
Außerordentliche Erträge			0		0
Außerordentliche Aufwendungen			0		2.028
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>				<b>0</b>	<b>-2.028</b>
<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>				<b>-14.651</b>	<b>1.359</b>
Entnahmen aus Gewinnrücklagen				14.651	0
<b>Bilanzgewinn</b>				<b>0</b>	<b>1.359</b>

# Anhang der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen,

## zum 31. Dezember 2017

### Allgemeine Angaben, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist eine rechtlich unselbstständige Einrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt (Helaba), eingetragen in den Handelsregistern Frankfurt am Main, HRA 29821, und Jena, HRA 102181, und ist verpflichtet, nach § 18 Abs. 3 BauSparkG einen gesonderten Jahresabschluss zu erstellen, der im Jahresabschluss der Helaba enthalten ist. Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach dem Handelsgesetzbuch sowie den ergänzenden Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (Rech-KredV) aufgestellt unter Beachtung aller zulässigen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurden um die für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten ergänzt.

Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt worden. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit den ihrer Restlaufzeit entsprechenden von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst worden.

Ein als hochliquides Aktivum dienendes, darlehensweise überlassenes Wertpapier im Nennwert von 55 Mio. € (Wertpapierleihe in unbesicherter Form) wird nicht bilanziert.

Die immateriellen Anlagewerte und das Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, ausgewiesen. Erbrachte Eigenleistungen für die Erstellung eines immateriellen Vermögens-

gegenstands wurden aktiviert. Planmäßige Abschreibungen werden auf die wirtschaftliche Nutzungsdauer verteilt vorgenommen. Die LBS macht von dem Wahlrecht nach § 6 Abs. 2a Satz 1 EStG Gebrauch und aktiviert die Wirtschaftsgüter über 410 € und unter 1.000 €. Sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert.

Die von Ausfallrisiken betroffenen Forderungen an Kunden und die in den sonstigen Vermögensgegenständen enthaltenen Forderungen an den Außendienst sind durch Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe berücksichtigt. Die LBS wendet dabei das Bilanzierungsvorgehen und die Berechnungsmethode der Portfoliowertberichtigung nach IFRS an. Für die besonderen Risiken von Kreditinstituten bestehen Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB. Alle Wertberichtigungen und Vorsorgereserven sind aktivisch abgesetzt.

Für Einnahmen beziehungsweise Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die Erträge beziehungsweise Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, hat die LBS Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

Die Pensionsverpflichtungen werden zum Bilanzstichtag durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt werden.

Die angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

31.12.2017

Zinssatz	3,68 %
Gehaltstrend	2,00 %
Rententrend	1,60 % – 2,00 %
Fluktuationsrate	3,00 %

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte (Wertpapiere), die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen (Deckungsvermögen). Sie werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Rücknahmepreis) bewertet und mit den korrespondierenden Pensionsverpflichtungen verrechnet. Sofern der beizulegende Zeitwert dieser Vermögensgegenstände den Wertansatz der Rückstellungen übersteigt, ist dieser Betrag auf der Aktivseite als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung auszuweisen.

Aufgrund der Anwendung des § 253 Abs. 6 HGB n.F. beträgt der Unterschiedsbetrag der bilanzierten Pensionsverpflichtungen, der sich aus der Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz für zehn statt sieben Geschäftsjahre ergibt, zum 31. Dezember 2017 13,8 Mio. €.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Vorsorgeaufwand und den Zinsaufwand. Der Vorsorgeaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwerterhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, der sich aus dem Näherrücken des Erfüllungszeitpunkts und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Zinsaufwand wird mit den Aufwendungen und Erträgen aus dem Deckungsvermögen saldiert. Sowohl der Zinsaufwand als auch das Ergebnis aus dem Deckungsvermögen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Negative Zinsen auf finanzielle Vermögensgegenstände im sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäft werden im Zinsertrag ausgewiesen, da negative Zinsen den Ertrag aus den Geldanlagen reduzieren. Die LBS hat einen Betrag in Höhe von 158 Tsd. € (2016: 63 Tsd. €) gezahlt.

Des Weiteren mindern von der LBS gezahlte Vorfälligkeitsentschädigungen in Höhe von 6,4 Mio. € (2016: 0,0 Mio. €) für vorzeitig beendete Positionen aus diesen Geschäften die Zinserträge.

Negative Zinsen auf andere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden im Zinsaufwand ausgewiesen. Die LBS hat 123 Tsd. € (2016: 4 Tsd. €) erhalten.

Die noch nicht fälligen Forderungen aus Abschlussgebühren der LBS-Wohn-Riester-Verträge (Tarif Classic Riester, Varianten FR und SR) wurden laufzeitgerecht abgezinst. Der Barwert der Gebühren wird vollständig im Jahr des Vertragsabschlusses vereinbart. Zum 31. Dezember 2017 wurden noch nicht fällige Forderungen aus Riester-Abschlussgebühren in Höhe von 5,2 Mio. € (2016: 5,9 Mio. €) aktiviert.

Zur Sicherstellung der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs erfolgt mittels einer Berechnung auf Basis eines barwertigen Ansatzes eine Prüfung, ob eine Drohverlustrückstellung nach § 340a i.V.m. § 249 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB gebildet werden muss. Diese Berechnung ergab, dass eine Rückstellungsbildung nicht erforderlich ist.

Im Bewertungsergebnis sind Aufwände für Versicherungen gegen Kreditausfälle in Höhe von 0,5 Mio. € (2016: 0,5 Mio. €) enthalten.

## Angaben und Erläuterungen zur Bilanz und GuV

Gegenüber der Helaba bestehen Forderungen in Höhe von 4.674,5 Mio. € (2016: 4.320,3 Mio. €) und Verbindlichkeiten in Höhe von 615,1 Mio. € (2016: 531,7 Mio. €).

Gliederung nach Restlaufzeiten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
<b>Andere Forderungen an Kreditinstitute</b>		
Täglich fällig	324,3	197,9
Bis drei Monate	99,7	117,1
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	231,0	206,0
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.209,0	1.154,0
Mehr als fünf Jahre	2.918,0	2.794,0
<b>Forderungen an Kunden</b>		
Bis drei Monate	36,2	36,8
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	68,5	76,1
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	342,3	369,7
Mehr als fünf Jahre	443,6	391,7

In den Forderungen an Kunden sind keine Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Restlaufzeiten aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten wurden bis Zuteilung ermittelt.

Die Zins- und Tilgungsrückstände einschließlich Tilgungsersatzleistungen mit mehr als drei Monatsraten betragen bei Baudar-

lehen einschließlich der gekündigten Engagements 2,6 Mio. € (Vorjahr 3,0 Mio. €).

Die Deka-Fonds-Anteile aus der Entgeltumwandlung und zur Absicherung der Rückstellung für Altersteilzeit werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB als Deckungsvermögen mit den entsprechenden Rückstellungen verrechnet.

Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten (AK/HK) der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen haben sich im Geschäftsjahr 2017 (GJ) in Tsd. € wie folgt entwickelt:

	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen
	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	
AK/HK zu Beginn des GJ (gesamt)	9.974	3.366
Zugänge gesamter AK/HK (GJ)	0	34
Abgänge gesamter AK/HK (GJ)	0	65
Umbuchungen gesamter AK/HK (GJ)	0	0
AK/HK zum Ende des GJ (gesamt)	9.974	3.335
Abschreibungen zu Beginn des GJ (gesamt)	321	3.096
Abschreibungen (GJ)	982	48
Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit Abgängen (gesamt)	0	61
Abschreibungen am Ende des GJ (gesamt)	1.303	3.083
<b>Stand GJ (Buchwert)</b>	<b>8.671</b>	<b>252</b>
Stand 2016 (Buchwert)	9.653	270

In dem Posten Sonstige Vermögensgegenstände werden im Wesentlichen gezahlte Provisionsvorschüsse an und Provisionsrückforderungen gegen den Außendienst sowie an die Sicherungseinrichtung verpfändete Guthaben zur Einlagensicherung ausgewiesen.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten besteht im Wesentlichen aus bereits geleisteten Zinszahlungen für eine unwiderufliche Kreditzusage.

Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ohne Bauspareinlagen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Täglich fällig	9,8	9,7
Bis drei Monate	10,6	15,3
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	71,4	54,7
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	288,3	284,8
Mehr als fünf Jahre	244,8	176,9

Die aufgenommenen Fremdgelder in Höhe von 615,1 Mio. € (2016: 531,7 Mio. €) dienen ausschließlich der Refinanzierung des außerkollektiven Geschäfts.

Im Posten Passive Rechnungsabgrenzungsposten sind 1,6 Mio. € (2016: 1,8 Mio. €) Disagio aus Forderungen enthalten.

In dem Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen Provisionsverbindlichkeiten gegenüber dem Außendienst enthalten.

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Rückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände betragen 1,7 Mio. € (2016: 1,8 Mio. €), der beizulegende Zeitwert 2,2 Mio. € (2016: 2,2 Mio. €). Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beläuft sich auf 2,3 Mio. € (2016: 2,2 Mio. €). In der Gewinn-

und Verlustrechnung wurden Aufwendungen in Höhe von 173,4 Tsd. € (2016: 6,2 Tsd. €) mit Erträgen in Höhe von 122,0 Tsd. € (2016: 95,8 Tsd. €) aus diesen Vermögensgegenständen bzw. Schulden aus der Entgeltumwandlung verrechnet.

Den größten Anteil an den anderen Rückstellungen weist die Rückstellung für die Organisationsänderung im Rahmen des Umstrukturierungsprojekts LBS-EVOLution mit 7,2 Mio. € auf.

Als wesentliche Posten sind auch die Rückstellungen für die Bonifikation des Vertriebs und für die Abschlussvergütung in den anderen Rückstellungen enthalten.

Der versteuerte Fonds zur baupartechnischen Absicherung dient der langfristigen Sicherung des Kollektivs. Der Fonds ist unverändert mit 11,2 Mio. € dotiert.

Die rechtsverbindlichen Auszahlungsverpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Aus Zuteilungen	0,8	0,6
Zur Vor- und Zwischenfinanzierung	25,8	29,2
Aus sonstigen Baudarlehen	0,1	0,4
<b>Summe</b>	<b>26,7</b>	<b>30,2</b>

Aus diesen wird die LBS mit hoher Wahrscheinlichkeit nahezu vollständig in Anspruch genommen.

Die LBS ist verpflichtet, einem Bausparer aus einem Altersvorsorge-Bausparvertrag eine lebenslange monatliche Rente zu zahlen. Zur Sicherstellung dieses Anspruchs in Höhe von 13 Tsd. € hat die LBS bei der Provinzial NordWest Lebensversicherung AG einen Rentenversicherungsvertrag mit entsprechender Versicherungssumme abgeschlossen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten vor allem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 0,6 Mio. € (2016: 12,0 Mio. €) und die Erträge aus der Zeitschrift „Das Haus“ in Höhe von 0,4 Mio. € (2016: 0,4 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen im Wesentlichen aus dem Aufwand aus der Aufzinsung von Pensionsrück-

stellungen in Höhe von 8,7 Mio. € (2016: 2,9 Mio. €) und zur Bildung einer Rückstellung zur Reorganisation in Höhe von 7,2 Mio. € (2016: 0,0 Mio. €) sowie aus Ausgleichszahlungen an den Außendienst in Höhe von 0,1 Mio. € (2016: 0,2 Mio. €).

Die im Wege der Umlage mit der Helaba verrechnete Steuererstattung in Höhe von 4,0 Mio. € (2016: 3,3 Mio. €) verbessert in voller Höhe das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Gemäß § 18 Abs. 2 und 3 Einlagensicherungsgesetz und auf Grundlage des Beschlusses der Sicherungseinrichtung der Landesbausparkassen hat die LBS 2017 erneut von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, 30 % der zu leistenden Finanzmittel in Form von Zahlungsverpflichtungen bereitzustellen. Hierdurch wurde der Sachaufwand um 0,6 Mio. € (2016: 0,5 Mio. €) entlastet.

## Sonstige Angaben

Für das Geschäftsjahr 2017 wurden für die Abschlussprüfung 233 Tsd. € (2016: 270 Tsd. €), für andere Bestätigungsleistungen 30 Tsd. € (2016: 0 Tsd. €) und für sonstige Leistungen 0 Tsd. € (2016: 6 Tsd. €), die sämtlich von Konzernunternehmen der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbracht wurden, berechnet. Steuerberatungsleistungen wurden wie im Vorjahr nicht erbracht.

Die Bezüge der Mitglieder der Organe der Helaba, welche auch für die LBS zuständig sind, wurden von der Bank gezahlt. Die Mitglieder der Organe sind im Anhang der Helaba aufgeführt. Baudarlehen an Mitglieder des Verwaltungsrats (Personen im

Sinne des § 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 RechKredV) bestehen in Höhe von 47 Tsd. € (2016: 32 Tsd. €).

Die Bezüge für die Mitglieder des LBS-Fachbeirats beliefen sich auf insgesamt 26 Tsd. € (2016: 25 Tsd. €).

Die LBS beschäftigte 2017 im Jahresdurchschnitt 253 Mitarbeiter, davon 149 weibliche und 104 männliche.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2018

### Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker	Groß	Dr. Hosemann
Kemler	Mulfinger	Dr. Schraad

# Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (Einrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale), Frankfurt am Main/Erfurt

## Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (Einrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale), Frankfurt am Main/Erfurt, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (Einrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften

## Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir

und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

## Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

1. Risikovorsorge im Kreditgeschäft
2. Restrukturierungsrückstellung im Kontext des Reorganisationsprojekts „LBS-EVOLution“

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

### 1. Risikovorsorge im Kreditgeschäft

1. Im Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen werden zum 31. Dezember 2017 unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ Kundenkreditforderungen in Höhe von 869,0 Mio. € ausgewiesen, die im Wesentlichen durch Immobilien in Deutschland besichert sind. Für das Kreditportfolio besteht zum 31. Dezember 2017 eine bilanzielle Risikovorsorge bestehend aus Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen. Die Bemessung der Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft wird insbesondere durch die Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, die Struktur und Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftliche Einflussfaktoren bestimmt. Die Höhe der Risikovorsorge bei Kundenkreditforderungen entspricht der Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits und dem Barwert des hieraus erwarteten künftigen Cashflows des Kredits. Erwartete Erlöse aus bestehenden Sicherheiten werden berücksichtigt. Die Wertberichtigungen im Kundenkreditgeschäft sind zum einen betragsmäßig für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft von hoher Bedeutung und zum anderen mit erheblichen Ermessenspielräumen der gesetzlichen Vertreter verbunden. Darüber hinaus haben die angewandten, mit Unsicherheiten behafteten Bewer-

ungsparameter einen bedeutsamen Einfluss auf die Bildung bzw. die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen. Vor diesem Hintergrund war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst die Angemessenheit der Ausgestaltung der Kontrollen im relevanten internen Kontrollsystem der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen beurteilt und die Funktionsfähigkeit der Kontrollen getestet. Dabei haben wir die Geschäftsorganisation, die IT-Systeme und die relevanten Bewertungsmodelle berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir die Bewertung der Kundenkreditforderungen, einschließlich der Angemessenheit geschätzter Werte, auf der Basis von Stichproben von Kreditengagements beurteilt. Dabei haben wir unter anderem die vorliegenden Unterlagen bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der Werthaltigkeit der entsprechenden Sicherheiten gewürdigt. Bei Objektsicherheiten, für die uns die Gesellschaft Wertgutachten vorgelegt hat, haben wir uns ein Verständnis über die zugrunde liegenden Ausgangsdaten, angewendeten Bewertungsparameter und getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie innerhalb einer vertretbaren Bandbreite liegen. Ferner haben wir zur Beurteilung der vorgenommenen Einzel- und Pauschalwertberichtigung die von der Gesellschaft angewandten Berechnungsmethoden sowie die zugrundeliegenden Annahmen und Parameter gewürdigt. Auf Basis der von uns durchgeführten Prüfungshandlungen konnten wir uns insgesamt von der Angemessenheit der bei der Überprüfung der Werthaltigkeit des Kreditportfolios von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen sowie der Angemessenheit und Wirksamkeit der implementierten Prozesse der Gesellschaft überzeugen.
  3. Die Angaben der Gesellschaft zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft sind im Anhang im Abschnitt „Allgemeine Angaben, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.
- ### 2. Restrukturierungsrückstellung im Kontext des Reorganisationsprojekts „LBS-EVOLution“
1. Der Vorstand der Landesbank Hessen-Thüringen hat im Geschäftsjahr 2017 beschlossen, im Rahmen des Reorganisationsprojekts „LBS-EVOLution“ eine umfassende Organisationsänderung der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen vorzunehmen. Im Zuge der Verkündung des Reorganisationsprojekts „LBS-EVOLution“ hat die Gesellschaft unter anderem angekündigt, die Anzahl der Mitarbeiter bis Ende 2021 zu vermindern und dadurch entsprechend Personalkosten reduzieren zu wollen. Weiterhin fallen im Rahmen der Reorganisation Aufwendungen für die Qualifizierung von Führungskräften, von Mitarbeitern für neue bzw. geän-

derte Aufgabenstellungen, für Outplacement-Beratung und für Workshops in Einheiten mit großen Aufgaben-/Mitarbeiterveränderungen an. Für ungewisse Verbindlichkeiten sind Rückstellungen nach § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB zu bilden. Hierfür muss eine Außenverpflichtung vorliegen, die im abgelaufenen Geschäftsjahr rechtlich oder wirtschaftlich verursacht wurde, und es muss ernsthaft mit einer Inanspruchnahme gerechnet werden. Sofern die notwendigen Ansatzkriterien erfüllt sind, ergibt sich die Pflicht zur Bildung einer Restrukturierungsrückstellung. Die Gesellschaft ist bei ihrer Beurteilung zu dem Ergebnis gelangt, dass die Ansatzkriterien zum 31. Dezember 2017 vorgelegen haben und hat dementsprechend eine Restrukturierungsrückstellung gebildet. Aus unserer Sicht war dieser Sachverhalt von besonderer Bedeutung für unsere Prüfung, da die Bilanzierung von Restrukturierungsrückstellungen in einem hohen Maß auf Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter beruht.

2. Mit der Kenntnis, dass bei geschätzten Werten ein erhöhtes Risiko falscher Angaben in der Rechnungslegung besteht und dass die Bilanzierungsentscheidungen der gesetzlichen Vertreter eine direkte und deutliche Auswirkung auf das Jahresergebnis haben, haben wir den Ansatz der Rückstellung

anhand der uns vorgelegten Auswertungen und vertraglichen Grundlagen beurteilt. Damit einhergehend haben wir das zugrunde liegende Mengengerüst für die Restrukturierung in Bezug auf die einzelnen Programmmaßnahmen auf den Ansatz einer Rückstellung hin gewürdigt. Dabei haben wir insbesondere das Vorliegen der notwendigen Ansatzkriterien beurteilt. Hierbei haben wir uns entsprechende Nachweise, wie Verträge, Sozialpläne und Kostenschätzungen, hinsichtlich des Ansatzes der Verpflichtungen durch die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft vorlegen lassen. Die von der Gesellschaft ermittelten möglichen Zahlungsabflüsse haben wir entsprechend nachvollzogen und gewürdigt. Gegenstand unserer Beurteilung war auch der Stand der Verhandlungen der gesetzlichen Vertreter mit den Arbeitnehmervertretern. Hierbei konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen für den Ansatz einer Restrukturierungsrückstellung hinreichend dokumentiert und begründet sind.

3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Rückstellungen sind im Anhang im Abschnitt „Angaben und Erläuterungen zur Bilanz und GuV“ enthalten.

## Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die von uns vor Datum dieses Bestätigungsvermerks erlangten und auf die Gesellschaft bezogenen Teile im Jahresfinanzbericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und

dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

## Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen,

die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur

Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild

von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

## Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fäl-

schungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus

diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen. Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Frankfurt am Main, den 27. Februar 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Flick                      ppa. Dr. Jürgen Kuhlmann  
Wirtschaftsprüfer                Wirtschaftsprüfer

# Beirat der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

im Geschäftsjahr 2017

## Vorsitzender

**Gerhard Grandke**  
Geschäftsführender Präsident des  
Sparkassen- und Giroverbands  
Hessen-Thüringen

## Mitglieder

**Wolfgang Asche**  
Vorsitzender des Vorstands der  
Kreissparkasse Nordhausen

**Michael Baumann**  
Mitglied des Vorstands der  
Nassauischen Sparkasse, Wiesbaden

**Stephan Bruhn**  
Stv. Vorsitzender des Vorstands der  
Frankfurter Sparkasse

**Erhard Bückemeier**  
Vorsitzender des Vorstands der  
Sparkasse Jena-Saale-Holzland, Jena

**Thomas Fügmann**  
Landrat des  
Saale-Orla-Kreises

**Manfred Görig**  
Landrat des  
Vogelsbergkreises

## Stv. Vorsitzender

**Bernd Woide**  
Landrat des Kreises Fulda

**Sven Hauschild**  
Mitglied des Vorstands der  
Sparkasse Arnstadt-Ilmenau, Ilmenau

**Gerhard Heß**  
Mitglied des Vorstands der  
Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg, Bad Hersfeld

**Stephan Hofmann**  
Mitglied des Vorstands der  
Sparkasse Wetzlar

**Jochen Johannink**  
Stv. Vorsitzender des Vorstands der  
Kasseler Sparkasse

**Marc Semmel**  
Mitglied des Vorstands der  
Sparkasse Werra-Meißner, Eschwege

**Manfred Vögtlin**  
Stv. Vorsitzender des Vorstands der  
Sparkasse Bensheim

# Statistische Angaben zum Bauspargeschäft

## Bewegung der Zuteilungsmasse im Jahr 2017

### A. Zuführungen

in Tsd. €

I. Vortrag aus dem Vorjahr (Überschuss): noch nicht ausgezahlte Beträge	4.301.357
II. Zuführungen im Geschäftsjahr	
1. Sparbeträge (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)	714.818
2. Tilgungsbeträge <sup>1)</sup> (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)	76.106
3. Zinsen auf Bauspareinlagen	78.951
4. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung	0
5. Sonstige	
a) Fremdgeld und eigene Mittel	0
<b>Insgesamt</b>	<b>5.171.232</b>

### B. Entnahmen

in Tsd. €

I. Entnahmen im Geschäftsjahr	
1. Zugeteilte Summen, soweit ausgezahlt	
a) Bauspareinlagen	267.316
b) Baudarlehen	42.309
2. Rückzahlung von Bauspareinlagen auf noch nicht zugeteilte Bausparverträge	325.890
3. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung	0
4. Sonstige	
a) Fremdgeld und eigene Mittel	0
II. Überschuss der Zuführungen (noch nicht ausgezahlte Beträge) am Ende des Geschäftsjahres <sup>2)</sup>	4.535.717
<b>Insgesamt</b>	<b>5.171.232</b>

#### Anmerkungen:

<sup>1)</sup> Tilgungsbeträge sind auf die reine Tilgung entfallende Anteile der Tilgungsbeiträge.

<sup>2)</sup> In dem Überschuss der Zuführungen sind unter anderem enthalten:

a) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen auf zugeteilte Verträge in Tsd. €: 83.652

b) die noch nicht ausgezahlten Baudarlehen aus Zuteilungen in Tsd. €: 746

## Bestandsbewegung im Jahr 2017

Tarifgruppe I (Tarife A, B, C, D)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	1.913	56.423	256	7.387	2.169	63.810
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	0	0	–	–	0	0
2. Übertragung	6	597	0	0	6	597
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	36	1.395	–	–	36	1.395
4. Teilung	0	–	0	–	0	–
5. Zuteilung	–	–	61	1.924	61	1.924
6. Sonstiges	2	53	0	2	2	55
Insgesamt	44	2.045	61	1.926	105	3.971
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	61	1.924	–	–	61	1.924
2. Herabsetzung	–	55	–	0	–	55
3. Auflösung	216	7.278	29	777	245	8.055
4. Übertragung	6	597	0	0	6	597
5. Zusammenlegung	0	–	0	–	0	–
6. Vertragsablauf	–	–	72	1.812	72	1.812
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	36	1.395	36	1.395
8. Sonstiges	2	36	0	0	2	36
Insgesamt	285	9.890	137	3.984	422	13.874
D. Reiner Zugang/Abgang	–241	–7.845	–76	–2.058	–317	–9.903
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	1.672	48.578	180	5.329	1.852	53.907
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	42	845	2	41	44	886
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2017 (Geschäftsjahr)			–	–		–
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2017			–	–		–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			354			1.984
Über 10.000 bis 25.000 €			592			8.593
Über 25.000 bis 50.000 €			407			13.309
Über 50.000 bis 150.000 €			300			21.100
Über 150.000 bis 250.000 €			17			2.880
Über 250.000 bis 500.000 €			2			712
Über 500.000 €			–			–
Insgesamt			1.672			48.578

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 29.107 €

## Bestandsbewegung im Jahr 2017

Tarifgruppe II (Tarife Classic, Classic V, Vario 1, 2, 3)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	14.121	326.954	3.511	106.237	17.632	433.191
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	3	91	–	–	3	91
2. Übertragung	23	800	6	192	29	992
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	294	6.586	–	–	294	6.586
4. Teilung	10	–	1	–	11	–
5. Zuteilung	–	–	455	10.009	455	10.009
6. Sonstiges	30	764	3	49	33	813
Insgesamt	360	8.241	465	10.250	825	18.491
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	455	10.009	–	–	455	10.009
2. Herabsetzung	–	406	–	0	–	406
3. Auflösung	1.949	38.117	277	6.146	2.226	44.263
4. Übertragung	23	800	6	192	29	992
5. Zusammenlegung	0	–	0	–	0	–
6. Vertragsablauf	–	–	1.387	38.484	1.387	38.484
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	294	6.586	294	6.586
8. Sonstiges	30	768	2	27	32	795
Insgesamt	2.457	50.098	1.966	51.436	4.423	101.534
D. Reiner Zugang/Abgang	–2.097	–41.857	–1.501	–41.186	–3.598	–83.043
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	12.024	285.097	2.010	65.051	14.034	350.148
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	116	2.705	4	192	120	2.898
<b>II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen</b>						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2017 (Geschäftsjahr)			–	–		–
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2017			–	–		–
<b>III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands</b>						
Bis 10.000 €			1.792			11.573
Über 10.000 bis 25.000 €			6.168			92.054
Über 25.000 bis 50.000 €			2.728			88.091
Über 50.000 bis 150.000 €			1.309			87.378
Über 150.000 bis 250.000 €			22			3.872
Über 250.000 bis 500.000 €			4			1.617
Über 500.000 €			1			511
Insgesamt			12.024			285.097

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 24.950 €

## Bestandsbewegung im Jahr 2017

Tarifgruppe III (Tarife Classic S, L, Vario E, U, R)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	40.818	727.944	7.944	200.808	48.762	928.752
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	1	36	–	–	1	36
2. Übertragung	133	2.605	10	521	143	3.126
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	923	16.978	–	–	923	16.978
4. Teilung	13	–	1	–	14	–
5. Zuteilung	–	–	1.418	28.395	1.418	28.395
6. Sonstiges	44	1.071	8	201	52	1.272
Insgesamt	1.114	20.690	1.437	29.117	2.551	49.807
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	1.418	28.395	–	–	1.418	28.395
2. Herabsetzung	–	1.101	–	0	–	1.101
3. Auflösung	3.606	59.303	562	20.721	4.168	80.024
4. Übertragung	133	2.605	10	521	143	3.126
5. Zusammenlegung	0	–	0	–	0	–
6. Vertragsablauf	–	–	2.092	51.510	2.092	51.510
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	923	16.978	923	16.978
8. Sonstiges	45	1.053	6	110	51	1.163
Insgesamt	5.202	92.458	3.593	89.840	8.795	182.297
D. Reiner Zugang/Abgang	–4.088	–71.768	–2.156	–60.723	–6.244	–132.490
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	36.730	656.176	5.788	140.085	42.518	796.262
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	165	3.241	10	236	175	3.477
<b>II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen</b>						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2017 (Geschäftsjahr)			–	–		–
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2017			–	–		–
<b>III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands</b>						
Bis 10.000 €			11.996			98.380
Über 10.000 bis 25.000 €			19.263			308.654
Über 25.000 bis 50.000 €			3.991			135.905
Über 50.000 bis 150.000 €			1.439			102.829
Über 150.000 bis 250.000 €			32			5.976
Über 250.000 bis 500.000 €			8			2.898
Über 500.000 €			1			1.534
Insgesamt			36.730			656.176

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 18.728 €

## Bestandsbewegung im Jahr 2017

Tarifgruppe IV (Tarife Classic S1, L1, N1, F1, Vario E1, U1, R1)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	93.455	1.910.063	13.203	307.551	106.658	2.217.614
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	117	7.373	–	–	117	7.373
2. Übertragung	221	4.658	22	526	243	5.184
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	4.176	76.662	–	–	4.176	76.662
4. Teilung	38	–	2	–	40	–
5. Zuteilung	–	–	6.953	155.496	6.953	155.496
6. Sonstiges	182	11.205	30	666	212	11.871
Insgesamt	4.734	99.898	7.007	156.688	11.741	256.586
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	6.953	155.496	–	–	6.953	155.496
2. Herabsetzung	–	21.201	–	21	–	21.222
3. Auflösung	6.912	176.670	3.105	95.742	10.017	272.412
4. Übertragung	221	4.658	22	526	243	5.184
5. Zusammenlegung	0	–	0	–	0	–
6. Vertragsablauf	–	–	2.493	58.629	2.493	58.629
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	4.176	76.662	4.176	76.662
8. Sonstiges	226	13.558	26	565	252	14.123
Insgesamt	14.312	371.584	9.822	232.145	24.134	603.728
D. Reiner Zugang/Abgang	–9.578	–271.686	–2.815	–75.457	–12.393	–347.142
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	83.877	1.638.377	10.388	232.094	94.265	1.870.472
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	315	8.010	24	738	339	8.748
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2017 (Geschäftsjahr)			10			728
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2017			–			–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			36.329			311.557
Über 10.000 bis 25.000 €			34.657			613.663
Über 25.000 bis 50.000 €			9.357			380.814
Über 50.000 bis 150.000 €			3.276			274.740
Über 150.000 bis 250.000 €			208			39.169
Über 250.000 bis 500.000 €			47			15.524
Über 500.000 €			3			2.910
Insgesamt			83.877			1.638.377

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 19.843 €

## Bestandsbewegung im Jahr 2017

Tarifgruppe V (Tarife Classic2007 S, B, F, N, Classic Young)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	291.030	6.553.838	12.883	313.964	303.913	6.867.801
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	935	59.015	–	–	935	59.015
2. Übertragung	704	17.486	51	1.333	755	18.819
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	32.675	607.579	–	–	32.675	607.579
4. Teilung	64	–	1	–	65	–
5. Zuteilung	–	–	45.833	907.876	45.833	907.876
6. Sonstiges	701	47.199	40	816	741	48.015
Insgesamt	35.079	731.279	45.925	910.025	81.004	1.641.304
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	45.833	907.876	–	–	45.833	907.876
2. Herabsetzung	–	116.560	–	267	–	116.827
3. Auflösung	18.207	418.664	10.272	241.344	28.479	660.008
4. Übertragung	704	17.486	51	1.333	755	18.819
5. Zusammenlegung	1	–	0	–	1	–
6. Vertragsablauf	–	–	1.849	47.922	1.849	47.922
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	32.675	607.579	32.675	607.579
8. Sonstiges	976	63.256	24	541	1.000	63.797
Insgesamt	65.721	1.523.841	44.871	898.986	110.592	2.422.827
D. Reiner Zugang/Abgang	–30.642	–792.562	1.054	11.039	–29.588	–781.523
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	260.388	5.761.276	13.937	325.003	274.325	6.086.278
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	570	16.085	19	535	589	16.620
<b>II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen</b>						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2017 (Geschäftsjahr)			75			5.645
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2017			–			–
<b>III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands</b>						
Bis 10.000 €			136.946			1.367.868
Über 10.000 bis 25.000 €			77.202			1.426.158
Über 25.000 bis 50.000 €			29.891			1.203.317
Über 50.000 bis 150.000 €			14.306			1.248.552
Über 150.000 bis 250.000 €			1.593			304.773
Über 250.000 bis 500.000 €			384			125.698
Über 500.000 €			66			84.909
Insgesamt			260.388			5.761.276

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 22.186 €

## Bestandsbewegung im Jahr 2017

Tarifgruppe VI (Tarife Classic2012 S, B, F, FL, N, Classic Young)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	87.111	2.228.308	977	23.599	88.088	2.251.907
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	57	3.520	–	–	57	3.520
2. Übertragung	208	6.862	4	222	212	7.084
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	655	17.200	–	–	655	17.200
4. Teilung	18	–	0	–	18	–
5. Zuteilung	–	–	1.846	52.088	1.846	52.088
6. Sonstiges	168	9.961	4	138	172	10.099
Insgesamt	1.106	37.543	1.854	52.448	2.960	89.991
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	1.846	52.088	–	–	1.846	52.088
2. Herabsetzung	–	24.267	–	121	–	24.388
3. Auflösung	4.410	107.356	532	17.949	4.942	125.305
4. Übertragung	208	6.862	4	222	212	7.084
5. Zusammenlegung	0	–	0	–	0	–
6. Vertragsablauf	–	–	156	4.193	156	4.193
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	655	17.200	655	17.200
8. Sonstiges	292	16.132	1	12	293	16.144
Insgesamt	6.756	206.706	1.348	39.697	8.104	246.402
D. Reiner Zugang/Abgang	–5.650	–169.163	506	12.751	–5.144	–156.411
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	81.461	2.059.145	1.483	36.350	82.944	2.095.496
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	178	6.888	1	10	179	6.898
<b>II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen</b>						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2017 (Geschäftsjahr)			71			4.483
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2017			–			–
<b>III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands</b>						
Bis 10.000 €			41.352			413.287
Über 10.000 bis 25.000 €			21.728			405.030
Über 25.000 bis 50.000 €			10.856			430.786
Über 50.000 bis 150.000 €			6.681			574.264
Über 150.000 bis 250.000 €			616			117.454
Über 250.000 bis 500.000 €			181			62.045
Über 500.000 €			47			56.279
Insgesamt			81.461			2.059.145

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 25.264 €

## Bestandsbewegung im Jahr 2017

Tarifgruppe VII (Tarife Classic2014 S, B, F, FL, N, Classic Young)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	132.871	3.794.777	459	9.139	133.330	3.803.916
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	829	42.299	–	–	829	42.299
2. Übertragung	207	8.896	3	85	210	8.981
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	161	4.307	–	–	161	4.307
4. Teilung	22	–	0	–	22	–
5. Zuteilung	–	–	1.142	29.132	1.142	29.132
6. Sonstiges	140	8.423	3	45	143	8.468
Insgesamt	1.359	63.925	1.148	29.262	2.507	93.187
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	1.142	29.132	–	–	1.142	29.132
2. Herabsetzung	–	42.631	–	0	–	42.631
3. Auflösung	7.260	180.317	363	10.787	7.623	191.104
4. Übertragung	207	8.896	3	85	210	8.981
5. Zusammenlegung	0	–	0	–	0	–
6. Vertragsablauf	–	–	110	2.329	110	2.329
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	161	4.307	161	4.307
8. Sonstiges	304	20.034	2	30	306	20.064
Insgesamt	8.913	281.010	639	17.538	9.552	298.548
D. Reiner Zugang/Abgang	–7.554	–217.085	509	11.724	–7.045	–205.361
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	125.317	3.577.692	968	20.863	126.285	3.598.555
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	201	8.313	–	–	201	8.313
<b>II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen</b>						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2017 (Geschäftsjahr)			597			30.998
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2017			–			–
<b>III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands</b>						
Bis 10.000 €			60.766			607.416
Über 10.000 bis 25.000 €			31.212			583.422
Über 25.000 bis 50.000 €			18.927			760.956
Über 50.000 bis 150.000 €			12.606			1.105.098
Über 150.000 bis 250.000 €			1.270			245.142
Über 250.000 bis 500.000 €			426			142.886
Über 500.000 €			110			132.772
Insgesamt			125.317			3.577.692

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 28.496 €

## Bestandsbewegung im Jahr 2017

Tarifgruppe VIII (Tarife Classic2015 F, L, N, S, Classic Young)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	51.040	1.917.928	22	530	51.062	1.918.458
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	50.030	2.001.217	–	–	50.030	2.001.217
2. Übertragung	83	3.888	0	0	83	3.888
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	8	139	–	–	8	139
4. Teilung	32	–	0	–	32	–
5. Zuteilung	–	–	91	1.831	91	1.831
6. Sonstiges	744	47.582	0	0	744	47.582
Insgesamt	50.897	2.052.826	91	1.831	50.988	2.054.657
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	91	1.831	–	–	91	1.831
2. Herabsetzung	–	29.261	–	0	–	29.261
3. Auflösung	3.614	111.604	48	1.097	3.662	112.701
4. Übertragung	83	3.888	0	0	83	3.888
5. Zusammenlegung	480	–	0	–	480	–
6. Vertragsablauf	–	–	5	35	5	35
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	8	139	8	139
8. Sonstiges	136	10.205	0	0	136	10.205
Insgesamt	4.404	156.789	61	1.271	4.465	158.060
D. Reiner Zugang/Abgang	46.493	1.896.037	30	560	46.523	1.896.597
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	97.533	3.813.965	52	1.090	97.585	3.815.055
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	108	7.090	–	–	108	7.090
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2017 (Geschäftsjahr)			1.849			112.254
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2017			12.778			637.762
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			34.355			343.235
Über 10.000 bis 25.000 €			25.278			483.183
Über 25.000 bis 50.000 €			20.552			840.343
Über 50.000 bis 150.000 €			14.663			1.317.290
Über 150.000 bis 250.000 €			1.818			352.404
Über 250.000 bis 500.000 €			690			233.904
Über 500.000 €			177			243.606
Insgesamt			97.533			3.813.965

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 39.095 €

## Bestandsbewegung im Jahr 2017

Tarifgruppe Riester (Tarife FR, SR, R)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	45.161	1.714.029	217	5.605	45.378	1.719.634
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	5.571	247.309	–	–	5.571	247.309
2. Übertragung	0	0	0	0	0	0
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	614	15.038	–	–	614	15.038
4. Teilung	0	–	0	–	0	–
5. Zuteilung	–	–	897	23.512	897	23.512
6. Sonstiges	209	9.743	14	270	223	10.013
Insgesamt	6.394	272.090	911	23.782	7.305	295.872
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	897	23.512	–	–	897	23.512
2. Herabsetzung	–	9.306	–	0	–	9.306
3. Auflösung	2.661	99.984	149	3.796	2.810	103.780
4. Übertragung	0	0	0	0	0	0
5. Zusammenlegung	27	–	0	–	27	–
6. Vertragsablauf	–	–	24	807	24	807
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	614	15.038	614	15.038
8. Sonstiges	209	9.917	0	0	209	9.917
Insgesamt	3.794	142.719	787	19.641	4.581	162.360
D. Reiner Zugang/Abgang	2.600	129.371	124	4.141	2.724	133.512
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	47.761	1.843.400	341	9.746	48.102	1.853.146
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	42	1.733	–	–	42	1.733
<b>II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen</b>						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2017 (Geschäftsjahr)			2.697			114.559
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2017			2.611			116.510
<b>III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands</b>						
Bis 10.000 €			4.360			43.281
Über 10.000 bis 25.000 €			12.309			245.899
Über 25.000 bis 50.000 €			20.714			825.677
Über 50.000 bis 150.000 €			10.304			715.067
Über 150.000 bis 250.000 €			72			12.926
Über 250.000 bis 500.000 €			2			550
Über 500.000 €			–			–
Insgesamt			47.761			1.843.400

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 38.525 €

## Bestandsbewegung im Jahr 2017

Alle Tarife

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	757.520	19.230.265	39.472	974.820	796.992	20.205.084
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	57.543	2.360.860	–	–	57.543	2.360.860
2. Übertragung	1.585	45.792	96	2.879	1.681	48.671
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	39.542	745.884	–	–	39.542	745.884
4. Teilung	197	–	5	–	202	–
5. Zuteilung	–	–	58.696	1.210.263	58.696	1.210.263
6. Sonstiges	2.220	136.001	102	2.187	2.322	138.188
Insgesamt	101.087	3.288.537	58.899	1.215.329	159.986	4.503.866
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	58.696	1.210.263	–	–	58.696	1.210.263
2. Herabsetzung	–	244.787	–	409	–	245.196
3. Auflösung	48.835	1.199.293	15.337	398.358	64.172	1.597.652
4. Übertragung	1.585	45.792	96	2.879	1.681	48.671
5. Zusammenlegung	508	–	–	–	508	–
6. Vertragsablauf	–	–	8.188	205.721	8.188	205.721
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	39.542	745.884	39.542	745.884
8. Sonstiges	2.220	134.959	61	1.285	2.281	136.244
Insgesamt	111.844	2.835.095	63.224	1.354.537	175.068	4.189.631
D. Reiner Zugang/Abgang	–10.757	453.442	–4.325	–139.208	–15.082	314.235
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	746.763	19.683.707	35.147	835.612	781.910	20.519.319
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	1.737	54.910	60	1.752	1.797	56.662
<b>II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen</b>						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2017 (Geschäftsjahr)			5.299			268.667
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2017			15.389			754.272
<b>III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands</b>						
Bis 10.000 €			328.250			3.198.582
Über 10.000 bis 25.000 €			228.409			4.166.657
Über 25.000 bis 50.000 €			117.423			4.679.199
Über 50.000 bis 150.000 €			64.884			5.446.318
Über 150.000 bis 250.000 €			5.648			1.084.596
Über 250.000 bis 500.000 €			1.744			585.834
Über 500.000 €			405			522.521
Insgesamt			746.763			19.683.707

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 26.243 €

# **Adressen der Landesbank Hessen-Thüringen**

# Adressen der Landesbank Hessen-Thüringen

## Hauptsitze

**Frankfurt am Main**  
MAIN TOWER  
Neue Mainzer Straße 52–58  
60311 Frankfurt am Main  
Telefon +49 69/91 32-01

**Erfurt**  
Bonifaciusstraße 16  
99084 Erfurt  
Telefon +49 3 61/2 17-71 00

## Bausparkasse

**Landesbausparkasse  
Hessen-Thüringen**

**Offenbach**  
Strahlenbergerstraße 13  
63067 Offenbach  
Telefon +49 69/91 32-02

**Erfurt**  
Bonifaciusstraße 19  
99084 Erfurt  
Telefon +49 3 61/2 17-70 07

## Förderbank

**Wirtschafts- und Infrastrukturbank  
Hessen**  
Strahlenbergerstraße 11  
63067 Offenbach  
Telefon +49 69/91 32-03

## Niederlassungen

**Düsseldorf**  
Uerdinger Straße 88  
40474 Düsseldorf  
Telefon +49 2 11/3 01 74-0

**Kassel**  
Ständeplatz 17  
34117 Kassel  
Telefon +49 5 61/7 06-60

**London**  
3rd Floor  
95 Queen Victoria Street  
London EC4V 4HN  
Großbritannien  
Telefon +44 20/73 34-45 00

**New York**  
420, Fifth Avenue  
New York, N. Y. 10018  
USA  
Telefon +1 2 12/7 03-52 00

**Paris**  
118, avenue des Champs Elysées  
75008 Paris  
Frankreich  
Telefon +33 1/40 67-77 22

## Repräsentanzen

**Madrid**  
(für Spanien und Portugal)  
General Castaños, 4  
Bajo Dcha.  
28004 Madrid  
Spanien  
Telefon +34 91/39 11-0 04

**Moskau**  
Novinsky Boulevard 8  
Business Centre Lotte,  
20th Floor  
121099 Moskau  
Russland  
Telefon +7 4 95/2 87-03-17

**Shanghai**  
Unit 022, 6th Floor  
Hang Seng Bank Tower  
1000 Lujiazui Ring Road  
Shanghai, 200120  
China  
Telefon +86 21/68 77 77 08

**Singapur**  
One Temasek Avenue  
#05-04 Millenia Tower  
Singapore 039192  
Telefon +65/62 38 04 00

**Stockholm**  
Kungsgatan 3, 2nd Floor  
111 43 Stockholm  
Schweden  
Telefon +46/86 11 01 72

## Vertriebsbüros

### Düsseldorf

Uerdinger Straße 88  
40474 Düsseldorf  
Telefon +49 11/3 01 74-0

### Berlin

Joachimsthaler Straße 12  
10719 Berlin  
Telefon +49 30/2 06 18 79-13 52

### München

Lenbachplatz 2a  
80333 München  
Telefon +49 89/5 99 88 49-10 16

### Münster

Regina-Protmann-Straße 16  
48159 Münster  
Telefon +49 2 51/92 77 63-01

### Stuttgart

Kronprinzstraße 11  
70173 Stuttgart  
Telefon +49 7 11/28 04 04-0

## Immobilienbüros

### Berlin

Joachimsthaler Straße 12  
10719 Berlin  
Telefon +49 30/2 06 18 79-13 14

### München

Lenbachplatz 2a  
80333 München  
Telefon +49 89/5 99 88 49-0

## Auswahl der Tochtergesellschaften

### Frankfurter Sparkasse

Neue Mainzer Straße 47–53  
60311 Frankfurt am Main  
Telefon +49 69/26 41-0

### 1822direkt Gesellschaft der

**Frankfurter Sparkasse mbH**  
Borsigallee 19  
60388 Frankfurt am Main  
info@1822direkt.com  
Telefon +49 69/9 41 70-0

### Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG

JUNGHOF  
Jungnhofstraße 26  
60311 Frankfurt am Main  
Telefon +49 69/1 56 86-0

### Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG

Börsenstrasse 16  
8001 Zürich  
Schweiz  
Telefon +41 44/2 65 44 44

### Helaba Invest

Kapitalanlagegesellschaft mbH  
JUNGHOF  
Jungnhofstraße 24  
60311 Frankfurt am Main  
Telefon +49 69/2 99 70-0

### GWH

Wohnungsgesellschaft mbH  
Hessen  
Westerbachstraße 33  
60489 Frankfurt am Main  
Telefon +49 69/9 75 51-0

### OFB

Projektentwicklung GmbH  
Speicherstraße 55  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon +49 69/9 17 32-01

### GGM

Gesellschaft für Gebäude-  
Management mbH  
Jungnhofstraße 26  
60311 Frankfurt am Main  
Telefon +49 69/77 01 97-0

# Impressum

## Herausgeber

Helaba  
Landesbank Hessen-Thüringen  
Frankfurt am Main/Erfurt

## Konzeption und Gestaltung

3st kommunikation, Mainz

## Druck

Druckerei Braun & Sohn, Maintal

## Copyright

© Helaba Landesbank Hessen-Thüringen, 2018  
Alle Rechte, insbesondere das Recht zur Vervielfältigung (auch auszugsweise), vorbehalten. Der Jahresfinanzbericht 2017 darf nicht ohne schriftliche Genehmigung der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme vervielfältigt werden.





**Helaba**  
**Landesbank Hessen-Thüringen**

MAIN TOWER  
Neue Mainzer Straße 52–58  
60311 Frankfurt am Main  
Telefon +49 69/91 32-01

Bonifaciusstraße 16  
99084 Erfurt  
Telefon +49 3 61/2 17-71 00

[www.helaba.de](http://www.helaba.de)